

Bürgerprogramm 2013

Entwurf Wahlprogramm
zur Bundestagswahl

FDP

Die Liberalen

1	Inhaltsverzeichnis	
2		
3	I. Wachstum, damit jeder aufsteigen kann.....	2
4	1. <i>Die Grundlage für unseren Wohlstand – stabiles Geld.....</i>	2
5	2. <i>Aus Verantwortung für heute und morgen – Schuldenberge abbauen.....</i>	3
6	3. <i>Entlastung für den Aufstieg.....</i>	5
7	4. <i>Mittelstand stärken, industrielle Basis erhalten, Arbeitsplätze schaffen.....</i>	7
8	5. <i>Impulsgeber für ein neues Zeitalter – bezahlbare und sichere Energie.....</i>	9
9	6. <i>Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert – neue Regeln für Finanzmärkte.....</i>	13
10	7. <i>Vielfalt der Regionen erhalten, Chancen der Demographie nutzen, ländliche Räume</i>	
11	<i>stärken.....</i>	15
12	8. <i>Gemeinsam wachsen – frei handeln.....</i>	17
13	II. Chancen, damit jeder über sich hinaus wachsen kann	18
14	1. <i>Chancen ergreifen – lebenslange Bildung.....</i>	19
15	2. <i>Der Einstieg zum Aufstieg – Chancen am Arbeitsmarkt</i>	21
16	3. <i>Chancen schaffen statt Mangel verwalten – Soziale Sicherheit für alle.....</i>	25
17	4. <i>Chancen nutzen – gemeinsam gesund leben.....</i>	28
18	III. Vielfalt, damit jeder eine Wahl hat.....	31
19	1. <i>Verantwortung stärken – in Familien und Verantwortungsgemeinschaften.....</i>	31
20	2. <i>Bürgerschaftliches Engagement stärken.....</i>	34
21	3. <i>Vielfalt leben – Miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft.....</i>	35
22	4. <i>Einwanderung und Integration in einem vielfältigen, offenen Deutschland.....</i>	38
23	5. <i>Medien und Kultur als Spiegel der Vielfalt – Kultur von allen, Kultur für alle.....</i>	40
24	IV. Freiheit, damit jeder seinen Weg gehen kann	42
25	1. <i>Grundrechte in der digitalen Welt.....</i>	42
26	2. <i>Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft.....</i>	44
27	3. <i>Mehr Freiheit – liberale Innenpolitik.....</i>	46
28	4. <i>Transparenz und Information – für mündige Verbraucher und fairen Wettbewerb.....</i>	49
29	V. Fortschritt, damit unser Land die Zukunft gewinnt.....	51
30	1. <i>Die Zukunft gewinnen – neues Wissen durch Forschung und Entwicklung.....</i>	52
31	2. <i>Für die Zukunft bauen – Moderne Infrastruktur, bezahlbare Mobilität und gutes</i>	
32	<i>Wohnen.....</i>	53
33	3. <i>Zukunft möglich machen – Umwelt-, Natur- und Klimaschutz für eine lebenswerte</i>	
34	<i>Welt.....</i>	57
35	4. <i>Verantwortung für die eigenen Entscheidungen übernehmen – nachhaltig handeln ..</i>	60
36	VI. Verantwortung, damit Europa eine stabile und verlässliche Gemeinschaft bleibt..	61
37	1. <i>Europa – liberales Versprechen und Verpflichtung.....</i>	62
38	2. <i>Vom gemeinsamen Währungsraum zur Stabilitätsunion.....</i>	64
39	VII. Frieden, damit mehr Menschen mehr Chancen bekommen.....	66
40	1. <i>In Verantwortung und Partnerschaft für mehr Frieden in der Welt.....</i>	67
41	2. <i>Menschenrechte sind das Fundament einer freien Gesellschaft.....</i>	70
42	3. <i>Freiheit schützen, Chancen schaffen – liberale Sicherheitspolitik.....</i>	72
43	4. <i>Partnerschaftlich Verantwortung übernehmen – weltweite</i>	
44	<i>Entwicklungszusammenarbeit.....</i>	74

45 I. Wachstum, damit jeder aufsteigen kann

46

47 Die Freiheit des Einzelnen ist Grund und Grenze liberaler Politik. Deshalb schaffen wir die
48 Voraussetzungen dafür, dass sich jeder Mensch in unserem Land frei entfalten, Hindernisse
49 überwinden und nach seinen Vorstellungen glücklich werden kann. Wir wollen das Aufstiegs-
50 versprechen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllen: Dass jeder Mensch in unserem Land aus
51 eigener Kraft den Aufstieg schaffen kann.

52

53 Dabei sind wir auf dem richtigen Weg. Während Europa eine schwere Finanz- und Wirt-
54 schaftskrise erlebt, hat Deutschland in den vergangenen Jahren eine Erfolgsgeschichte ge-
55 geschrieben: So viele Menschen in Arbeit wie noch nie zuvor in der Geschichte, die besten Be-
56 schäftigungschancen für junge Menschen in ganz Europa, ein solider Staatshaushalt, steigen-
57 de Löhne und steigende Renten.

58

59 Diese Erfolgsgeschichte wollen wir gemeinsam mit den Menschen in unserem Land fortset-
60 zen. Und deshalb verteidigen und stärken wir die Soziale Marktwirtschaft gegen alle anderen,
61 die auf den Staat setzen, anstatt auf die Menschen zu vertrauen. Das ist die entscheidende
62 Auseinandersetzung der kommenden Jahre!

63

64 Wir stärken die Soziale Marktwirtschaft, weil sie die Grundlage ist für Wohlstand, Fortschritt
65 und Wachstum in Deutschland – für das Streben jedes Einzelnen nach Glück. Darum kämpfen
66 wir für eine stabile Währung. Denn wir wollen die Ersparnisse und die Altersvorsorge der Men-
67 schen sichern. Darum sanieren wir unseren Staatshaushalt und werden so schnell wie mög-
68 lich damit beginnen, Schuldenberge abzubauen – weil wir an unsere Kinder und Kindeskin-
69 der denken.

70

71 Wir stärken unseren Mittelstand, weil er das Rückgrat unserer Wirtschaft ist und gute, an-
72 ständige Arbeit für die Menschen in unserem Land sichert. Und wir entlasten Bürger, Selb-
73 ständige und Unternehmer damit von Steuern und Bürokratie. Damit am Ende des Monats
74 etwas mehr Zeit und Geld bleibt – für das eigene Zuhause, die eigene Vorsorge, die eigenen
75 Träume. Damit Erfinder, Entdecker, Wagemutige und Kreative die Mittel und die Freiheit dazu
76 haben, ihre Ideen zu verwirklichen. Und damit unser Land voran bringen.

77

78 Gemeinsam können wir es schaffen, Deutschland weiter nach vorn zu bringen. Wir können
79 Großes erreichen: Einen ausgeglichenen Bundeshaushalt, Vollbeschäftigung, mehr Wohlstand
80 und mehr Chancen für alle. Diese Ziele liegen in Reichweite. Dazu wollen wir unseren Weg
81 gemeinsam mit den Menschen in unserem Land entschlossen weitergehen – den Weg der
82 Sozialen Marktwirtschaft.

83

84

85 1. Die Grundlage für unseren Wohlstand – stabiles Geld

86

87 Stabiles Geld ist ein Eckpfeiler jeder freien und fairen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.
88 Denn Inflation bedeutet die Vernichtung von Ersparnissen und die Entwertung der eigenen
89 Lebensleistung. Die Soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Geldwert-
90 stabilität daher nicht denkbar. Denn Geldwertstabilität schützt die Einkommen und das Eigen-
91 tum von Menschen mit kleinen Ersparnissen, der Geringverdiener und der Rentner. Inflation
92 hingegen ist die größte soziale Ungerechtigkeit, die man sich vorstellen kann.

93

94 Geldwertstabilität ist deutsche Staatsraison. Die Stabilitätskultur ist unsere Mitgift für Euro-
95 pa. Unsere bittere historische Erfahrung ist: Kommt das Geldwesen in Unordnung, besteht die
96 Gefahr, dass die ganze Gesellschaft in Unordnung gerät – mit unabsehbaren politischen Fol-
97 gen. Tief ist die Hyperinflation der 20er Jahre und die Geldentwertung der unmittelbaren
98 Nachkriegszeit in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt.
99

100 Manche wollen zur Bekämpfung der Schuldenkrise alle Geldschleusen öffnen und die Schul-
101 den weginflationieren. Neben der amerikanischen Notenbank haben die Europäische Zentral-
102 bank (EZB), die japanische und die britische Zentralbank ihre Geldmengen extrem ausgewei-
103 tet. Eine derart große Menge an Geld erhöht die Inflationsgefahr.
104

105 Eine dauerhafte Staatsfinanzierung durch die Notenpresse ist grundfalsch. Das wäre der Weg
106 in die Inflationsunion. Wir wollen hingegen den Weg der Sozialen Marktwirtschaft weiter ge-
107 hen: Für stabiles Geld und für sichere Ersparnisse.
108

109 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.
110

111 • Wir wollen die schwarze Null beim Staatsdefizit und den Einstieg in die Tilgung unserer
112 Schulden so schnell wie möglich erreichen. Wir stehen für solide, stabile Haushalte und
113 die Tilgung unserer Altschulden. Denn weniger Staatsschulden sind der beste Schutz
114 vor Inflation. Durch einen konsequenten Einsatz für mehr Wachstum stärken wir die
115 Grundlagen unseres Wohlstandes in Deutschland und Europa – und schaffen die Basis
116 für solide Haushalte und eine stabile Währung.
117

118 • Wir verteidigen die Unabhängigkeit der EZB. Die EZB bleibt der Geldwertstabilität ver-
119 pflichtet. Eine Staatsfinanzierung durch die EZB und damit die Sanierung der Staats-
120 haushalte durch Inflation lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.
121

122 • Wir möchten die Bundesbank im EZB-Rat stärken. Heute hat die Bundesbank im Rat der
123 EZB nur eine von 17 Stimmen, obwohl Deutschland über ein Viertel des Haftungsrisikos
124 trägt. Das ist nicht angemessen und soll sich ändern. Bei außergewöhnlichen Entschei-
125 dungen wie dem Kauf von Staatsanleihen brauchen die Bundesbank und die anderen
126 großen Zentralbanken eine Veto-Möglichkeit.
127

128 • Wir stehen für eine Stabilitätsunion mit soliden Haushalten und Finanzen. Eine Haf-
129 tungsunion wird es mit uns nicht geben. Eine gesamtschuldnerische Haftung für Staats-
130 anleihen der Mitgliedstaaten, wie über Eurobonds oder einen Altschuldentilgungsfonds,
131 lehnen wir Liberalen aus politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen ab, heute
132 genauso wie in der Zukunft. Stattdessen sind weitere Strukturreformen angezeigt, damit
133 Europa aus eigener Kraft aus seinen Schulden heraus wachsen kann.
134

135 • Wir wollen die Geldwertwertstabilität ins Grundgesetz aufnehmen. Geldwertstabilität ist
136 für die wirtschaftliche Freiheitsentfaltung der Bürger entscheidend.
137
138

139 *2. Aus Verantwortung für heute und morgen – Schuldenberge abbauen*

140

141 Es steht heutigen Generationen nicht zu, kommenden Generationen ihren Weg durch Schul-
142 denberge zu verbauen. Das hat die Schuldenkrise Europas uns gezeigt: Wir müssen damit

143 aufhören – in Deutschland und Europa – immer weiter unseren Lebensstandard heute auf
144 Kosten der Zukunft zu finanzieren.

145

146 Wir wollen die Schuldenuhr anhalten. Und dann Stück für Stück zurück drehen. Deshalb ha-
147 ben wir mit großer Entschiedenheit für die Einführung der Schuldenbremse und für die Konso-
148 lidierung des Staatshaushaltes gekämpft. Weil der Staat am Ende nicht mehr ausgeben soll
149 als er einnimmt. Deshalb haben wir die immer neuen Forderungen nach höheren Ausgaben
150 abgewehrt und uns dafür eingesetzt, dass Mehreinnahmen in den Schuldenabbau fließen.
151 Und gleichzeitig haben wir Städte und Gemeinden neue finanzielle Spielräume eröffnet und
152 die Überschuldung unserer Kommunen gestoppt. Allein durch die Übernahme der Kosten für
153 die Grundsicherung im Alter haben wir das größte Entlastungsprogramm seit der Wiederver-
154 einigung für Kommunen aufgelegt. Wir haben die Kommunen jährlich um vier Milliarden Euro
155 entlastet und geben ihnen wieder mehr Luft zum Atmen.

156

157 Im Vergleich zur Planung der schwarz-roten Vorgängerregierung im Jahr 2009 haben wir die
158 Neuverschuldung in den vergangenen Jahren mehr als halbiert. Das bedeutet über 160 Milli-
159 arden Euro weniger Schulden. Für 2014 haben wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt
160 vorgelegt – das erste Mal seit 40 Jahren.

161

162 Gutes Wachstum und eine solide Haushaltspolitik – das ist der Weg zum Schuldenabbau.
163 Neue Staatsaufgaben dürfen nur beschlossen werden, wenn ihre Finanzierung auch langfristig
164 gesichert ist. Eine Gefälligkeitspolitik, die heute verspricht was morgen teuer bezahlt werden
165 muss, hat uns erst in die Abhängigkeit von Finanzmärkten geführt. Die Handlungsfähigkeit
166 eines haushalterisch soliden Staats gibt uns auch den Freiraum für eine Stärkung des Födera-
167 lismus, mehr kommunale Selbstverwaltung und die Einführung eines echten Konnexitätsprin-
168 zip. Deshalb wollen wir nach einer noch schnelleren Konsolidierung umgehend mit der Ent-
169 schuldung von Bundes- und Länderhaushalten beginnen. Damit wir unsere eigene Freiheit und
170 unsere Chancen nicht verspielen – und auch nicht die unserer Nachkommen.

171

172 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

173

174 • Wir wollen den Kurs der Haushaltskonsolidierung weiter fortsetzen und jetzt so schnell
175 wie möglich damit beginnen, den Schuldenberg abzubauen.

176

177 • Direkte Beihilfen dürfen nur noch befristet gewährt und möglichst mit einem festen Ab-
178 baupfad verbunden werden. Eine Fortsetzung der Hilfen erfordert einen neuen Be-
179 schluss des Parlaments. Wir wollen weiter Subventionen abbauen sowie Effizienz- und
180 Einsparpotentiale in der Öffentlichen Verwaltung heben.

181

182 • Mit einer „neuen Nachhaltigkeitsformel“, der Sparregel, wollen wir den Weg für eine ef-
183 fiziente und dauerhafte Sanierung der Staatsfinanzen ebnen. Dazu wollen wir sicher
184 stellen, dass reale Steuermehreinnahmen, die aus Wachstum entstehen, ausschließlich
185 für den Schuldenabbau und Investitionen verwendet werden. Nur so können wir das
186 Vorhaben einer schuldenfreien Nation tatsächlich zu einem Generationenprojekt ma-
187 chen, unabhängig von allen tagespolitischen Konflikten und Interessen.

188

189 • Wir Liberale stehen dafür ein, die Belastung der Menschen und Unternehmen durch
190 Steuern und Abgaben nicht zu erhöhen. Um schleichende Steuererhöhungen durch die
191 sogenannte Kalte Progression zu verhindern, muss der Einkommensteuertarif regelmä-
192 ßig angepasst werden.

193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242

- Im Grundgesetz wollen wir den Halbteilungsgrundsatz verankern. Denn mehr als die Hälfte des Einkommens über Ertragsteuern an den Staat abzuführen ist unverhältnismäßig und leistungsfeindlich. Deshalb brauchen wir neben der Schuldenbremse auch eine Steuerbremse zum Schutz der Bürger, damit andere politische Mehrheiten sie nicht maßlos mit Steuern belasten.
- Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen wollen wir umfassend neu ordnen. Dieses Vorhaben hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn Bund, Länder und Kommunen es im Rahmen einer neuen Föderalismuskommission gemeinsam, partnerschaftlich und entschlossen angehen. Im Vordergrund stehen dabei eine Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs, der Ausbau der Finanzautonomie der Länder und ein fairer föderaler Wettbewerb. Unser Ziel ist es, zwischen Bundes- und Landessteuern stärker zu trennen. Gleichzeitig wollen wir in unserer Verfassung ein echtes Konnexitätsprinzip verankern: Gemeinden dürfen von Bund oder Ländern nur noch mit zusätzlichen Aufgaben betraut werden, wenn die Finanzierung durch den Gesetzgeber gewährleistet ist. Schließlich muss gelten: Wer bestellt, der bezahlt.

3. Entlastung für den Aufstieg

Chancen schaffen wir, indem wir Hindernisse beseitigen und Belastungen vermindern, die den Menschen ihren Aufstieg erschweren. Deshalb kämpfen wir Liberalen entschieden gegen zusätzliche Belastungen der Bürger und Unternehmen – und für den Abbau von Bürokratie, für die Vereinfachung des Steuersystems und für die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

Darum haben wir mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages die Familien in unserem Land um jährlich 4,6 Milliarden Euro entlastet. Für eine vierköpfige Familie bedeutet das: mindestens 480 Euro mehr im Jahr. Die schrittweise Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge hat eine weitere jährliche Entlastung von acht Milliarden Euro gebracht. Wir haben die steuerlichen Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen verbessert, die Bürokratiekosten in Deutschland um elf Milliarden Euro abgebaut und die Staatsquote von 48,1 auf 45,2 Prozent gesenkt. Erste Schritte zur Vereinfachung des Steuerrechts sind umgesetzt, die Arbeitnehmerpauschale wurde von uns auf 1.000 Euro erhöht.

Mit unserer Politik haben wir neue Freiräume geschaffen, damit die Menschen in unserem Land ihre Kraft und Kreativität frei entfalten können. Wir haben, gegen große Widerstände, ihnen das Leben ein Stück weit vereinfacht und Belastungen abgebaut. Wir haben die Menschen und damit die Wachstumskräfte in unserem Land gestärkt – und dadurch auch die Voraussetzungen für einen stabilen Aufschwung und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung geschaffen. Das wollen wir weiter tun.

Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- Unser Ziel bleibt die Entlastung der arbeitenden Mitte. Eine höhere Steuerbelastung für Bürger und Unternehmen lehnen wir entschieden ab. Hohe Steuersätze führen nicht automatisch zu höheren Staatseinnahmen, sondern verhindern Wachstum, vernichten Arbeitsplätze und gefährden damit die Existenz zahlloser Arbeitnehmer und ihrer Familien. Die Einführung von EU-Steuern wird von uns konsequent abgelehnt.

- 243 • Wir sehen nach wie vor die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Einkommen-
244 und des Unternehmensteuerrecht. Dabei setzen wir auf ein konsistentes, transparentes
245 und einfaches Steuerrecht mit moderaten Sätzen und wenigen Ausnahmen – idealer-
246 weise in einem Stufentarif. Die Haushaltskonsolidierung hat allerdings Vorrang.
247
- 248 • Eine weitere Vereinfachung des Steuerrechts spart Bürgern und Unternehmen Zeit, Ner-
249 ven und Kosten. Dazu wollen wir insbesondere Pauschalen weiter anheben und Aus-
250 nahmetatbestände abschaffen, um so das System klarer, gerechter und verständlicher
251 zu machen.
252
- 253 • Wir wollen die Kalte Progression bekämpfen. Derzeit ist es so, dass die Menschen trotz
254 Lohnerhöhungen unter Umständen weniger in der Tasche haben, weil das zusätzliche
255 Einkommen durch automatische Steuererhöhung und die Inflation wieder aufgefressen
256 wird. Wir wollen deshalb die Auswirkungen der Kalten Progression alle zwei Jahre über-
257 prüfen und den Einkommensteuertarif anpassen, damit der Staat sich nicht auf Kosten
258 der Bürger an der Inflation bereichert.
259
- 260 • Anstrengung soll sich lohnen. Die Steuerklasse V, die die Aufnahme einer Erwerbstätig-
261 keit besonders für Frauen nach einer Familienpause steuerlich häufig unattraktiv er-
262 scheinen lässt, wollen wir deshalb abschaffen. Familien müssen leistungsgerecht be-
263 steuert werden. Die Freibeträge der Kinder sollen schrittweise auf das Niveau der Frei-
264 beträge von Erwachsenen angehoben werden. Das Ehegattensplitting ...
265

266 *Varianten zur Abstimmung auf dem a.o. Bundesparteitag, 4. bis 5. Mai 2013:*

267
268 Variante A

269
270 *...wollen wir beibehalten. Kinder sollen den gleichen steuerlichen Freibetrag wie Er-*
271 *wachsene erhalten.*

272
273 Variante B

274
275 *... soll zu einem Realsplitting weiterentwickelt werden. Dabei werden Ehegatten und*
276 *eingetragene Lebenspartner individuell besteuert, können aber jeweils zur Einkommens-*
277 *steuerberechnung einen Teil ihres Einkommens auf den anderen Partner übertragen, um*
278 *die Progression abzumildern. Durch die Höhe dieser Übertragungsmöglichkeit wird der*
279 *Splittingvorteil begrenzt. Die eingesparten Mittel wollen wir zur Erhöhung der Kinder-*
280 *freibeträge verwenden.*

- 281
- 282 • Ein verschärftes Erbschaftsteuerrecht sowie eine Vermögensabgabe und eine Vermö-
283 gensteuer wären gerade für kleine und mittelständische Unternehmen eine untragbare
284 Belastung und würden zu einem massiven Abfluss von Kapital und Vermögen aus
285 Deutschland führen und viele Arbeitsplätze vernichten. Das lehnen wir ab.
286
- 287 • Wir wollen das Grundsteuerrecht reformieren, das heutige Bewertungsgesetz abschaf-
288 fen und den Kommunen flexible Hebesätze einräumen, mit denen die Verhältnisse vor
289 Ort und die Art der Nutzung berücksichtigt werden können. Das soll nicht zu einer Erhö-
290 hung des Grundsteueraufkommens führen. Die Gewerbesteuer wollen wir in ein kom-
291 munales Einkommen- und Körperschaftsteuersystem überführen. Ein erster Schritt hier-
292 zu ist die Beseitigung der heutigen Hinzurechnungsbesteuerung. Die derzeitige ertrag-

293 sunabhängige Besteuerung zum Beispiel von Mieten und Zinsen führt effektiv zu einer
294 Substanzbesteuerung – und bedroht damit gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten
295 die Existenz insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen.
296

- 297 • Die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge hat sich bewährt. Sie ermöglicht eine internatio-
298 nal abgestimmte Kapitalbesteuerung, verhindert Steuerhinterziehung und vermeidet da-
299 tenschutzrechtlich bedenkliche Kontrollmaßnahmen. Durch Heraufsetzung der Freibe-
300 träge für Kapitalerträge aus Zinsen und Dividenden möchten wir den privaten Haushal-
301 ten einen Anreiz zur Altersvorsorge bieten.
302

303

304 *4. Mittelstand stärken, industrielle Basis erhalten, Arbeitsplätze schaffen*

305

306 Die Soziale Marktwirtschaft schafft Chancen, damit sich jeder Mensch in unserem Land frei
307 entfalten kann. Wir wollen Vollbeschäftigung erreichen, damit jeder die Chance bekommt,
308 durch eigene Anstrengung aufzusteigen und seine Lebensverhältnisse zu verbessern. Voraus-
309 setzung dafür ist aber eine starke, dynamische und innovative Wirtschaft, die Arbeit schafft
310 und Chancen zum Ein- und Aufstieg bietet. Deshalb wollen wir den Industriestandort Deutsch-
311 land und den Mittelstand – das Rückgrat unserer Wirtschaft – weiter stärken sowie das
312 Handwerk als Wirtschaftsfaktor voranbringen. Deshalb kämpfen wir gegen planwirtschaftliche
313 Tendenzen und gegen alle Schritte in Richtung auf Einheitslöhne, Einheitskassen und Ein-
314 heitsrenten. Stattdessen setzen wir auf mehr Wettbewerb und auf die Kraft liberaler Ord-
315 nungspolitik. Das schafft Chancen, Perspektiven und Zukunft.
316

317 Die deutsche Wirtschaft und ein starker Mittelstand haben uns schneller aus der Krise geführt
318 als nahezu alle anderen Staaten der Welt. Das Engagement von Familienunternehmern, Selb-
319 ständigen und Freiberuflern hat Millionen Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Dass
320 dies möglich war, ist auch ein Verdienst liberaler Wirtschaftspolitik. Wir haben die Unterneh-
321 men in Deutschland entscheidend bei den Bürokratiekosten entlastet, Krisen verschärfende
322 Vorschriften in der Unternehmensteuer beseitigt und Existenz bedrohende Regeln im Erbrecht
323 ausgeräumt. Eingriffe in die Soziale Marktwirtschaft zugunsten großer Konzerne wie Opel,
324 Karstadt oder Schlecker haben wir unterbunden. Wir setzen uns ein für mehr Wettbewerbsfä-
325 higkeit und eine sichere, bezahlbare Energieversorgung. Entschieden sind wir jedem Versuch
326 entgegen getreten, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu schwächen und die Soziale
327 Marktwirtschaft zu untergraben.
328

329 Die Freiheit unserer Wirtschaftsordnung stärkt auch die internationale Wettbewerbsfähigkei-
330 ten deutscher Unternehmen. Dafür haben wir das Insolvenzrecht grundlegend überarbeitet,
331 Kleinstunternehmen von unnötiger Bürokratie befreit und bei Patenten, im Genossenschafts-
332 recht und bei den Verbraucherrechten notwendige Anpassungen vorgenommen.
333

334 Gemeinsam haben wir so neue Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten für die Menschen in
335 unserem Land geschaffen: alleine 1,6 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Arbeits-
336 plätze seit 2009. Diesen Weg erfolgreich gegangen zu sein, ist der Verdienst von Arbeitneh-
337 mern, Unternehmern und Mittelständlern. Es ist der Verdienst von Menschen, die sich jeden
338 Tag neu anstrengen. Diese Menschen machen uns stark. Und wir wollen diese Menschen
339 weiter stark machen. Dafür verteidigen wir die Soziale Marktwirtschaft.
340

341 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

342 Varianten zur Abstimmung auf dem a.o. Bundesparteitag, 4. bis 5. Mai 2013:

343

344 Variante A

345

346 • Die Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen wir aufkommensneutral weiter entwickeln
347 und vereinfachen. Eine einheitliche Bemessungsgrundlage nach dem Verkehrswert, ver-
348 bunden mit moderaten Steuersätzen und angemessenen Freibeträgen vermeiden dabei
349 unnötige Bürokratie, schaffen Rechtssicherheit bei der Unternehmensnachfolge und
350 stärken das Vertrauen in den Standort Deutschland. Bei jeder Unternehmensnachfolge
351 muss die Erbschaftsteuer aus den Erträgen erwirtschaftet werden können. Das wollen
352 wir durch Höchstgrenzen und vernünftige Stundungsregeln garantieren.

353

354 Variante B

355

356 • Wir wollen die Erbschaftsteuer zu einer echten Ländersteuer machen. Die Länder kön-
357 nen so viel besser auf regionale Unterschiede – beispielsweise bei den Immobilienwer-
358 ten – eingehen. Die Länder können selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Erb-
359 schaftsteuer erheben. Einnahmen aus der Erbschaftsteuer fließen vollständig in den
360 Haushalt des jeweiligen Landes und bleiben beim Länderfinanzausgleich außen vor. Das
361 ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Finanzautonomie der Länder.

362

363 • Wir wollen die Umstellung von der heutigen Soll-Besteuerung auf die Ist-Besteuerung
364 bei der Mehrwertsteuer, um die Liquidität mittelständischer Betriebe zu sichern und die
365 Verfolgung von Umsatzsteuerbetrug erheblich zu erleichtern. Die gewachsenen Struktu-
366 ren der Mehrwertsteuer sind zu überprüfen. Zur Herstellung der Wettbewerbsgleichheit
367 in der EU ist die einheitliche Anwendung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes erfor-
368 derlich.

369

370 • Im Jahr 2019 läuft der Solidaritätspakt aus. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Aufbau-
371 hilfen Ost schrittweise vollständig abgebaut. Wir wollen den Solidaritätszuschlag eben-
372 falls schrittweise vollständig abbauen.

373

374 • Die Unternehmensteuer muss wachstumsfreundlich modernisiert werden. Dazu wollen
375 wir sie möglichst rechtsform- und finanzierungsneutral ausgestalten und für kleine und
376 mittlere GmbHs die so genannte transparente Besteuerung einführen. Danach könnten
377 sich kleine und mittelständische GmbHs vergleichbar mit Personenunternehmen be-
378 steuern lassen. Bei der Konzernbesteuerung brauchen wir ein wettbewerbsfähiges
379 Gruppenbesteuerungsrecht nach österreichischem Vorbild. Umwandlungen innerhalb
380 des Konzerns dürfen weder der Ertragsteuer noch der Grunderwerbsteuer unterworfen
381 werden.

382

383 • Um die Eigenkapitalbildung in Personengesellschaften, die nach der Einkommensteuer
384 veranlagt werden, zu erleichtern, wollen wir eine steuermindernde Eigenkapitalverzin-
385 sung umsetzen, wie sie in anderen europäischen Ländern bereits erfolgreich verwirklicht
386 wurde. Alle Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlasst wurden, müssen auch in
387 Zukunft im bisherigen Umfang abzugsfähig bleiben.

388

389 • Wir wollen die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen weiter verbes-
390 sern, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Umsetzung der neuen Baseler Ei-
391 genkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) muss mittelstandsfreundlich, unbü-

392 rokratisch und Kosten sparend erfolgen. Andernfalls würde die Kreditvergabe an kleine
393 und mittlere Unternehmen erschwert, obwohl Mittelstandskredite nachweislich durch
394 persönliche Haftung ein geringes Risiko bedeuten. Gemeinsam mit den Bundesländern
395 wollen wir die Finanzierung für kleine und mittlere Unternehmen stärken und die Baga-
396 tellgrenze bei der Regionalförderung weiter herabsetzen.
397

398 • Der Fachkräftemangel wird in vielen Branchen zu einer Wachstumsbremse, der viele Ar-
399 beitsplätze gefährdet. Fachkräftesicherung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
400 Sie beginnt bei der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen, geht über die Vereinbarkeit
401 von Familie und Beruf über die Nutzung der Kompetenz von Senioren bis zu einem mo-
402 dernen Einwanderungsrecht. Wir setzen dabei auf Stärkung von Bildung und Qualifikati-
403 on und auf einen flexiblen und familienfreundlichen Arbeitsmarkt.
404

405 • Wir beabsichtigen, die Innovationskraft des deutschen Mittelstandes und der deutschen
406 Industrie weiter zu stärken. Dafür unterstützen wir die Entwicklung von Technologie-
407 und Innovationsclustern durch die zielgerichtete Vernetzung von Universitäten, Fach-
408 hochschulen und forschenden Einrichtungen mit möglichen Kapitalgebern. Die steuerli-
409 chen Anreize für Venture Capital und Business Angels wollen wir verbessern und im
410 Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten die steuerliche Förderung von Forschung
411 und Entwicklung intensivieren. Deutschland muss jungen Unternehmen die Möglichkeit
412 zur Entfaltung bieten und darf den Anschluss bei der Hochtechnologie nicht verlieren.
413

414 • Das Handwerk braucht faire Chancen. Dazu gehört der Zugang zu Finanzierungsquellen
415 und öffentlichen Aufträgen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks
416 beginnt dabei im eigenen Land. Deshalb wollen wir die Standortbedingen vor Ort durch
417 eine handwerksgerechte Verkehrspolitik, wirksame Fachkräftesicherung und den Abbau
418 von Bürokratie verbessern – wir wollen das Handwerk stärken.
419

420 • Die Zukunft des Standorts Deutschlands hängt wesentlich davon ab, dass wir die Inno-
421 vationskraft von Industrie und Mittelstand stärken – und nicht ausbremsen. Wir Libera-
422 len setzen uns dafür ein, dass neue Ideen und Geschäftsfelder eine Chance erhalten und
423 nicht durch Bürokratie im Keim erstickt werden. Insbesondere Start-Ups benötigen in
424 der Gründungsphase in erster Linie nicht nur finanzielle Zuwendungen, sondern vor al-
425 lem Freiräume – Freiräume vor überzogenen bürokratischen Anforderungen, die Zeit
426 und Geld verschlingen.
427

428 • Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der neuen Bundesländer muss weiter
429 verbessert werden, um ein selbsttragendes Wachstum nach dem Auslaufen des Solidar-
430 paktes 2019 zu ermöglichen. Hierfür muss es weiterhin gezielte Fördermaßnahmen ge-
431 ben statt Gießkannenverteilung. In der Internationalisierung der ostdeutschen Export-
432 wirtschaft sehen wir eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitik und -förderung.
433 Steigende Exporte tragen maßgeblich dazu bei, Wirtschaftswachstum und Beschäfti-
434 gung zu sichern.
435

436 5. *Impulsgeber für ein neues Zeitalter – bezahlbare und sichere Energie*

437 Wachstum schafft neue Chancen. Darum wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirt-
438 schaft erhalten. Die im gesellschaftlichen Konsens beschlossene Energiewende ist dabei eine
439 Chance – sie erfolgreich zu gestalten ist aber auch ein Kraftakt. Deutschland kann zu einem
440
441

442 Impulsgeber für ein neues Zeitalter werden. Wir müssen aber auch darauf achten, dass wir die
443 Basis für Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt nicht un-
444 tergraben. Deshalb sind für uns Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit ebenso wichtig wie
445 schnelle Fortschritte in Klimapolitik und Umweltschutz. Wir Liberalen werden die Energie-
446 wende mit Engagement, Augenmaß und Realismus zu einem Erfolg machen.

447
448 Weitere unnötige Kostensteigerungen werden wir verhindern, damit Energie für alle Bürger
449 und die Industrie bezahlbar bleibt. Wir werden nicht zulassen, dass Energiepreise zur sozialen
450 Frage werden. Jeder von den Menschen zu viel bezahlte Euro für Energie fehlt ihnen, um ihre
451 eigenen Träume und Ziele zu verwirklichen. Jeder von der Wirtschaft zu viel bezahlte Euro für
452 Energie macht das Leben teurer und gefährdet Arbeitsplätze. Deshalb müssen wir den Zeit-
453 plan und die Steuerungswirkung aller Fördermaßnahmen regelmäßig überprüfen und, wenn
454 notwendig, anpassen.

455
456 Weil wir Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit wollen, haben wir den notwendigen finan-
457 ziellen Rahmen für die beschleunigte Energiewende geschaffen und den Netzausbau gesetz-
458 lich neu geregelt. Dabei stellen wir den beschleunigten Ausbau der Energienetze bei gleichzei-
459 tiger Beteiligung der Bürger sicher. Wir haben neue Programme zur CO₂-Gebäudesanierung,
460 zur Erforschung und Entwicklung erneuerbarer Energien sowie neuer Speichertechnologien
461 aufgelegt. Zusätzlich haben wir beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bereits mehr Wett-
462 bewerb durchgesetzt – und arbeiten weiter daran, die von Rot-Grün verordnete teure Über-
463 förderung zu bremsen. Wir wollen mehr Markt und raus aus der Planwirtschaft. Die Festle-
464 gung von Strompreisen durch die Politik darf kein Dauerzustand sein.

465
466 Liberale Energiepolitik sorgt dafür, dass die Energieversorgung sicher, sauber und bezahlbar
467 bleibt.

468
469 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

470
471 • Der Staat darf sich an steigenden Energiekosten nicht bereichern. Wir wollen deshalb
472 die aufkommensneutrale Absenkung der Stromsteuer. Sie soll in dem Umfang gesenkt
473 werden, wie der Bund Umsatzsteuermehreinnahmen durch die steigende EEG-Umlage
474 erzielt. Auch die Länder müssen sich an der Rückgabe der Mehreinnahmen an den Steuer-
475 erzahler beteiligen und sich daher im Bundesrat auf die Zustimmung zur steuerlichen
476 Entlastung der Bürger bei der energetischen Sanierung von Gebäuden einigen.

477
478 • Um den gesamten Energiemarkt marktwirtschaftlicher zu gestalten, ist eine zügige und
479 grundlegende Reform des EEG erforderlich. Dazu haben wir in der vergangenen Legisla-
480 turperiode ein Reformkonzept vorgelegt. Die erneuerbaren Energien sollen schneller
481 und konsequenter als bisher an den Markt herangeführt werden. Unser Ziel ist es, dass
482 die Erneuerbaren im Markt sind, wenn das letzte Kernkraftwerk abgeschaltet ist. Wir Li-
483 beralen stehen dabei für Rechtssicherheit und Vertrauensschutz in getätigte Investitio-
484 nen. Alle Reformvorschläge beziehen sich daher stets nur auf Neuanlagen. Bei der Wei-
485 terentwicklung des Fördersystems werden wir insbesondere die Finanzierungsmöglich-
486 keiten kleiner und mittelständischer Unternehmen berücksichtigen.

487
488 • Es soll ein klarer Stufenplan entwickelt werden, mit dem zügig und planbar alle Anla-
489 gengrößen und Technologien zwingend von der festen Einspeisevergütung in die Direkt-
490 vermarktung wechseln sollen. Dabei bedarf es geeigneter Konzepte, um kleinere Anla-
491 gen vom administrativen Aufwand der Direktvermarktung zu entlasten. Gleichzeitig sol-

- 492 len die Direktvermarktungsinstrumente für erneuerbare Energien weiterentwickelt wer-
493 den. Die bisherige EEG-Marktprämie ist durch einen Marktzuschlag auf den Börsenpreis
494 zu ersetzen. Er sollte degressiv ausgestaltet sein und nach Technologien, aber nicht
495 mehr nach Anlagengrößen unterscheiden.
- 496
- 497 • Einspeisevergütungen und Marktzuschläge sind bei allen Technologien einer deutlich
498 höheren Vergütungsabsenkung pro Jahr für Neuanlagen zu unterwerfen. Der künftige
499 Ausbau der erneuerbaren Energien soll gleichmäßiger und ohne Überhitzungen erfolgen.
500 Der „atmende Deckel“ als automatischer Anpassungsmechanismus soll deshalb von der
501 Photovoltaik auf alle Technologien ausgeweitet werden. Erreicht eine Technologie die
502 Ausbauziele, so ist die Förderung aus dem EEG zu beenden. Ausnahmen sind nur bei An-
503 lagen denkbar, die über die Energieproduktion hinaus noch wichtige Aufgaben über-
504 nehmen.
 - 505
 - 506 • Wir Liberalen sprechen uns dafür aus, den EU-Binnenmarkt auch für erneuerbare Ener-
507 gien entschieden voranzubringen. Wir streben einen garantierten Mindestanteil erneu-
508 erbarer Energien im gesamten Binnenmarkt an. Die Einführung eines europäischen För-
509 dermodells – auch in Form eines Mengenmodells – ist durch eine Mehrheitsentschei-
510 dung der Mitgliedsstaaten möglich. Sollte sich eine europäische Lösung absehbar nicht
511 realisieren lassen, soll Deutschland seinerseits ein nationales Mengenmodell zügig um-
512 setzen.
 - 513
 - 514 • Ausnahmen von EEG-Umlage und Stromsteuer insbesondere für energieintensiv produ-
515 zierende Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sind zur Sicherung
516 von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum am Industriestandort Deutschland unver-
517 zichtbar, so lange Deutschland in der Energie- und Klimapolitik eine Vorreiterrolle ein-
518 nimmt. Anderenfalls drohen Arbeitsplatzverluste durch Abwanderung der Industrie. Es
519 war auch richtig, den industriellen Mittelstand mit Großkonzernen in der Industrie
520 gleichzustellen.
 - 521
 - 522 • Wir unterstützen nachdrücklich die Entwicklung einer Partnerschaft im Bereich der er-
523 neuerbaren Energien mit Nordafrika. Der Solarplan der Union für das Mittelmeer bezie-
524 hungsweise das DESERTEC-Projekt können langfristig einen Beitrag zur Diversifizierung
525 des Energieangebots und zur Stabilität der Stromversorgung leisten.
 - 526
 - 527 • Mit der Einführung eines bundesweit koordinierten Netzentwicklungsplans, der Grund-
528 lage für einen Offshore-Netzentwicklungsplan und zahlreicher gesetzlichen Vorkehrun-
529 gen für eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir we-
530 sentliche Vorkehrungen für einen beschleunigten Netzausbau getroffen. Nun kommt es
531 darauf an, dass die Ausbauprojekte zügig von den Netzbetreibern realisiert werden. Da-
532 bei sind auch die Länder in der Pflicht, die vorhandenen Instrumente für eine zügige
533 Umsetzung vollumfänglich zu nutzen. Durch die Einführung von speziellen Netz-
534 Genossenschaften kann dabei aus dem lokalen Netzausbau im wahrsten Sinne des Wor-
535 tes ein Gemeinschaftsprojekt werden.
 - 536
 - 537 • Die Dezentralisierung bietet die Chance, den Wettbewerb zu stärken und die Energie-
538 märkte für den Mittelstand zu öffnen. Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Ver-
539 sorgungsnetze zu intelligenten Netzen (smart grids) die aktiv auf unterschiedliche Ener-
540 gienachfrage reagieren und damit die Effizienz der im Netz eingesetzten Energie erhö-
541 hen.

542
543
544
545
546
547
548
549
550
551
552
553
554
555
556
557
558
559
560
561
562
563
564
565
566
567
568
569
570
571
572
573
574
575
576
577
578
579
580
581
582
583
584
585
586
587
588
589
590
591

- Der Bundesnetzagentur soll sofort die Möglichkeit eingeräumt werden, bei instabilen Netzverhältnissen den Einspeisevorrang für neue Großanlagen per Beschluss regional und befristet außer Kraft setzen zu können. Das schafft einen Anreiz, Großanlagen der regionalen Nachfrage entsprechend zu bauen. Der Einspeisevorrang ist ansonsten zu erhalten, um kleinen Anbietern eine faire Chance zu geben und den Druck auf die Netzbetreiber zum Netzausbau zu erhalten.
- Nicht nur Kilowattstunden, sondern auch die Bereitstellung von Leistung muss honoriert werden. Die Regulierung des Stromnetzes muss solche Marktmodelle zur Stabilisierung des Stromnetzes ermöglichen. Diese sollen hinsichtlich der Ausgestaltung aber die Interessen der Verbraucher berücksichtigen.
- Wir wollen die Chancen zur Energiespeicherung nutzen. Deshalb unterstützen wir gute Rahmenbedingungen für Power-to-Gas-Modelle ebenso wie für Pumpspeicherkraftwerke oder die kurzfristige Speicherung von Strom mittels Batterietechnik oder anderer einsatzfähiger effizienter Speichermöglichkeit.
- Die Umsetzung des Energiekonzeptes kann nicht isoliert nur im Stromsektor erfolgen. Eine Reform des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes ist überfällig. Wir brauchen eine klare Perspektive für die Eigentümer und das Handwerk. Wir wollen ein Mengenmodell einführen, das die Großhändler von Öl und Gas verpflichtet, einen bestimmten Anteil erneuerbarer Wärme auf den Markt zu bringen. Diese Vorgabe können sie durch Biogaseinspeisung selbst erbringen. Alternativ können sie Nachweise über Wärmemengen von zertifizierten Anlagen anderer Technologien ankaufen. Ordnungsrecht, das jeden Eigentümer im Gebäudebestand zur Nutzung erneuerbarer Wärme verpflichtet, lehnen wir ebenso wie Zwangssanierungen ab.
- Zu einem zukunftsfähigen Energiemarkt gehört auch die Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen. Die Anreize hierfür sollten zu allererst aus dem Markt kommen. Auch in der Industrie wollen wir durch intensivere Beratung und Know-how-Transfer der Unternehmen Energieeffizienz-Potenziale nutzen. Einen Schwerpunkt werden wir in der mittelständischen Wirtschaft setzen.
- Die Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie der EU in deutsches Recht muss dem Prinzip „Anreiz statt Zwang“ folgen. Alle Maßnahmen sollen dem einzelnen Bürger und dem einzelnen Unternehmen so viele Entscheidungsspielräume wie möglich lassen. Die bestehenden Maßnahmen müssen voll auf die europäischen Vorgaben angerechnet werden.
- Die Gewinnung von Schiefergas durch Fracking ist eine Chance, die zum Gelingen der Energiewende beitragen kann. Sie wird aber in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland nur dann einsetzbar sein, wenn gesellschaftliche Akzeptanz und höchste Umweltstandards gewährleistet sind. Dafür wollen wir einen sachgerechten und verantwortungsbewussten Rechtsrahmen schaffen. Von den eingesetzten und aufbereiteten Stoffen dürfen keine toxischen Gefahren ausgehen. Insbesondere darf es keine Gefährdung des Grund- und Trinkwassers geben. In Wasserschutzgebieten wollen wir Fracking grundsätzlich ausschließen.

592 *6. Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert – neue Regeln für Finanzmärkte*

593

594 Ein leistungsfähiges und stabiles Finanzsystem ist in der Sozialen Marktwirtschaft unerlässlich
595 für eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft, die verlässliche Altersvorsorge der Men-
596 schen und die Finanzierung der öffentlichen Hand. Es sorgt für einen nachfrage- und risikoge-
597 rechten Zugang zu Finanzmitteln und gibt damit Raum für Investitionen und nachhaltige For-
598 men der Geldanlage. Ein funktionierendes Finanzsystem dient damit dem Fortschritt und
599 Wachstum von Wirtschaft und Gesellschaft.

600

601 Dafür brauchen wir freie, aber nicht ungeordnete Finanzmärkte. Die vergangene Jahre haben
602 gezeigt: Wir brauchen eine wehrhafte Soziale Marktwirtschaft, eine neue Ordnungspolitik für
603 die Finanzmärkte des 21. Jahrhunderts. Sie müssen wieder zu einem Instrument für Wachs-
604 tum und Fortschritt werden, das dem Menschen dient. Das deutsche Finanzsystem mit seinen
605 drei Säulen – Privatbanken, Genossenschaftsinstituten und Sparkassen – hat sich dabei ge-
606 rade in der Krise bewährt. Wir wollen dieses System stärken und dort, wo es Fehlentwicklun-
607 gen gegeben hat, durch ein neues Ordnungsrecht nachsteuern.

608

609 Deshalb sind wir in Deutschland voran gegangen. Mit einem Bankeninsolvenzrecht für sys-
610 temrelevante Banken haben wir Risiko und Haftung wieder zusammen gebracht. Wir haben
611 die Kontrolle der Ratingagenturen verbessert und die Bankenaufsicht gestärkt. Sie bekommt
612 stärkere Eingriffsrechte, wenn Banken in einer Krisensituation sind. Und die Banken werden
613 mit der neu eingeführten Bankenabgabe erstmals für die Kosten zur Bewältigung einer Fi-
614 nanzkrise herangezogen.

615

616 Wir haben die Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gezogen und bereits vieles ange-
617 packt, um die Soziale Marktwirtschaft zu stärken. Die wichtigsten Maßnahmen zur Stabilisie-
618 rung der Märkte sind eingeleitet oder werden schrittweise eingeführt. Die Neuordnung der
619 Finanzmärkte ist aber noch nicht abgeschlossen. Deutschland braucht als Finanz- und Finan-
620 zierungsstandort eine dauerhafte Perspektive. Wir wollen das Finanzsystem noch besser ge-
621 gen Krisen rüsten. Dafür braucht es klare Regeln und planbare Rahmenbedingungen. Chan-
622 cen und Risiken müssen in einer gesunden Balance stehen.

623

624 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

625

626 • Globales Wirtschaften verlangt globale Finanzmärkte. Es braucht eine nachhaltige Re-
627 form des Ordnungsrahmens im Bankensektor und an den Finanzmärkten insgesamt, um
628 Risiken für Konjunktur und wirtschaftliche Entwicklung abzuwenden sowie gesellschaft-
629 liche Stabilität zu ermöglichen. Um eine effektive staatliche Kontrolle sicherzustellen,
630 bedarf es dazu einerseits international strenger Regeln und andererseits national und in-
631 ternational wettbewerbsfähige Institute, die ihrer wichtigen Finanzierungsfunktion nach-
632 kommen können. Dazu gehören effektive Risikopuffer und Risikomanagementsysteme
633 für alle Marktteilnehmer, einschließlich der Handelssysteme. Hinzu kommen transparen-
634 te Abläufe und Risiken, klare Verantwortlichkeiten und Haftungsregeln und eine effekti-
635 ve Kontrolle.

636

637 • Wir wollen die Aufsicht über Banken und andere Finanzinstitute weiter verbessern. Bei
638 der Umsetzung der gemeinsamen Europäischen Bankenaufsicht legen wir strengen Wert
639 auf eine strikte institutionelle Trennung zwischen Zentralbank- und Aufsichtsfunktionen.
640 Dazu gehört nicht nur eine organisatorische Trennung, sondern vor allem die Einrich-
641 tung eigenständiger Entscheidungsgremien in der Aufsichtssäule. Insbesondere system-

642 relevante Banken sollen durch eine gemeinsame europäische Aufsicht kontrolliert wer-
643 den. Ein Zugriff auf andere Banken muss möglich sein, wenn die nationale Aufsicht in
644 dem betreffenden Mitgliedsstaat nicht ausreicht, um systemische Risiken abzuwehren.
645

- 646 • Wir setzen uns dafür ein, dass die gemeinsame Europäische Bankenaufsicht den höchst-
647 ten rechtlichen Standards entspricht. Eine Vereinheitlichung darf nicht zu einer Aufwei-
648 chung der Regeln führen. Gleichzeitig muss der Wettbewerb verschiedener Bankensys-
649 teme und verschiedener Geschäftsmodelle ebenso erhalten bleiben wie regionale oder
650 grenzüberschreitende Branchenstrukturen. Dazu gehören insbesondere die in Deutsch-
651 land bewährten Systeme der Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Bausparkassen.
652
- 653 • Einen Zugriff auf nationale Einlagensicherungsfonds oder den nationalen Restrukturie-
654 rungsfonds lehnen wir ab. Die deutschen Sparer sollen nicht mit ihrem Geld für das fi-
655 nanzielle Risiko anderer Bankensysteme gerade stehen. Rettungs- bzw. Kapitalisie-
656 rungsmaßnahmen für Banken aus den europäischen Rettungsschirmen sind nur bei
657 gleichzeitiger Mithaftung des betreffenden Sitzstaates zulässig.
658
- 659 • Um die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors in Deutschland dauer-
660 haft wiederherzustellen, müssen insbesondere auch die krisengeschüttelten Landes-
661 banken zeigen, ob ihre Strategie sinnvoll ist. Weitere Subventionen zu Lasten privater
662 Wettbewerber oder noch höhere Belastungen des Steuerzahlers mit den Risiken der be-
663 reits gestützten Institute, insbesondere bei der Rettung von Landesbanken, sind nicht
664 hinnehmbar und schaden dem Standort insgesamt.
665
- 666 • Der Kapitalmarkt ist ein neben dem Bankensystem wichtiger Bestandteil für die Finan-
667 zierung unserer Zukunft und der Altersvorsorge. Auch hier wollen wir weiter an krisen-
668 und zukunftsfesten Rahmenbedingungen arbeiten. Hierzu gehören auch Wagniskapital
669 und Private Equity. Deutschland verdankt seine starke Position im internationalen Wett-
670 bewerb nicht nur Innovation, sondern auch dem Vertrauen in Investitionen und Produk-
671 tion Made in Germany.
672
- 673 • Neue Steuern können die Aufsichts- und Regelungslücken im Bereich der Finanzmärkte
674 nicht schließen. Wir sind gegen Steuermodelle, die Bürokratie schaffen, nicht effektiv
675 erhoben werden können – und am Ende die Falschen treffen: die Betriebe, die Sparer
676 und die Bürger, die für ihr Alter vorsorgen.
677
- 678 • Wir wollen die Rechte der Aktionäre an ihrem Unternehmen stärken. Sie sind die Eigen-
679 tümer. Die Manager sind ihre Verwalter. Dieses Verhältnis muss sich in den Aktionärs-
680 rechten stärker widerspiegeln – auch um nachhaltige und unter Risikogesichtspunkten
681 verantwortbare Investitionsentscheidungen zu befördern. Deshalb wollen wir beispiels-
682 weise den Einfluss der Hauptversammlung auf die Vergütung des Managements stär-
683 ken, indem wir Vergütungen der Vorstände oberhalb bestimmter Rahmenvorgaben und
684 Beträge an die Zustimmung durch die Gesellschafter knüpfen. Eingriffe in Eigentümer-
685 und Aktionärsrechte – beispielsweise durch Vorgabe bestimmter Quoten bei der Beset-
686 zung von Aufsichtspositionen – lehnen wir konsequent ab.
687
688

689 7. *Vielfalt der Regionen erhalten, Chancen der Demographie nutzen, ländliche Räume*
690 *stärken*

691

692 Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland überall die Chance haben, ihren Weg zu gehen.
693 Egal ob in Städten oder in ländlichen Räumen. Deutschland ist ein vielfältiges Land, ein Land
694 der Regionen. Im ländlichen Raum lebt die Hälfte aller Menschen unseres Landes. Eine oft-
695 mals stark mittelständisch geprägte Unternehmenskultur schafft Arbeitsplätze, Innovation
696 und Fortschritt – mit Wirkung oft weit über die Region hinaus: Viele Weltmarktführer kommen
697 aus dem ländlichen Raum. Eine besondere Bedeutung hat überdies eine moderne Agrar- und
698 Ernährungswirtschaft sowie in vielen Regionen ein attraktives Tourismusangebot.

699

700 Wir wollen den demographischen Wandel gestalten und zu einer Chance machen. Dazu müs-
701 sen auch in Zukunft im ländlichen Raum alle Möglichkeiten für den Alltag vorhanden und gut
702 erreichbar sein. Das schließt die Sicherung der Versorgung für ältere Menschen in allen Le-
703 bensbereichen, aber auch Zukunftsperspektiven für jüngere Menschen ein. Deshalb haben
704 wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stärkung der ländlichen Räume auf den Weg
705 gebracht und mit dem Landärztegesetz einen wichtigen Schritt unternommen, um eine gute
706 und flächendeckende ärztliche Versorgung auch künftig sicherzustellen.

707

708 Die Stärken und die Vielfalt der deutschen Regionen gilt es zu erhalten und zu stärken. Dabei
709 kommt dem Erhalt von Arbeitsplätzen eine zentrale Bedeutung zu. Darum setzen wir uns für
710 einen starken Mittelstand und für eine eigenständige, unternehmerische Land- und Ernäh-
711 rungswirtschaft ein. Darum haben wir die Besteuerung von Agrardiesel und Mehrgefahrenver-
712 sicherungen dauerhaft reduziert. Und mit der Verabschiedung des Tierschutzgesetzes, des
713 Tiergesundheitsgesetzes sowie eines Gesetzes zur Verringerung des Antibiotikaeinsatzes in
714 der Tierhaltung haben wir den Tierschutz in Einklang mit der Wirtschaftlichkeit in der land-
715 wirtschaftlichen Nutztierhaltung gebracht. Das Waldgesetz haben wir zukunftsweisend refor-
716 miert und eine nationale Waldstrategie verabschiedet.

717

718 Wir stehen für eine moderne, unternehmerische und nachhaltige Landwirtschaft. Wir stehen
719 für die Vielfalt im ländlichen Raum und wir stehen für die Chancen auf Zukunft und Perspekti-
720 ve für alle Menschen. Überall in Deutschland.

721

722 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

723

724 • Wir wollen neue Wege gehen, um in allen Regionen Deutschlands gleichwertige Le-
725 bensverhältnisse zu erhalten und die Vielfalt der Regionen zu bewahren. Dazu stärken
726 wir kommunale Zentren, in denen soziale und technische Infrastruktur kostengünstig
727 und zentral erreichbar vorgehalten werden kann.

728

729 • Menschen sollen so weit wie möglich in jedem Alter und in jeder Lebenslage frei sein
730 zu entscheiden, wo und wie sie leben wollen. Dafür braucht es entsprechende Rah-
731 menbedingungen: In der Verkehrsinfrastruktur, in der sozialen Infrastruktur und in der
732 Kommunikationsinfrastruktur. Wir wollen alle drei verbessern, zum Beispiel durch För-
733 derung technischer Assistenzsysteme (ambient assisted Living) und weiterer teleme-
734 dizinischer Anwendungen. Deshalb ist ein zügiger, flächendeckender Ausbau der
735 Breitbandkommunikation dringend erforderlich. Daneben wollen wir die ambulanten
736 Pflegedienste stärken, um so die Versorgung gerade älterer Menschen flächende-
737 ckend zu gewährleisten.

738

- 739 • Wir wollen auch in Zukunft bezahlbare Mobilität in ländlichen Räumen gewährleisten.
740 Der motorisierte Individualverkehr ist hier für viele Menschen unverzichtbar. Eine Ver-
741 teuerung durch höhere Steuern oder die Abschaffung der Pendlerpauschale lehnen wir
742 deshalb entschieden ab. Den Erhalt und – wo erforderlich – Ausbau der entsprechen-
743 den Infrastruktur unterstützen wir.
744
- 745 • Wir wollen die Rahmenbedingungen für die konventionelle und ökologische Landwirt-
746 schaft weiter durch marktwirtschaftliche Reformen verbessern, damit Landwirte er-
747 folgreich am Markt bestehen können. Deshalb unterstützt liberale Agrarpolitik die
748 Landwirte in ihrer unternehmerischen Freiheit und setzt sich für gleiche Wettbewerbs-
749 bedingungen innerhalb der EU ein.
750
- 751 • Wir stehen für eine an der Praxis orientierte Agrarforschung und einen verbesserten
752 Wissenstransfer. Die Minderung der Naturbelastung, die Erhöhung der Standards in
753 der Nutztierhaltung und der vermehrte Einsatz nachwachsender Rohstoffe erfordern
754 eine verstärkte Forschung. Eine Effizienzsteigerung ist im Sinne der Nachhaltigkeit.
755
- 756 • Wir setzen uns für eine verantwortliche Nutzung der modernen Biotechnologie ein. Die
757 Nutzung der von der EU nach sorgfältiger, wissenschaftlicher Prüfung zugelassenen
758 Sorten muss auch in Deutschland möglich sein.
759
- 760 • Die Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz ist für uns ein großer Erfolg. Wir
761 setzen uns für eine tiergerechte und die Tiergesundheit fördernde Tierhaltung und -
762 ernährung ein. Wir wollen den Tierschutz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung
763 auf europäischer Ebene auf wissenschaftlicher Basis und im Einklang mit der Wirt-
764 schaftlichkeit voranbringen.
765
- 766 • Bei der Bioenergie achten wir darauf, Konkurrenzen zwischen Tank und Teller zu ver-
767 mindern. Ein weiterer Ausbau der Bioenergie soll verstärkt über die Nutzung von Rest-
768 und Koppelprodukten erfolgen. Bei der Produktion von Biomasse zur energetischen
769 Nutzung sind Alternativen zum Maisanbau, zum Beispiel Kurzumtriebsplantagen, zu
770 nutzen.
771
- 772 • Wir setzen uns für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ein, die im Waldbau die Er-
773 fordernisse der stofflichen und energetischen Holznutzung sowie der Artenvielfalt be-
774 rücksichtigt. Ziel der Eingriffs-Ausgleichsregelung des Bundesnaturschutzgesetzes soll
775 der Schutz der Natur, nicht die Minderung landwirtschaftlicher Nutzfläche sein.
776
- 777 • Vertrauen ist das wertvollste Kapital auch für die Land- und Ernährungswirtschaft.
778 Deshalb wollen wir mehr Transparenz, Sicherheit und damit Vertrauen zwischen Pro-
779 duzenten und Kunden herstellen. Wir wollen dem mündigen Verbraucher die notwen-
780 digen Informationen für eine freie und fundierte Entscheidung für Einkauf und Ernäh-
781 rung zur Verfügung stellen. Deshalb möchten wir eine konsequente Prozesskenn-
782 zeichnung für alle Lebensmittel und Konsumgüter, bei deren Produktion an irgendei-
783 ner Herstellungsstufe gentechnisch veränderte Organismen beteiligt sind. Nur so ist
784 eine vollständige Aufklärung des Verbrauchers möglich.
785
786

787 *8. Gemeinsam wachsen – frei handeln*

788

789 Wo mehr Menschen die Möglichkeit haben, ihren eigenen Weg zu gehen und ihre eigenen
790 Ziele zu verfolgen, ist es möglich, gemeinsam mehr zu erreichen und zusammen zu wachsen.
791 Dafür schafft die Globalisierung enorme Chancen. Die Welt kann von weiterer Kooperation
792 stark profitieren. Dafür ist es notwendig, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und Freiräume
793 zu schaffen.

794

795 Als Exportnation ist Deutschland auf diese Freiheit beim Handel angewiesen. Beschränkungen
796 des deutschen Exports oder Sanktionen wegen unserer Außenhandelsüberschüsse lehnen
797 wir entschieden ab. Wir werden in einer globalisierten Welt, im Wettbewerb mit Ländern
798 wie China, Indien und Brasilien nur dann bestehen können, wenn wir in Europa gemeinsam
799 stärker werden – nicht, indem wir uns selber schwächen.

800

801 Freihandel hilft außerdem beim Kampf gegen Armut weltweit. Weil wir gemeinsam diese
802 Chancen ergreifen sollten, setzen wir uns weiterhin für substantielle Impulse zur weiteren
803 Liberalisierung des Handels und für die Beseitigung von Hindernissen ein. Für offene Märkte.
804 Zum gegenseitigen Nutzen.

805

806 So schaffen wir den Nährboden für Wachstum und Wohlstand weltweit. Dafür, dass jeder die
807 Chance bekommen soll, mehr zu erlernen und mehr zu erreichen. Dafür, dass wir zusammen
808 besser werden und besser leben. In Deutschland und auf der Welt.

809

810 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

811

812 • Wir wollen Wachstum und Wohlstand weltweit durch freien Handel. Deshalb setzen wir
813 auf den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen in der EU und eine weitere Öffnung
814 der Weltwirtschaft. Dabei legen wir hohe Standards bei Menschenrechten, Arbeitssicherheit,
815 Verbraucherschutz, Umweltschutz und Gesundheit an. Wir wollen den
816 Freihandel weltweit vorantreiben und Handelshemmnisse jeder Art konsequent abbauen.
817 Freier Handel sichert Wachstum, fördert den Austausch der Kulturen und schafft
818 Frieden. Ein rascher Abschluss der laufenden Doha-Runde in der Welthandelsorganisation
819 wäre daher ein großer Fortschritt für alle. Solange die Verhandlungen nicht voran-
820 kommen muss jedoch die Chance ergriffen werden, bilaterale Freihandelsabkommen
821 mit anderen Wirtschaftsmächten zu schließen. Wir Liberale unterstützen daher die EU-
822 Verhandlungen mit Indien, Mercosur und Japan. Wir werden die Verhandlungen für ein
823 Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA vorantreiben.

824

825 • Wir wollen die Exportchancen der deutschen Wirtschaft durch die Erschließung neuer
826 aufstrebender Märkte erhöhen. Dazu gehören insbesondere Länder, die bislang wirtschaftspolitisch
827 und unternehmerisch weniger beachtet wurden. Alle diese Länder verfügen über große
828 Binnenmärkte und entwickeln sich sehr dynamisch. Wir wollen dabei an die erfolgreiche
829 Außenwirtschaftsoffensive der Bundesregierung anknüpfen, die die Außenwirtschaftspolitik
830 und ihr Instrumentarium neu ausgerichtet und gebündelt hat. Ziel ist es, das Interesse
831 deutscher Unternehmen für diese Länder zu stärken und sie dabei tatkräftig zu unterstützen.

832

833 • Die deutsche Wirtschaft braucht Rohstoffe, um ihren Erfolgskurs fortzusetzen und damit
834 Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Der Zugang zu Rohstoffen ist
835 nicht nur von technologischen Möglichkeiten abhängig, sondern auch von den wirt-
836

837 schaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Wir wollen deshalb weitere Rohstoff-
838 partnerschaften mit Ländern abschließen und zugleich Handelshemmnisse und Wettbe-
839 werbsverzerrungen abbauen.

840

841 • Gleichzeitig wollen wir die Wirtschaft durch gezielte Programme weiter bei der Diversifi-
842 zierung von Rohstoffbezugsquellen, Explorations- und Bergbaumaßnahmen sowie Kon-
843 zessionserwerb und Beteiligungen unterstützen. Dazu zählen auch die Garantien für un-
844 gebundene Finanzkredite und Hermes-Deckungen bei der Erschließung neuer oder
845 schwieriger Märkte. Zudem wollen wir die Beratung und Unterstützung insbesondere
846 kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Rohstoffsicherung, Verbesserung der Roh-
847 stoffeffizienz und der Netzbildung weiter verstärken.

848

849 • Wir wollen den Schutz des geistigen Eigentums, um auch zukünftig Anreize für risikobe-
850 haftete Investitionen in neue Technologien zu schaffen. Das ist für den Wissensstandort
851 Deutschland essentiell, der seine globale Wettbewerbsfähigkeit wesentlich aus dem
852 Können und der Intelligenz seiner Forscher und Entwickler bezieht.

853

854 • Wir wollen den deutschen Mittelstand stärker als bisher in der Außenwirtschaftspolitik
855 einbeziehen, etwa durch die Begleitung mittelständischer Unternehmen auf Auslands-
856 märkten und Unterstützung beim Ausbau des Exports von innovativen Dienstleistungen.
857 In der Entwicklungszusammenarbeit wollen wir die Kooperation mit der Wirtschaft wei-
858 ter ausbauen. Die Voraussetzungen für Investitionen deutscher wie auch einheimischer
859 Unternehmen und die Entwicklung der lokalen und regionalen Märkte wollen wir durch
860 die Verbesserung der Rahmenbedingungen mit den Mitteln der Entwicklungszusam-
861 menarbeit erleichtern. Dazu gehören bessere Infrastrukturen, die Schaffung und Stär-
862 kung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, Korruptionsbekämpfung, Bildung und Aus-
863 bildung.

864

865

866 **II. Chancen, damit jeder über sich hinaus wachsen kann**

867

868 Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass sich jeder Mensch in unserem Land frei ent-
869 falten, Hindernisse überwinden und nach seinen Vorstellungen glücklich werden kann. Wir
870 Liberale wollen Chancen unabhängig von der sozialen Herkunft. Die faire Chance auf die Erfül-
871 lung des eigenen Lebenstraums muss von der Herkunft abgekoppelt werden.

872

873 Eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein solches selbstbestimmtes Leben bleibt der
874 möglichst frühe und lebenslange Zugang zu individueller Bildung für Jeden. Unser Anspruch ist
875 es deshalb, dass Bildung als Bürgerrecht unabhängig vom sozialen Hintergrund jedem Men-
876 schen offen steht. Wir wollen alle Menschen befähigen, ein Leben in Würde führen zu können.
877 Gute Bildung und Ausbildung ist die Voraussetzung für den Aufstieg. Aber wer aufsteigen will,
878 der muss zunächst auch einsteigen können. Deshalb wollen wir die Lohnnebenkosten niedrig
879 halten, den Arbeitsmarkt weiter öffnen und mit dem liberalen Bürgergeld Anstrengung beloh-
880 nen und Bürokratie abbauen.

881

882 Wir wollen die Möglichkeiten schaffen, dass in einer Republik freier Bürger jeder seinen Weg
883 gehen und Grenzen überwinden kann. Deshalb stehen wir in unserer Gesellschaft solidarisch
884 jenen zur Seite, die in Not geraten sind. Denn gerade sie sind es, die sich anstrengen, um aus
885 dieser Situation herauszukommen. Für diese Menschen wollen wir unsere sozialen Siche-
886 rungssysteme weiter ertüchtigen und zukunftsfest machen. Nicht um Not zu verwalten oder

887 eine persönliche Situation zu alimentieren, sondern damit jeder eine faire Chance hat selbst-
888 bestimmt tätig zu sein.

889
890

891 *1. Chancen ergreifen – lebenslange Bildung*

892

893 Voraussetzung dafür, dass das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft für jeden
894 in unserem Land Wirklichkeit werden kann, ist vor allem eine gute Bildungspolitik. Damit je-
895 der Mensch seine Talente und Ideen entfalten kann – zu seinem Vorteil und zum Nutzen aller.

896

897 Dazu haben wir in den vergangenen Jahren unter anderem die Ausgaben für Bildung und For-
898 schung um knapp 14 Milliarden Euro erhöht, für zusätzliche Studienplätze gesorgt, das
899 Deutschlandstipendium eingeführt, die Förderung der beruflichen Weiterbildung und das BA-
900 föG und Meister-BAföG verbessert. Mit dem Bildungspaket schaffen wir für 2,5 Millionen Kin-
901 der in unserem Land neue Zugänge zu Bildungs- und Kulturangeboten.

902

903 Liberale Bildungspolitik legt so den Grundstein dafür, dass in Zukunft mehr Menschen mehr
904 Chancen haben werden. Sie ist das beste Rüstzeug für ein Leben in Freiheit und Verantwor-
905 tung. Diesen Weg werden wir konsequent weiter gehen.

906

907 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

908

909 • Wir wollen, dass Bildung als Bürgerrecht unabhängig vom sozialen Hintergrund jedem
910 Menschen offen steht. Deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität. Wir wol-
911 len die entsprechende Infrastruktur ausbauen und individuelle Anstrengungen wie priva-
912 tes Bildungssparen oder berufliche Weiterbildung fördern.

913

914 • Wir Liberale bekennen uns zum Bildungsföderalismus, denn er garantiert Freiheit, Viel-
915 falt und Leistungswettbewerb. Entscheidungen über die besten Lösungen können am
916 besten vor Ort getroffen werden. Zugleich sprechen wir uns für mehr Vergleichbarkeit
917 zwischen den Bundesländern aus. Dies sichert ein gemeinsames Leistungsniveau und
918 erleichtert die Mobilität von Lernenden und Lehrenden. Wir wollen deshalb eine neue
919 Bildungsverfassung, die auf dem Subsidiaritätsprinzip aufbaut, gemeinsame Standards
920 verbindlich festschreibt, Bürokratie abbaut und Lernende, Lehrende und Eltern stärkt.

921

922 • Wir wollen die selbstverwaltete Schule. Die Selbstständigkeit von Bildungseinrichtungen
923 ist der Kern liberaler Bildungspolitik. Viele Entscheidungen können wirksamer und bes-
924 ser von der einzelnen Institution getroffen werden. Dafür sollen die Bildungseinrichtun-
925 gen über ein eigenes Budget selbst verfügen sowie mehr pädagogische Gestaltungsfrei-
926 heit erhalten. Nur so können sie für ihre jeweils spezifischen Herausforderungen eigen-
927 ständig Schwerpunkte und Profilbildungen vornehmen.

928

929 • Wir wollen durch qualitätsfördernden Wettbewerb zwischen allen Anbietern das Bil-
930 dungssystem für alle Schüler und Auszubildenden verbessern. Dem in unserer Verfas-
931 sung verankerten Recht auf Gründung und Betrieb von Schulen in freier Trägerschaft
932 wollen wir Geltung verschaffen.

933

934 • Hervorragende Erziehung und Ausbildung steht und fällt mit hervorragenden Lehrenden.
935 Wir wollen deshalb die Exzellenzinitiative für den Bereich Lehrerbildung mit Nach-

936 druck vorantreiben und damit die progressiven Konzepte bei der Qualifizierung unseres
937 pädagogischen Nachwuchses unterstützen.

938

939 • Kindertageseinrichtungen sind Orte fürsorglicher Betreuung und frühkindlicher Bildung.
940 Hier werden die Grundlagen für den weiteren Bildungsweg und damit die Fundamente
941 für die Zukunft unserer Kinder gelegt. Der Schwerpunkt muss in den nächsten Jahren
942 die Verbesserung der Qualität der Betreuungseinrichtungen, der Ausbau qualitativ
943 hochwertiger Kindertageseinrichtungen und des Angebots von Tageseltern sein. Die
944 frühkindliche, vorschulische Bildung soll so gestaltet sein, dass die Kinder vor allem
945 durch die Vermittlung von sprachlichen Kompetenzen auf die Schule vorbereitet sind.
946 Wir wollen die Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher verbessern und ei-
947 nen pädagogischen Fachhochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation zur
948 Voraussetzung für die Leitung einer Einrichtung machen.

949

950 • Bildungsgerechtigkeit ist eine Frage von Zukunftschancen. Studienqualifizierende Ab-
951 schlüsse, die über das berufliche Schulsystem erworben werden, sind Beleg für die
952 Durchlässigkeit unseres Systems. Wir wollen das erfolgreiche duale Berufsausbildungs-
953 system stärken. Wir brauchen alle Talente, denn sie bereichern die Gesellschaft und
954 wirken zugleich dem demographisch bedingten Fachkräftemangel entgegen. Eine pau-
955 schale Akademisierung vieler Ausbildungsberufe lehnen wir dabei ab, denn die Vielfalt
956 der Bildungswege ist unsere Stärke.

957

958 • Inklusion bedeutet für uns, jeden Menschen mit und ohne Behinderung als gleichbe-
959 rechtigten Teil in der Mitte unserer Gesellschaft zu verstehen. Ein selbstverständlicher
960 Umgang zwischen Menschen mit und ohne Handicap beginnt idealer Weise im Kindesal-
961 ter. Die vielerorts bereits gelingende Inklusion im frühkindlichen Bereich wollen wir da-
962 her ausbauen und gleichermaßen im Schulalltag fortsetzen. Auf die damit verbundenen
963 Herausforderungen müssen Lehrer, Eltern und Kinder pädagogisch optimal vorbereitet
964 sowie Schulen und Schulträger entsprechend ausgestattet werden. Durch ein Höchst-
965 maß an organisatorischer, pädagogischer und finanzieller Freiheit wollen wir Schulen
966 und Schulverbänden ermöglichen, sich an die Förderbedürfnisse der ihnen anvertrauten
967 Schüler anzupassen. Wir setzen auf ein inklusives Schulsystem, das nicht aus einer
968 Schulform für alle Kinder besteht, sondern allen Kindern Zugangschancen zu verschie-
969 denen Schulformen ermöglicht. Wir bekennen uns ausdrücklich zur individuellen und
970 leistungsorientierten Förderung aller Kinder in einem differenzierten Schulsystem.

971

972 • Die Bildung der Menschen endet nicht mit einem schulischen oder akademischen Ab-
973 schluss. Menschen lernen ein Leben lang. Weiterbildung eröffnet lebenslang Entfal-
974 tungschancen und ermöglicht den beruflichen Aufstieg. Wir wollen deshalb individuelle
975 Anstrengungen zur Bildung in jedem Alter unterstützen, zum Beispiel durch privates Bil-
976 dungssparen und die durch uns erweiterten Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für
977 Arbeit für Beschäftigte.

978

979 • Wir wollen eine zweite Chance für diejenigen, die unser Bildungssystem ohne Abschluss
980 verlassen haben. Insbesondere jungen Menschen möchten wir berufsbegleitend das
981 Nachholen von Berufs- und Schulabschlüssen erleichtern. Menschen ohne Berufsausbil-
982 dung oder mit gebrochenen Bildungsbiographien brauchen eine zweite Chance auf Aus-
983 und Weiterbildung.

984

- 985 • Investitionen in Aus- und Weiterbildung müssen sich vorrangig auf den ersten Arbeits-
986 markt auswirken, denn dieser sichert echte Beschäftigung und bringt nachhaltige Wert-
987 schöpfung. Wir wollen Menschen Perspektiven geben, die eine zweite Chance benöti-
988 gen. Das betrifft nicht nur Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen haben,
989 sondern auch jene Menschen, die eine Berufsausbildung ergreifen mussten, die nicht ih-
990 ren Wünschen und Talenten entsprochen hat oder die nicht mehr am Arbeitsmarkt
991 nachgefragt wird. Durch individuelle Angebote und der Möglichkeit des Nachholens ei-
992 nes anerkannten Berufsabschlusses wollen wir diese Menschen zielgerichtet für den Ar-
993beitsmarkt qualifizieren. Dafür ist eine weitgehende Integration in Unternehmen bereits
994 während der Qualifizierung notwendig. Damit sichern wir den Fachkräftebedarf und ge-
995 ben Menschen eine echte zweite Chance am Arbeitsmarkt.
996
- 997 • Ausgezeichnete Lehre und Forschung braucht Freiheit. Deshalb stehen wir für die Auto-
998 nomie und Selbständigkeit der Hochschulen. So schaffen wir Flexibilität und ermögli-
999 chen die Profilbildung der Hochschulen. Vielfalt und Wettbewerb führen zu Qualitäts-
1000 steigerungen und Verbesserungen der Studienbedingungen. Grundlage hierfür ist eine
1001 ausreichend gesicherte finanzielle Basis. Wir Liberalen fordern eine ländergrenzenüber-
1002 greifende Hochschulfinanzierung nach dem Prinzip „Geld folgt Studierenden“. Wir wol-
1003 len die Lehre an Hochschulen stärker als bisher in den Fokus rücken, da diese eine
1004 wichtige Rolle in der Ausbildung spielt. Dafür wollen wir erfolgreiche Lehrkonzepte
1005 durch eine Bund-Länder-Initiative (Stiftung Lehre) fördern und Drittmittelprojekte mit
1006 erhöhtem Lehrauftrag ermöglichen.
1007
- 1008 • Wir unterstützen eine Reform des Grundgesetzes dahingehend, dass Hochschulen und
1009 der außeruniversitären Forschung eine unbürokratische Zusammenarbeit ermöglicht
1010 wird. Zudem soll der Bund über die befristete Projektförderung hinaus Wissenschaft und
1011 Forschung unterstützen dürfen und dadurch im Bereich der Hochschulförderung eine
1012 gewisse Planungssicherheit gewährleisten.
1013
- 1014 • Wir wollen das Deutschlandstipendium ausbauen und weiter entwickeln und dadurch
1015 die Zahl der Stipendien mittelfristig verfünffachen. Dazu sollen die Mittel zwischen
1016 Hochschulen übertragbar werden. Die Hochschulen sollen nicht mehr durch Quoten bei
1017 der Vergabe ihrer Stipendien eingeschränkt werden, sondern diese in solchem Umfang
1018 vergeben dürfen, in welchem sie die privaten Zuschüsse generieren. Gleichzeitig wollen
1019 wir beim Betrag der staatlichen Stipendien die Inflation berücksichtigen, das BAföG ent-
1020 bürokratisieren, elternunabhängig gestalten und für Studierende mit Beeinträchtigung
1021 von der Regelstudienzeit entkoppeln.
1022
- 1023 • Für mehr Internationalität im Bildungswesen wollen wir die Nutzung von Fremdsprachen
1024 insbesondere an Universitäten und Fachhochschulen stärken und das bisher oft unge-
1025 nutzte Potential der Mehrsprachigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund er-
1026 schließen.
1027

1028 1029 *2. Der Einstieg zum Aufstieg – Chancen am Arbeitsmarkt*

1030
1031 Arbeitsmarktpolitik ist Chancenpolitik, die mehr Menschen den Einstieg in Arbeit ermöglicht –
1032 und damit Chancen für das eigene Leben schafft. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Jugendarbeits-
1033 losigkeit ist so niedrig wie in keinem anderen europäischen Land. Seit dem Herbst 2009 sind
1034 in Deutschland 1,6 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Durch-

1035 schnittlich alle 80 Sekunden fand in Deutschland ein Mensch neue Arbeit. Das zeigt: Deutsch-
1036 land ermöglicht immer mehr Menschen den Einstieg in den Aufstieg.

1037
1038 Das ist ein Erfolg der Menschen, die in Deutschland durch ihren Fleiß Wachstum und neue
1039 Arbeitsplätze geschaffen haben. Aber es ist auch ein Erfolg der Liberalen. Wir haben staatli-
1040 che Eingriffe in die Soziale Marktwirtschaft bekämpft und den Arbeitsmarkt flexibel und offen
1041 gehalten. Das erleichtert den Einstieg in Arbeit für viele Menschen, zum Beispiel durch die
1042 Erhöhung der Verdienstgrenze für Mini-Jobs auf 450 Euro und die vereinfachte Anerkennung
1043 ausländischer Bildungsabschlüsse. Wir haben die Arbeitsmarktinstrumente flexibilisiert und
1044 übersichtlicher gemacht. Die Jobcenter und Arbeitsagenturen vor Ort haben mehr Entschei-
1045 dungsbefugnisse bei der Förderung bekommen. Darüber hinaus haben wir die Lohnnebenkos-
1046 ten gesenkt – zuletzt durch die Absenkung der Rentenbeiträge auf 18,9 Prozent.

1047
1048 Wir haben verhindert, dass die Reformen der Agenda 2010 zurück gedreht wurden – und mit
1049 immenser Kraftanstrengung weitere Veränderungen durchgesetzt, damit mehr Menschen die
1050 Chance zum Einstieg in Arbeit bekommen. Diesen Weg werden wir konsequent weiter gehen.

1051
1052 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1053
1054 • Wir wollen die Lohnzusatzkosten weiter bei deutlich unter 40 Prozent stabilisieren und
1055 Überschüsse in den Sozialversicherungen in geeigneter Weise an die Beitragszahler zu-
1056 rück geben. Auch deshalb kommt für uns ein Umbau unserer beitragsfinanzierten Sozi-
1057 alsysteme zu einem politischen Umverteilungsmechanismus, wie die Einheitsrente oder
1058 die Bürgerversicherung, die eine Bürgerzwangsversicherung ist, nicht in Frage.

1059
1060 • Unser Arbeitsmarktmodell ist erfolgreich, weil es auf Tarifautonomie und flexiblen Tarif-
1061 partnerschaften von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften basiert. Wir bekennen
1062 uns zur Tarifautonomie. Pauschale Lohnfestsetzung durch die Politik wird auch der diffe-
1063 renzierten Arbeitsmarktlage und den unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in
1064 Deutschland nicht gerecht. Deshalb lehnen wir einen allgemeinen, flächendeckenden
1065 Mindestlohn strikt ab. Er politisiert die Lohnfindung und verhindert, dass Menschen,
1066 insbesondere jüngere und diejenigen mit geringer Qualifizierung, in den Arbeitsmarkt
1067 einsteigen können. Außerdem fördert er Umgehungen wie die Schwarzarbeit. Der Min-
1068 destlohn wird damit zu einem sozialpolitischen Bumerang: Die Gruppe der Arbeitneh-
1069 mer, die durch einen einheitlichen Mindestlohn geschützt werden soll, steht am Ende
1070 ohne Arbeitsplatz und mit schlechteren Einstiegschancen da.

1071
1072 • Wer sich anstrengt, soll entsprechend seiner Leistung fair entlohnt werden, gerade auch
1073 am unteren Ende der Lohnskala. Bereits heute gibt es in Deutschland nach Tarifver-
1074 tragsgesetz, Arbeitnehmerentsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungengesetz die
1075 Möglichkeit, in einzelnen Branchen Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären
1076 oder eine Lohnuntergrenze festzulegen. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode
1077 für weit über zwei Millionen Beschäftigte die von Tarifparteien ausgehandelten Tarifver-
1078 träge neu für allgemeinverbindlich erklärt und damit eine Lohnuntergrenze in der jewei-
1079 ligen Branche gesetzt.

1080

1081 *Varianten zur Abstimmung auf dem a.o. Bundesparteitag, 4. bis 5. Mai 2013:*

1082

1083

Variante A

1084

1085 • *Diesen Weg wollen wir im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft weitergehen und die Mög-*
1086 *lichkeit für weitere Lohnuntergrenzen schaffen – im Einklang mit der Tarifautonomie.*
1087 *Wir werden hierfür die bestehenden Regelungen für Mindestlöhne überarbeiten und*
1088 *besser aufeinander abstimmen. Ansatzpunkt sind die Löhne, die von Gewerkschaften*
1089 *und Arbeitgebern in Tarifverträgen ausgehandelt werden. Das ist der Kern der erfolgrei-*
1090 *chen deutschen Tarifautonomie. Auch zukünftig soll die Höhe der Lohnuntergrenzen*
1091 *Branche für Branche festgelegt werden – dezentral und differenziert. Damit wollen wir*
1092 *auch die Rolle von Gewerkschaften und Arbeitgebern weiter stärken.*

1093

1094 • *Wir wollen deshalb insbesondere im Arbeitnehmerentsendegesetz für alle Branchen die*
1095 *Möglichkeit schaffen, auf gemeinsamen Antrag der Tarifpartner und bei Zustimmung*
1096 *des Tarifausschusses die Lohnuntergrenze eines repräsentativen Tarifvertrags allge-*
1097 *meinverbindlich erklären zu lassen. Zudem wollen wir für Branchen, in denen ein reprä-*
1098 *sentativer Tarifvertrag nicht existiert, das subsidiäre Verfahren nach dem Mindestar-*
1099 *beitsbedingungengesetz praktikabler gestalten. Der unbestimmte Rechtsbegriff der so-*
1100 *zialen Verwerfungen kann wegfallen. Den Hauptausschuss wollen wir stärken und politi-*
1101 *scher Einflussnahme entziehen.*

1102

Variante B

1103

1104

1105 • *Daher ist ein staatlicher Eingriff über das bestehende Maß hinaus nicht zu rechtfertigen.*
1106 *Ausweitungen branchenspezifischer Lohnuntergrenzen nach dem Arbeitnehmer-*
1107 *Entsendegesetz und dem Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz lehnt die FDP ab.*

1108

1109 • *Eine Nutzung der bestehenden Instrumente des Mindestarbeitsbedingungengesetzes*
1110 *sowie eine Anpassung dieser Regelungen stehen für uns im Widerspruch zur Lohnfin-*
1111 *dung durch die Tarifparteien und der Vertragsfreiheit. Regelungen über intransparent*
1112 *zusammengesetzte Ausschüsse würden die Tarifautonomie aushöhlen und Anreize*
1113 *schaffen, dass Tarifverträge in manchen Gegenden noch weniger akzeptiert werden.*

1114

1115 • *Unsere Antwort auf das unzureichende Einkommen vieler niedrigqualifizierter Arbeit-*
1116 *nehmerinnen und Arbeitnehmer ist darüber hinaus ein verstärktes Engagement im Be-*
1117 *reich Weiterqualifikation. Die Fördermöglichkeiten bei der beruflichen Weiterbildung ha-*
1118 *ben wir bereits verbessert, damit sozialer Aufstieg auf dem Arbeitsmarkt gelingt und*
1119 *sich die Einkommenssituation vieler Menschen auf Dauer verbessert. Wir setzen uns*
1120 *insbesondere für die Förderung fundierter und marktorientierter Aus- und Fortbildung*
1121 *von niedrigqualifizierten Arbeitskräften ein und wollen daher individuelle Anstrengungen*
1122 *zur Bildung in jedem Alter unterstützen, zum Beispiel durch privates Bildungssparen und*
1123 *die erweiterten Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit für Beschäftigte – im*
1124 *Sinne des Grundsatzes Fördern und Fordern.*

1125

1126 • *Gleichzeitig müssen wir sicher stellen, dass jeder die Perspektive hat, durch eigene An-*
1127 *strengung ohne Sozialleistung auskommen zu können. Eine Betrachtung von Stunden-*
1128 *löhnen genügt hier nicht, denn der Großteil der Menschen, die zusätzlich zu ihrem Ar-*
1129 *beitseinkommen Arbeitslosengeld II beziehen, arbeiten nur Teilzeit oder haben eine grö-*
1130 *ßere Familie zu versorgen. Das Liberale Bürgergeld ist und bleibt dafür die richtige Idee.*

- 1131 Es motiviert die Menschen beispielsweise zur Ausdehnung der Arbeitszeit: Selbst er-
1132 wirtschaftetes Einkommen bedeutet stets ein spürbar größeres verfügbares Gesamtein-
1133 kommen. Daran müssen sich die Zuverdienstmöglichkeiten des Arbeitslosengeldes II
1134 (ALG II) orientieren.
1135
- 1136 • Flexible Beschäftigungsformen stärken die Anreize für Unternehmen, neue Stellen zu
1137 schaffen, bieten Einstiegschancen für Arbeitsuchende und haben wesentlich dazu beige-
1138 tragen, die Arbeitslosigkeit zu senken. Sowohl Zeitarbeit wie auch befristete Beschäfti-
1139 gung ändern nichts an der ganz normalen Sozialversicherungspflicht. Gleichermaßen gilt
1140 der Schutz bei Krankheit, Kündigung oder Schwangerschaft. Wir wollen diese Instru-
1141 mente deshalb erhalten und, wo es sinnvoll ist, weiter entwickeln.
1142
 - 1143 • Zeitarbeit ist eine Einstiegschance am Arbeitsmarkt, gerade auch für Geringqualifizierte.
1144 Rund zwei Drittel aller Beschäftigten in der Zeitarbeit waren vorher ohne Beschäftigung.
1145 Es gibt inzwischen eine verbindliche Lohnuntergrenze auf tarifvertraglicher Grundlage,
1146 Drehtürmodelle wie bei Schlecker wurden gesetzlich ausgeschlossen und die Sozial-
1147 partner wurden von der Bundesregierung in Verantwortung genommen, durch Bran-
1148 chenzuschläge die sogenannte Equal-Pay-Problematik zu lösen. So schließt sich nun auf
1149 der Zeitschiene die Tariflücke zwischen Beschäftigten in der Zeitarbeit und den Beleg-
1150 schaften der Entleihbetriebe. All das zeigt: Durch zielgenaue Gesetzgebung haben wir
1151 Missbrauch in der Zeitarbeit unterbunden, ohne die Branche als Jobmotor zu verlieren.
1152 Diesen Weg gilt es fortzusetzen.
1153
 - 1154 • Der Blick in das Gesetz muss die Rechtslage erkennen lassen. Es ist überfällig, die Ent-
1155 scheidungen des EuGH zu den gesetzlichen Kündigungsfristen und zum Vorbeschäfti-
1156 gungsverbot in das Bundesgesetzblatt zu bringen. Bei der Berechnung der gesetzlichen
1157 Kündigungsfristen hat der EuGH eine unzulässige Altersdiskriminierung festgestellt. Die
1158 Neuregelung darf den Kündigungsschutz nicht verschärfen und muss beschäftigungs-
1159 freundlich ausgestaltet sein.
1160
 - 1161 • Nur sehr wenige Arbeitnehmer sind regelmäßig in befristeten Arbeitsverhältnissen be-
1162 schäftigt. Für viele ist ein befristeter Vertrag der Einstieg in Arbeit und eine dauerhafte
1163 Beschäftigung beim selben Arbeitgeber. Deshalb wollen wir – ebenfalls auch in Reaktion
1164 auf ein EuGH-Urteil – das Vorbeschäftigungsverbot bei der befristeten Beschäftigung lo-
1165 ckern und gleichzeitig Kettenbefristungen durch eine einjährige Karenzfrist effektiv ver-
1166 hindern.
1167
 - 1168 • Wir wollen das duale Ausbildungssystem in Deutschland ausweiten. Duale Hochschul-
1169 angebote sollen in enger Verzahnung von Wirtschaft und Hochschulen unterstützt wer-
1170 den. Die Kombination aus beruflicher Praxis und schulischer Ausbildung ist ein Export-
1171 schlager für den europäischen Raum und darüber hinaus.
1172
 - 1173 • Wir wollen ein Einwanderungsrecht, das Fachkräften eine Chance am Arbeitsmarkt gibt.
1174 Deutschland muss offen sein für Talente aus aller Welt, eine Willkommenskultur etablie-
1175 ren und um kluge Köpfe konkret und aktiv werben. Die begonnene Liberalisierung bei
1176 der Einwanderung von Fachkräften und den Einstieg in ein modernes Einwanderungs-
1177 recht wollen wir fortsetzen.
1178
 - 1179 • Das bestehende Potenzial an Fachkräften in Deutschland muss besser genutzt werden,
1180 um individuelle Chancen zu sichern und Wachstum zu befördern. Unternehmen, die in

1181 ihrer Unternehmensführung aktiv auf Strategien der Vielfalt (Diversity-Management)
1182 setzen, sind wirtschaftlich erfolgreicher. Entsprechende Bemühungen zu unterstützen,
1183 ist Teil unserer Wachstumsstrategie für den Standort Deutschland.
1184

- 1185 • Die Herausforderungen des demographischen Wandels können langfristig nur in ge-
1186 meinsamer Verantwortung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bewältigt werden.
1187 Laufbahnbegleitende Weiterbildung der Beschäftigten, familienorientierte Arbeitszeiten
1188 und altersentsprechende Arbeitsplätze sind dafür Instrumente, um lebenslanges Lernen
1189 und individuelle Weiterbildung zu ermöglichen. Wir Liberalen fördern deshalb eine le-
1190 bensphasenorientierte Personalpolitik. Wir sorgen außerdem für flexiblere Regeln zum
1191 Renteneintritt und werben für altersgerechte Arbeitsplätze. So können Ältere selbst
1192 entscheiden, wie lange sie arbeiten.

1193
1194

1195 *3. Chancen schaffen statt Mangel verwalten – Soziale Sicherheit für alle*

1196

1197 Chancen schaffen wir, indem wir die Sozialsysteme weiter verlässlich machen und den tat-
1198 sächlichen Bedürfnissen der Menschen anpassen. Wir wollen die Kosten im Griff behalten und
1199 damit die Voraussetzung schaffen, dass auch in Zukunft jedem geholfen werden kann, der
1200 diese Hilfe benötigt.

1201

1202 Vor unserem Eintritt in die Bundesregierung hat die Sozialpolitik in Deutschland nur den Man-
1203 gel verwaltet: Bei der Bundesagentur für Arbeit klaffte ein Loch von 13,8 Milliarden Euro –
1204 und bis 2013 erwartete man ein Defizit von 55 Milliarden. Durch Wachstum und Reformen
1205 haben wir diesen Trend in den vergangenen Jahren umgekehrt. In der Arbeitsmarktpolitik
1206 setzen wir nicht auf das Gießkannenprinzip, sondern auf die zielgenaue Förderung des Wie-
1207 dereinstiegs in den Arbeitsmarkt.

1208

1209 Wir haben konsequent alle Versuche abgewehrt, die Sozialsysteme zu einem politischen Um-
1210 verteilungsinstrument zu machen. Darüber hinaus haben wir die private Altersvorsorge ge-
1211 stärkt und wollen diesen Weg fortsetzen. Riester-Produkte sind dank der Liberalen transpa-
1212 renter und attraktiver geworden. Bei der Basisversorgung im Alter haben wir die Förder-
1213 höchstgrenze angehoben. Wir haben die private Absicherung von Erwerbs- und Berufsunfä-
1214 higkeit gestärkt und für erhebliche Erleichterungen beim Sparen mit Wohneigentum ("Eigen-
1215 heimrente") gesorgt.

1216

1217 Der Erfolg unserer Politik: Überschüsse in Milliardenhöhe in der Rentenkasse und echte
1218 Haushaltsautonomie für die Bundesagentur für Arbeit – und damit sinkende Beiträge und
1219 sichere, hochwertige Sozialleistungen für die Menschen in unserem Land. Damit entlasten wir
1220 die Menschen, geben ihnen Sicherheit und helfen jenen, die sich anstrengen, sich allen Ein-
1221 schränkungen und Erschwernissen zum Trotz selbst zu entfalten. Damit das so bleibt, wollen
1222 wir unsere sozialen Sicherungssysteme weiter ertüchtigen und zukunftsfest machen.

1223

1224 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1225

- 1226 • Jeder, der Hilfe durch das steuerfinanzierte Sozialsystem benötigt, soll diese schnell und
1227 unbürokratisch erhalten. Wir setzen dabei auf die Einführung des liberalen Bürgergeldes,
1228 weil es individuelle Anstrengungen belohnt und Bürokratie abbaut. Mit dem liberalen
1229 Bürgergeld wollen wir die Unterstützung für Bedürftige und Arbeitslose neu ordnen.
1230 Hierzu werden das Arbeitslosengeld II einschließlich der Leistungen für Wohnen und

- 1231 Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die
1232 Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das
1233 Wohngeld zusammengefasst. Wer sich anstrengt und eine Arbeit annimmt, der soll im
1234 Bürgergeldmodell mehr von seinem Einkommen behalten.
1235
- 1236 • Wir wollen das Bürgergeld schrittweise umsetzen und dazu vor allem die in den vergan-
1237 genen Jahren begonnene Pauschalierung von Sozialleistungen konsequent fortsetzen.
1238 Die optionale Pauschalierung der Kosten der Unterkunft wollen wir im Arbeitslosengeld
1239 II zur Regel machen. So muss nicht jeder Mietvertrag beim Amt eingereicht werden und
1240 etwaige Einsparungen aus niedrigeren Miet- oder Heizkosten kommen teilweise dem
1241 Leistungsempfänger zugute. Weitere Zusammenlegungen von Behörden vor Ort nach
1242 dem Prinzip „alle Leistungen aus einer Hand“ sind zu prüfen. Gleichzeitig wollen wir es
1243 den Jobcentern als weiteren Schritt im Sinne des Bürgergeldes ermöglichen, in begrenz-
1244 tem Umfang passive Leistungen für Langzeitarbeitslose in aktive Arbeitsmarktmaßnah-
1245 men umzuwandeln.
1246
 - 1247 • Heute gibt es Hilfe und Unterstützung für Langzeitarbeitslose nur noch aus einer Hand.
1248 Entweder die Kommune übernimmt die Aufgaben selbst oder sie teilt sich die Aufgaben
1249 zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit. Um die Leistung von Kommunen und ge-
1250 meinsamen Einrichtungen vergleichen zu können, brauchen wir Transparenz und klare
1251 Maßstäbe. Die Kommunen sollen frei entscheiden können, ob sie die Arbeitsvermittlung
1252 selbst organisieren.
1253
 - 1254 • Die Bundesagentur für Arbeit muss ihre Leistung kontinuierlich verbessern: Individuelles
1255 Fallmanagement mit gut ausgebildeten Vermittlern und ein sinnvoller Betreuungss-
1256 chlüssel sollen noch mehr Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt ebnen.
1257
 - 1258 • Freibeträge und Anrechnungssätze beim Arbeitslosengeld II sollen zukünftig so gestaltet
1259 sein, dass vollzeitnahe Tätigkeiten besonders attraktiv sind. Denn in diesen Arbeitszeit-
1260 und Einkommensbereichen anzukommen, ist nachweislich die bessere Chance, Bedürf-
1261 tigkeit ein für allemal hinter sich zu lassen. Fairerweise bleibt es dabei, dass bei Ableh-
1262 nung einer zumutbaren angebotenen Arbeit das Arbeitslosengeld II gekürzt werden
1263 kann.
1264
 - 1265 • Wir treten für mehr Selbstbestimmung in der Rente ohne starre Altersgrenzen ein. Die
1266 Menschen sollen ab dem 60. Lebensjahr – bei versicherungsmathematisch korrekten
1267 Zu- und Abschlägen – den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen können, sofern ih-
1268 re Ansprüche aus privater, gesetzlicher und betrieblicher Vorsorge über dem Grundsich-
1269 erungsniveau liegen. Gleichzeitig wollen wir Barrieren für Arbeit im Alter beseitigen
1270 und Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug komplett aufheben. Die Versicherten
1271 können so ab dem 60. Lebensjahr ihre Arbeitszeit reduzieren und den Verdienstaufschlag
1272 durch Bezug einer Teilrente kompensieren oder – wenn sie möchten – länger arbeiten.
1273
 - 1274 • Die Eingliederungshilfe wird durch ein Bundesleistungsgesetz ersetzt. Darin wollen wir
1275 Leistungen für Menschen mit Behinderungen zusammenfassen und personenbezogen
1276 ausgestalten. Das persönliche Budget soll ausgeweitet und insbesondere durch Pau-
1277 schalierung vereinfacht werden. Leistungen, die die Nachteile der Behinderung ausglei-
1278 chen (Nachteilsausgleich), sollen einkommensunabhängig gewährt werden. Leistungen
1279 zum Lebensunterhalt hingegen werden, wie bei jedem anderen Leistungsempfänger
1280 auch, nach Bedürftigkeit gezahlt.

1281
1282
1283
1284
1285
1286
1287
1288
1289
1290
1291
1292
1293
1294
1295
1296
1297
1298
1299
1300
1301
1302
1303
1304
1305
1306
1307
1308
1309
1310
1311
1312
1313
1314
1315
1316
1317
1318
1319
1320
1321
1322
1323
1324
1325
1326
1327
1328
1329

- Die Versicherten müssen sich in ihrer Lebensplanung darauf verlassen können, dass sich die Höhe der Rente an den eingezahlten Beiträgen orientiert. Deshalb stehen wir Liberalen für eine konsequent beitragsbezogene Rente. Familien- oder sozialpolitische Leistungsausweitungen dürfen nicht über Beitragsmittel finanziert werden.
- Wir wollen die Alterssicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung zukunftsfest machen und sie zu einem stärkeren Maße durch private oder betriebliche Vorsorge ergänzen. Wir brauchen eine Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsorge, um unterschiedliche Risiken und Sicherheiten auszugleichen. Wir lehnen daher mit Blick auf die Generationengerechtigkeit eine Rücknahme der vergangenen Rentenreformen ab, die auf eine Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus, eine Stabilisierung der Beiträge und den Ausbau privater Vorsorge ausgerichtet waren. Eine Einheitsversicherung, zum Beispiel durch die Einbeziehung der berufsständischen Versorgungswerke, lehnen wir ab.
- Wir wollen private Vorsorge für jeden Geringverdiener attraktiv machen. Daher dürfen Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Dies ist ein wirksamer Beitrag, der Gefahr zukünftiger Altersarmut frühzeitig entgegenzuwirken. Wir wollen außerdem Selbständigen den Weg zur Riester-Förderung eröffnen.
- In der Diskussion über die Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Selbständige sprechen wir uns ...

Varianten zur Abstimmung auf dem a.o. Bundesparteitag, 4. bis 5. Mai 2013:

Variante A

... dafür aus die Altersvorsorge Selbstständiger zu stärken und somit zu vermeiden, dass die Solidargemeinschaft im Alter mit Grundsicherungsleistungen einspringen muss. Dabei wollen wir den Weg größtmöglicher Wahlfreiheit gehen. Im Rahmen einer allgemeinen Vorsorgeverpflichtung sollen Selbstständige weitgehend über Form und Ausgestaltung ihrer Altersvorsorge entscheiden können. Die Vorsorgeverpflichtung soll sich auf eine Basisabsicherung im Alter beschränken. Die Entscheidung für eine weitergehende Absicherung soll weiterhin dem Einzelnen überlassen bleiben. Mit großzügigen Übergangsvorschriften und Karenzfristen in der Gründungsphase sowie niedrigeren Beiträgen für Geringverdiener soll der besonderen Situation von Selbstständigen Rechnung getragen werden.

Variante B

... grundsätzlich gegen eine gründungs- und innovationsfeindliche Zwangslösung aus. Diese bedroht die Existenz von Selbständigen und die Entstehung von Arbeitsplätzen: Wer heute schon vorsorgt, wird seine Vorsorge gegebenenfalls mit massiven Verlusten umstrukturieren müssen – und diejenigen, die sich aufgrund fehlender Gewinne eine Altersvorsorge noch nicht leisten können, werden in die Insolvenz und in die Abhängigkeit von staatlichen Transfersystemen getrieben.

- 1330 • Nach der gegenwärtigen Rechtslage würden noch auf unabsehbare Zeit in Ost und West
1331 unterschiedliche Rentensysteme bestehen. Die Vereinheitlichung des Rentenrechts in
1332 Ost und West ist für uns ein Gebot der Fairness.
1333
- 1334 • Wir wollen die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen wieder auf den 15. Tag des
1335 Folgemonats legen. Die durch die derzeitige Regelung in Unternehmen entstandenen
1336 Bürokratiekosten stehen in keinem Verhältnis zu den Vorteilen der öffentlichen Hand.
1337
- 1338 • Wir wollen künftige Sozialwahlen demokratischer, transparenter und effektiver machen.
1339 Wir wollen Einheitslisten abschaffen und echte Auswahl ermöglichen. Dabei ist die Mög-
1340 lichkeit der Online-Beteiligung zu schaffen und eine einfache und transparente Aufstel-
1341 lung der Listen zu gewährleisten.
1342
1343

1344 4. Chancen nutzen – gemeinsam gesund leben 1345

1346 Wir wollen, dass Wahlfreiheit und Gestaltungsmöglichkeiten Hand in Hand gehen mit der
1347 notwendigen Solidarität. Wenn beides klug verbunden wird, machen wir gemeinsam aus den
1348 Lasten von gestern Chancen für morgen.
1349

1350 Bis 2009 wurde in den Sozialsystemen der Mangel verwaltet. Allein in der gesetzlichen Kran-
1351 kenversicherung fehlten damals Milliarden. Wir haben die Trendwende geschafft und die So-
1352 zialkassen wieder auf feste Beine gestellt. Dafür haben wir im Gesundheitsbereich für mehr
1353 Wettbewerb zwischen den Krankenkassen und auf dem Arzneimittelmarkt gesorgt. Gleichzei-
1354 tig sparen wir allein durch niedrigere Kosten für Medikamente derzeit bis zu zwei Milliarden
1355 Euro. In diesen Jahren konnten wir dadurch erreichen: Überschüsse bei den Krankenkassen
1356 und die ersten Schritte hin zu einer solide finanzierten Pflegeversicherung mit einem Einstieg
1357 in die Kapitaldeckung.
1358

1359 Wir Liberale haben die Abschaffung der Praxisgebühr durchgesetzt. Um die Gesundheitsver-
1360 sorgung im ländlichen Raum zukunftsfest zu machen, haben wir Anreize für Ärzte gesetzt. Mit
1361 der Reform des Transplantationsgesetzes haben wir die Abläufe in den Krankenhäusern bei
1362 der Organspende verbessert und Organ-Lebendspender besser abgesichert. Mit der Förde-
1363 rung privater Pflegevorsorge und der Einführung der Leistungen für Demenzkranke und ihre
1364 Angehörigen haben wir viel für die Menschen erreicht.
1365

1366 Wir werden den Weg der letzten vier Jahre in ein freiheitliches und vielfältiges Gesundheits-
1367 system fortsetzen und dabei gleichzeitig genügend Sicherheit bieten, damit betroffene Men-
1368 schen bei einer Erkrankung nicht in eine finanzielle Notlage geraten. Dafür wollen wir unser
1369 Gesundheits- und Pflegesystem stärken und dafür sorgen, dass die Krankenversicherung auch
1370 in Zukunft bezahlbar bleibt.
1371

1372 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.
1373

- 1374 • Wir stehen für ein freiheitliches Gesundheitssystem, das Solidarität und Eigenverantwor-
1375 tung verbindet. Wir sind gegen eine zentralistisch gelenkte Staatsmedizin, die nur zu
1376 Bevormundung, Mangelverwaltung und Wartelisten führt und den Patienten zum Bittstel-
1377 ler macht. Vielmehr muss das Wohl der Patienten im Mittelpunkt der medizinischen Ver-
1378 sorgung stehen.
1379

- 1380
- 1381
- 1382
- 1383
- 1384
- 1385
- 1386
- 1387
- 1388
- 1389
- 1390
- 1391
- 1392
- 1393
- 1394
- 1395
- 1396
- 1397
- 1398
- 1399
- 1400
- 1401
- 1402
- 1403
- 1404
- 1405
- 1406
- 1407
- 1408
- 1409
- 1410
- 1411
- 1412
- 1413
- 1414
- 1415
- 1416
- 1417
- 1418
- 1419
- 1420
- 1421
- 1422
- 1423
- 1424
- 1425
- 1426
- 1427
- 1428
- 1429
- Wahlfreiheit für den Bürger bleibt die Maxime liberaler Gesundheitspolitik. Deshalb setzen wir uns weiter für die freie Wahl des Arztes, für Therapiefreiheit, für die freie Wahl bei der Krankenversicherung, bei Versicherungsschutz und Krankenhaus ein. Dazu gehört eine starke private Krankenversicherung, die Abschaffung der Budgetmedizin und die Einführung des Kostenerstattungsprinzips. Jeder Patient soll zumindest eine Rechnung erhalten in der die Kosten der in Anspruch genommenen Leistungen aufgezeigt werden. Einer Einheitskasse mit Einheitsversorgung für den Einheitspatienten erteilen wir eine klare Absage.
 - Wir wollen mehr Beitragsautonomie der Krankenkassen. Der Einstieg in die Abkopplung der Krankenversicherungsbeiträge von den Löhnen und Gehältern war richtig. Der notwendige Sozialausgleich für diejenigen, die ihre Beiträge nicht bezahlen können, soll weiterhin aus Steuermitteln und damit durch alle Steuerpflichtigen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit finanziert werden.
 - Eine moderne Gesundheitsversorgung versteht die Beteiligten nicht als Einzelkämpfer. Vielmehr spielen Kooperation, Zusammenarbeit und Aufgabenverteilung für eine gute Versorgung des Patienten eine große Rolle. Wir setzen uns dafür ein, dass die Aufgaben zwischen den Beteiligten klar geregelt und verteilt sind und wollen ärztliche und nicht-ärztliche Berufe aufwerten und attraktiver machen.
 - Die Freiberuflichkeit ist ein Garant für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen. Wir werden daher an der Freiberuflichkeit der Heilberufe festhalten.
 - Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Pflegekräften ist von entscheidender Bedeutung dafür, ob es gelingt, die Qualität der Pflege dauerhaft auf hohem Niveau zu gewährleisten. Darüber hinaus trägt eine attraktive Ausbildung mit klar geregelten Finanzierungsmodalitäten entscheidend zur Verbesserung des Ansehens und der Akzeptanz der Pflegeberufe bei.
 - Wir wehren uns gegen Bestrebungen, dass künftig nur noch Abiturienten eine Pflegeausbildung machen dürfen, sondern wollen die Anerkennung und die Entwicklungsmöglichkeiten der Pflegeberufe verbessern. Pflegekräfte sollen sich weiterentwickeln und dann weitere Aufgaben übernehmen können. Die Herausforderungen der Pflege sind mittlerweile im Krankenhaus angekommen und die medizinischen Themen im Pflegeheim. Wir sprechen uns daher für eine Zusammenführung der drei bisher getrennten Ausbildungen zum Kinderkranken-, Kranken- und Altenpfleger zu einer generalistischen Pflegeausbildung mit einer weiteren Entwicklungsperspektive aus.
 - In der Pflegeversicherung brauchen die Menschen Alternativen neben der traditionellen ambulanten und stationären Versorgung, wie sie z. B. durch die Förderung von Wohngruppen geschaffen wurden. Für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen möchten wir Betreuung in guter Qualität gewährleisten. Um ihren speziellen Problemen gerecht zu werden, sollen sich auch die Kriterien zur Pflegebedürftigkeit von körperlichen Einrichtungen hin zu einer Einstufung anhand der noch vorhandenen Selbstständigkeit ändern.
 - Eine Politik der Budgetierung wird im demographischen Wandel zu einem Mangel an Ärzten, Pflegekräften und anderen Leistungsangeboten führen. Um auch in Zukunft eine gute Versorgung im Krankheits- oder Pflegefall zu gewährleisten, brauchen wir leis-

- 1430 tungsgerechte Vergütungen und gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehören die Vereinbar-
1431 keit von Familie und Beruf ebenso wie effiziente Arbeitsabläufe. Dazu gehört auch der
1432 Abbau von bürokratischer Regulierung, die Qualifizierung möglichst vieler Menschen, die
1433 gezielte Gewinnung von Rückkehrern in die Gesundheitsberufe und die gesteuerte Ein-
1434 wanderung von Menschen aus dem Ausland, die in Deutschland im Gesundheitsbereich
1435 arbeiten möchten.
1436
- 1437 • In der Pflege ist der weitere Abbau von Bürokratie und Dokumentationspflichten uner-
1438 lässlich, damit so viel Zeit wie möglich für die eigentliche Pflege verbleibt. Deshalb wol-
1439 len wir stärker auf die Kontrolle von Ergebnisqualität statt auf die Vorgabe von Struktu-
1440 ren und Prozessen setzen.
1441
 - 1442 • Der demographische Wandel stellt die Frage der Finanzierung zwischen den Generatio-
1443 nen neu. Deshalb brauchen wir eine Stärkung der Kapitaldeckung. In der privaten Pfl-
1444 ge-Vorsorgeförderung haben wir einen ersten wichtigen Schritt erreicht. Diesen Weg
1445 wollen wir fortsetzen.
1446
 - 1447 • Gerade vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung ist es uns wichtig, dass hoch-
1448 wertige medizinische Versorgung in Deutschland auch in Zukunft wohnortnah für alle
1449 kostengünstig verfügbar ist und dass Menschen auch im Alter ein selbstbestimmtes Le-
1450 ben führen können. Wir befürworten den stärkeren Einsatz von Telemedizin und den Ab-
1451 bau von haftungsrechtlichen Vorgaben für den Einsatz telemedizinischer Anwendungs-
1452 fälle. Der Einsatz technischer Assistenzsysteme ermöglicht Älteren und Kranken ein
1453 besseres Leben.
1454
 - 1455 • Gute Prävention verbessert die Lebensqualität, vermeidet Krankheiten oder zögert ihr
1456 Eintreten zumindest heraus. Deshalb wollen wir Prävention weiter stärken, insbesonde-
1457 re im Bereich HIV-Prävention, Diabetes, Übergewicht und psychischer Erkrankungen.
1458 Hierzu muss jede Institution in klarer Finanz- und Aufgabenverantwortung ihren Beitrag
1459 leisten. Dabei sind Kommunen, Krankenkassen, Gesundheitsberufe, Arbeitgeber im
1460 Rahmen der betrieblichen Gesundheitsvorsorge und die Bundeszentrale für gesundheit-
1461 liche Aufklärung gefordert. Ebenso wie diejenigen, die in Kindergärten, Schulen und
1462 Vereinen Einfluss auf eine gesunde Lebensweise nehmen können. Eine besondere Rolle
1463 kommt hierbei dem Sport zu, der einen wesentlichen Beitrag zur Kostendämpfung im
1464 Gesundheitswesen leistet.
1465
 - 1466 • Unser Gesundheitswesen ist trotz vieler Fortschritte in vielen Bereichen noch nicht hin-
1467 reichend auf die immer längere Lebenszeit der Menschen eingestellt. Notwendig ist zum
1468 Beispiel geriatrische Kompetenz in allen Gesundheitsberufen, insbesondere auch Kom-
1469 petenz im Umgang mit Demenz. Die Altersmedizin wollen wir stärker in den Fokus me-
1470 dizinischer Forschung stellen. Gleichzeitig wollen wir durch eine umfassende Präventi-
1471 onsstrategie die Menschen dabei unterstützen, möglichst gesund alt zu werden.
1472
 - 1473 • Zur Freiheit des Einzelnen gehört das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen
1474 Körper. Selbstbestimmung geht vor Fürsorge-Überlegungen Dritter. Es ist das Recht je-
1475 des Einzelnen, eigenverantwortlich über medizinische Behandlungen zu entscheiden und
1476 im Voraus entsprechende Verfügungen zu treffen. Medizinische Behandlungen gegen
1477 den erklärten Willen des Betroffenen lehnen Liberale strikt ab. Wir wollen für alle Men-
1478 schen ein menschenwürdiges Leben bis zuletzt ermöglichen. Die Neuregelung der Pati-

1479 entenverfügung hat sich bewährt. Die Rahmenbedingungen zur Versorgung mit Pallia-
1480 tivmedizin und Hospizangeboten wollen wir weiter verbessern.

1481

1482

1483 **III. Vielfalt, damit jeder eine Wahl hat**

1484

1485 Wir Liberale wollen eine freie, eine vielfältige Gesellschaft. Die Menschen sollen selbst ent-
1486 scheidern, wie sie leben wollen. Politik darf Menschen nicht eine bestimmte Lebensweise ver-
1487 ordnen. Wir wollen stattdessen Freiheit und Vielfalt in Deutschland weiter stärken. Dazu wol-
1488 len wir neue Formen der Solidarität, Arbeitsteilung und gesellschaftlichen Teilhabe ermögli-
1489 chen. Denn die Globalisierung und die zunehmend enge Vernetzung der Welt führen zu immer
1490 schnellerem Wandel. Bei kaum einer Entscheidung von heute können wir uns sicher sein,
1491 dass sie morgen noch zu den gewünschten Ergebnissen führt. Eine vielfältige und offene Ge-
1492 sellschaft hingegen kann schnell Fehler korrigieren und Neues ausprobieren. Vielfalt und Of-
1493 fenheit garantieren deshalb Zukunftsfähigkeit.

1494

1495 Wir stärken Familien und Verantwortungsgemeinschaften. Denn eine Republik freier Bürger
1496 lebt davon, dass Menschen Verantwortung übernehmen. Wir wollen Wahlfreiheit der Lebens-
1497 entwürfe. Vielfalt in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und zu leben bedeutet auch, Unter-
1498 schiede zu tolerieren und zu akzeptieren, aber vor allem ihren Wert zu erkennen. Deshalb
1499 wollen wir reale Chancen auf mehr Teilhabe für alle in unserer Gesellschaft.

1500

1501 Das gilt auch und gerade unter den Bedingungen des demographischen Wandels. Deutsch-
1502 land wird ein Land des langen Lebens und dadurch auch vielfältiger und erfahrener. Diese
1503 Herausforderungen wollen wir zu einer Chance für unser Land machen.

1504

1505 Eine vielfältige Gesellschaft gibt es nicht ohne Gleichheit vor dem Gesetz. Gleiche Pflichten
1506 bedeuten auch gleiche Rechte. Gleiche Rechte zu haben bedeutet für Liberale aber nicht,
1507 Verschiedenes gleich zu machen. Wir setzen auf Vielfalt.

1508

1509

1510 *1. Verantwortung stärken – in Familien und Verantwortungsgemeinschaften*

1511

1512 Liebe, Geborgenheit und Anerkennung geben ein starkes Fundament für die gute Entwicklung
1513 einer individuellen Persönlichkeit. Kinder verdienen unseren besonderen Schutz. Jedes Kind
1514 hat das Recht darauf, sich zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit zu entfalten. Chan-
1515 cen, unabhängig von der Herkunft, beginnen bereits im Kleinkindalter. In der Verantwortung
1516 für ihre Kinder sehen wir Liberalen zunächst die Eltern und erst dann Staat und Gesellschaft.

1517

1518 Familie bedeutet dabei heute nicht mehr nur die Lebensgemeinschaft von leiblichen Eltern-
1519 paaren mit ihren Kindern. Daneben leben heute beispielsweise auch Alleinerziehende, Patch-
1520 work-Familien oder gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern in hohem Verantwortungsbewusstsein
1521 als Familien zusammen. Die Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung der
1522 eigenen Lebensgemeinschaft ist Privatsache. Für uns Liberale sind alle Lebensgemeinschaften
1523 gleich wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen: Eltern für
1524 ihre Kinder, Kinder für ihre Eltern, Ehe- und Lebenspartner füreinander. Aber auch Menschen
1525 in anderen frei gewählten Verantwortungsgemeinschaften. Wir wollen Selbstbestimmung für
1526 Lebensmodelle stärken und zur Verantwortung ermuntern.

1527

1528 Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren Familien mit Kindern durch ein höheres Kin-
1529 dergeld und höhere Freibeträge entlastet. Wir haben einen Beitrag dazu geleistet, dass heute
1530 insgesamt 250.000 Kinder weniger in Armut leben. Wir haben die Kinderrechte durch die
1531 volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention gestärkt. Wir haben das erste Bundeskin-
1532 derschutzgesetz eingeführt und damit einen Meilenstein im Kinderschutz in Deutschland ge-
1533 setzt. Kinderlärm als Klagegrund wurde abgeschafft. Wir haben durch Förderung des Bundes
1534 den Ausbau der Kinderbetreuung mit 780.000 neuen Plätzen weiter vorangetrieben. Das Bil-
1535 dungspaket für bedürftige Kinder wurde ebenso realisiert wie der Rechtsanspruch auf die
1536 Betreuung von unter dreijährigen Kindern, der Kinderbetreuungszuschlag beim BAföG und die
1537 vereinfachte Einbeziehung von Selbständigen in das Elterngeld. Wir haben die Familienpflege-
1538 zeit beschlossen und flexiblere Teilzeitlösungen für Arbeitnehmer ermöglicht. Wir haben im
1539 Bundestag eine Regelung zur vertraulichen Geburt auf den Weg gebracht. Wir haben die
1540 Rechte leiblicher Väter gestärkt und das gemeinsame Sorgerecht im Interesse des Kindes
1541 ausgeweitet. Für gleichgeschlechtliche Lebenspartner haben wir in zahlreichen Lebensberei-
1542 chen die Gleichstellung mit Ehegatten verwirklicht: im öffentlichen Dienstrecht, bei der Erb-
1543 schaft- und Grunderwerbsteuer, beim BAföG und vermögenswirksamen Leistungen.

1544
1545 Freiheit und Verantwortung sind untrennbar miteinander verbunden. Wir werden nur besser
1546 werden und besser leben, wenn wir uns daran erinnern, was uns stark gemacht hat: Men-
1547 schen, die sich anstrengen – aus Leidenschaft, aus Liebe zu anderen, aus Verantwortung. Wir
1548 glauben an diese Menschen. Sie weiter zu stärken ist unser Ziel.

1549
1550 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1551
1552 • Wir treiben den Ausbau des qualitativ hochwertigen Betreuungsangebots für unter Drei-
1553 jährige weiter voran. Dafür wollen wir die Betreuungsschlüssel und die Ausbildung der
1554 Erzieher weiter verbessern. Die Länder müssen sich hier ihrer Verantwortung stellen.
1555 Betriebskindergärten und private Einrichtungen wollen wir mit den öffentlichen, ge-
1556 meinnützigen und kirchlichen Trägern gleichstellen und bürokratische Hürden für neue
1557 Einrichtungen senken. Zudem möchten wir Tagesmütter und -väter besser stellen.

1558
1559 • Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Wer für andere Men-
1560 schen Verantwortung übernimmt, soll das nicht um den Preis eigener Chancen tun.
1561 Starke Eltern sind vor allem selbstbewusste Eltern, die Anerkennung erfahren – sei es
1562 durch Teilhabe im Beruf oder im sozialen Leben. Deshalb wollen wir die Nutzung von
1563 flexiblen Arbeitszeitmodellen, Home Office-Möglichkeiten, Freistellungsjahren und den
1564 Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit in Unternehmen weiter erleichtern.

1565
1566 • Wir wollen die Inanspruchnahme des Elterngeldes durch bessere Teilzeit-Möglichkeiten
1567 weiter flexibilisieren und die Partnermonate stärken. Weiterhin streben wir insbesonde-
1568 re eine flexible Anrechnung von Selbständigkeit, bei Alleinerziehenden und bei Teilzeit-
1569 modellen während der Elternzeit an.

1570
1571 • Wir wollen auf Grundlage der in den vergangenen Jahren durchgeführten Evaluation die
1572 familienpolitischen Leistungen neu ordnen, um Bürokratie abzubauen und die Effizienz
1573 der eingesetzten Mittel zu erhöhen. Auch das kürzlich eingeführte Betreuungsgeld muss
1574 sich einer Evaluation stellen. Dabei orientieren wir uns bei allen Leistungen vor allem am
1575 Kindeswohl.

1576

- 1577 • Wir wollen die Bündelung aller kindbezogenen Leistungen mit einer Kinderkarte in ei-
1578 nem Modellversuch erproben. Diese elektronische Karte ist eine unbürokratische und
1579 diskriminierungsfreie Möglichkeit, Kindern direkt Förderleistungen zukommen zu lassen.
1580
- 1581 • Der Unterhaltsvorschuss muss wieder zur Überbrückungsleistung gemacht werden. Die
1582 Dauer seines Bezuges soll verkürzt werden und im Gegenzug der Bezug bis zum 18. Le-
1583 bensjahr des Kindes ausgeweitet werden.
1584
- 1585 • Alle Akteure des Kinderschutzes müssen Hand in Hand arbeiten, um Missbrauch und
1586 Misshandlung wirksam vorzubeugen und bei Verdachtsfällen gezielt einzuschreiten. Die
1587 deutliche Stärkung von Prävention und Intervention hilft, Verwahrlosung und Miss-
1588 brauch von Kindern und die Zerrüttung von Familien in Zukunft besser zu verhindern.
1589 Diesen Ansatz gilt es bundesweit zu stärken. Beispielsweise durch gemeinsame Präven-
1590 tionsnetzwerke wie "Kein Täter werden".
1591
- 1592 • Für Liberale sind alle Lebensgemeinschaften gleich wertvoll, in denen Menschen Ver-
1593 antwortung füreinander übernehmen. Alle Paare sollen die Ehe eingehen können. Bis
1594 dahin gilt: Wer gleiche Pflichten hat, verdient auch gleiche Rechte. Eingetragene Le-
1595 benspartnerschaften müssen mit der Ehe gleichgestellt werden – vor allem noch im Ein-
1596 kommensteuerrecht, bei der Riester-Rente und bei Adoptionen.
1597
- 1598 • In einer Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer tragen,
1599 wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung – jenseits von Ver-
1600 wandtschaft oder Liebesbeziehungen. Deshalb wollen wir im BGB das Rechtsinstitut der
1601 Verantwortungsgemeinschaft mit flexiblen Bausteinen der Verantwortungsübernahme
1602 zwischen zwei oder mehreren Personen einführen. Um Rechtsklarheit gegenüber ande-
1603 ren Verpflichtungen zu wahren, dürfen diese Personen weder verheiratet, verpartnert
1604 oder in gerader Linie miteinander verwandt sein. Begünstigungen durch den Staat im
1605 Steuer- und Sozialrecht aber auch im Erbrecht sind nur gerechtfertigt, wenn die Partner
1606 volle Unterhalts- und Instandspflichten wie Ehegatten übernehmen. Um Missbrauch
1607 auszuschließen, steht Mitgliedern einer Verantwortungsgemeinschaft kein Zeugnisver-
1608 weigerungsrecht und kein Familiennachzug im Ausländerrecht zu.
1609
- 1610 • Wir wollen im Familienrecht weitere Wahlmöglichkeiten schaffen. Ehegatten und einge-
1611 tragene Lebenspartner sollen bei Eheschließung optional die Errungenschaftsgemein-
1612 schaft als weiteren optionalen Güterstand wählen können. Diese ist in den meisten eu-
1613 ropäischen Ländern der gesetzliche Güterstand. Damit werden erwirtschaftete Güter
1614 bereits während der Ehe zum gemeinsamen Vermögen und nicht erst bei einer Trennung
1615 in Form des Zugewinns ausgeglichen.
1616
- 1617 • Wir wollen die Möglichkeit zur Adoption vereinfachen. Dazu wollen wir beispielsweise,
1618 dass bei Stiefkindadoptionen – den einvernehmlichen Wunsch von Mutter, Vater und
1619 adoptionswilligem Stiefelternteil vorausgesetzt und sofern dieses dem Kindeswohl nicht
1620 widerspricht – das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen erhalten
1621 bleibt. Die gesellschaftliche Realität einer höheren Lebenserwartung und einer nach hin-
1622 ten verschobenen Familiengründungsphase erfordert ein Adoptionsrecht, das die Zei-
1623 chen der Zeit erkennt. Im Regelfall soll auch ein Altersunterschied von 50 Jahren zwi-
1624 schen dem Kind und den Eltern keinen Zweifel an der Erziehungsfähigkeit begründen.
1625

1626 • In einem Reproduktionsmedizingesetz wollen wir bestehende Einzelbestimmungen zu-
1627 sammenfassen und die Eizellspende ermöglichen.

1628

1629 • Allen Menschen sollen die in Deutschland zulässigen reproduktionsmedizinischen An-
1630 gebote (wie die künstliche Befruchtung) unabhängig von ihrem Familienstand rechtlich
1631 offenstehen. Bei anonymer Samenspende im Rahmen einer reproduktionsmedizinischen
1632 Behandlung soll geregelt werden, dass ein Kind zwar bei Volljährigkeit seine Abstam-
1633 mung erfahren darf, Unterhalts- und Erbansprüche aber ausgeschlossen sind.

1634

1635

1636 2. *Bürgerschaftliches Engagement stärken*

1637

1638 Wir Liberalen stehen für die freie, die offene Bürgergesellschaft. Sie fördert die Menschen in
1639 ihrer freien Entfaltung, ihrem persönlichen Streben nach Glück und ihrem Engagement für
1640 ihre Mitwelt. Schon heute engagieren sich in unserem Land Millionen Menschen und machen
1641 dadurch unsere Gesellschaft reicher und wärmer – diese Menschen wollen wir stärken.

1642

1643 Dazu haben wir unter anderem die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüsse spürbar angeho-
1644 ben und Haftungsrisiken für die Engagierten in Vereinen klar beschränkt. Wir haben die Ju-
1645ugendfreiwilligendienste (FSJ und FÖJ) gestärkt und den Bundesfreiwilligendienst geschaffen –
1646 und damit die größte engagementpolitische Reform in der Geschichte unseres Landes umge-
1647 setzt. Während nach 2009 noch durchschnittlich 68.000 Zivildienstleistende ihren Pflicht-
1648 dienst absolvierten, engagieren sich heute 80.000 Menschen in den Freiwilligendiensten –
1649 anders als beim Zivildienst aber geschlechter- und generationenübergreifend.

1650

1651 Wir stärken das Ehrenamt und das individuelle Engagement. Das Engagement von Bürgern
1652 und zivilgesellschaftlichen Organisationen – von privat organisierten Bürgertafeln über Stif-
1653 tungen und Vereine bis hin zu sozialen Organisationen wie der Freien Wohlfahrtspflege – hat
1654 deshalb für uns einen besonderen Wert. Die solidarische und offene Bürgergesellschaft ist
1655 Ausdruck einer der Freiheit verpflichteten Gesellschaft. Ihre Stärke ist die Vielfalt. Sie schafft
1656 neue Lebenschancen – und neue Vorbilder für Bürger und Unternehmen.

1657

1658 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1659

1660 • Millionen Deutsche übernehmen in ihrer Gemeinschaft Verantwortung im persönlichen
1661 Umfeld, Vereinen, Stiftungen und vielem mehr. Diese Menschen wollen wir in ihrer eh-
1662 renamtlichen Arbeit unterstützen, indem wir sie von bürokratischen Hemmnissen be-
1663 freien und andere zur Nachahmung ermuntern. Im Steuerrecht sollen dazu die Pauscha-
1664 len für Aufwandsentschädigungen fortlaufend hinsichtlich der Preisentwicklung ange-
1665 passt und Hinzuverdienstregelungen bei staatlichen Leistungen so verändert werden,
1666 dass Aufwandsentschädigungen nicht zu einer Verringerung der Hilfen führen.

1667

1668 • Wir wollen die Organisationen und Einrichtungen, in denen ehrenamtliches Engagement
1669 möglich wird, weiter stärken. Vereine, Stiftungen, Verbände und andere zivilgesell-
1670 schaftliche Organisationen bieten wichtige Beteiligungsmöglichkeiten, wirken an der
1671 Gestaltung unserer Gesellschaft mit und übernehmen gesellschaftliche Verantwortung.
1672 Sie ermöglichen den Menschen praktische Erfahrungen in einem demokratischen Sys-
1673 tem und sind auf Basis ihrer immer neuen Erfahrungen Impulsgeber für die gesamte Zi-
1674 vilgesellschaft.

1675

- 1676 • Mit 27 Millionen Vereinsmitgliedern sind die Sportverbände die größte Bürgerbewegung
1677 unseres Landes. Sport bringt Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialem
1678 Status, religiöser oder politischer Anschauung, körperlichen Voraussetzungen, Herkunft
1679 oder sexueller Orientierung zusammen. Er fördert die gesundheitliche Prävention, den
1680 Aufbau von Gemeinschaftsgeist und den Abbau von Vorurteilen. Sportverbände und ihre
1681 ehrenamtlichen Unterstützer verdienen unsere besondere Unterstützung. Der Erhalt und
1682 Ausbau von Sportstätten ist uns ein Anliegen.
- 1683
- 1684 • Die wirtschaftliche Vermarktung und Verwertung von Sportveranstaltungen ist Voraus-
1685 setzung für die Eigenfinanzierung des organisierten Sports. In diesem Zusammenhang
1686 achten wir bei der Modernisierung des Urheberrechts auf die schutzwürdigen Eigen-
1687 tumsrechte von Sportveranstaltern.
- 1688
- 1689 • Im Stiftungsrecht wollen wir weitere Vereinfachungen vornehmen, um gesellschaftliches
1690 Engagement von Personen und Unternehmen zu erleichtern. Darüber hinaus wollen wir
1691 private Zustiftungen zu dem Stiftungsvermögen von Stiftungen des Bundes ermöglichen.
- 1692
- 1693 • Die von uns Liberalen im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht geforderte Freiwilligen-
1694 dienstreform hat zu einem massiven Ausbau der Freiwilligendienste geführt. Dieses En-
1695 gagement von Jung und Alt wollen wir stärken, indem wir bürokratische Hürden abbauen
1696 und die nationalen wie internationalen Freiwilligendienste besser koordinieren. Die
1697 Freiwilligendienste dürfen dabei nicht als Arbeitsmarktinstrument missbraucht werden,
1698 das Prinzip der Arbeitsmarktneutralität ist zu achten.
- 1699

1700 3. *Vielfalt leben – Miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft*

1701 Wir möchten, dass jeder in Deutschland seinen eigenen Weg gehen kann, ohne dabei bevor-
1702 mundet oder gegen seinen Willen in eine bestimmte Richtung gedrängt zu werden. Jeder Men-
1703 sch soll die Chancen haben, aus eigener Kraft seine Ziele zu erreichen und seine Träume zu
1704 erfüllen – unabhängig von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung und Behinderung.

1705 Für Liberale ist es normal, verschieden zu sein. Liberale Politik schützt deshalb in besonde-
1706 rem Umfang vielfältige Lebensformen und Lebensentwürfe – und damit ein angstfreies An-
1707 anderssein. Wir unterstützen deshalb die Entwicklung von „Strategien zur Vielfalt“ (Diversity-
1708 Strategien) und wollen, dass unsere republikanischen Institutionen Vorbilder sind und Vielfalt
1709 leben.

1710 Zur Toleranz gehört für uns auch die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemein-
1711 schaften. Hier haben wir verschiedene Verbesserungen durchgesetzt. Wir haben im Jahr 2011
1712 die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld durchgesetzt, die durch Bildung und Forschung der
1713 Diskriminierung gegenüber Lesben und Schwulen entgegenwirkt. Wir haben zur Verbesserung
1714 der Geschlechtergerechtigkeit eigenständige Programme zur Jungen- und Männerpolitik ent-
1715 wickelt. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass der Anteil von Frauen in Führungspositionen
1716 in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst durch Selbstverpflichtung erhöht wird.

1717 Wir haben eine eigenständige Jugendpolitik auf den Weg gebracht. Während andere Jugend-
1718 politik vorrangig mit Geboten und Verboten für scheinbar unmündige oder mit Nachteilen und
1719 Schwierigkeiten behaftete Jugendliche definieren, setzen wir Vertrauen gerade auch in junge
1720 Menschen und wollen ihnen mehr Chancen geben. Diese Überzeugung haben wir mit dem

1726 Führerschein für 17-Jährige, dem Deutschlandstipendium oder der Sommerferienjobregelung
1727 bei Hartz IV in praktische Politik umgesetzt.

1728
1729 Politik für ältere Menschen ist mehr als eine gute soziale Absicherung. Den Menschen, die im
1730 Alter aktiv sein wollen, haben wir beispielsweise durch die Öffnung der Freiwilligendienste für
1731 alle Generationen neue Perspektiven eröffnet.

1732
1733 Mit dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte von
1734 Menschen mit Behinderung haben wir in vielen Bereichen wichtige Anreize für eine inklusive
1735 Gesellschaft geschaffen. Die Kommunen wurden bei der Eingliederungshilfe erheblich entlas-
1736 tet.

1737
1738 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1739
1740 • Aufgabe der Politik ist es, Vielfalt zu bewahren und zu fördern sowie entsprechende
1741 Rahmenbedingungen zu schaffen, Vielfalt auch leben zu können. Die Vielfalt unserer
1742 Gesellschaft und die damit verbundenen unterschiedlichen Erfahrungen und Talente
1743 führen zu neuen Fortschritts- und Innovationschancen. Gleichzeitig eröffnet das soziale
1744 Aufstiegschancen für all jene, deren Fleiß, Kreativität und Anstrengungen zu weiteren
1745 Innovationen führen.

1746
1747 • Wir wollen mehr berufliche Aufstiegschancen für Frauen in unserem Land – und wollen
1748 mehr Vätern die Möglichkeit geben, stärker als bisher Beruf und Familie in Einklang zu
1749 bringen. Dazu wollen wir Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmen ermutigen,
1750 familienfreundliche Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu bedarf es einer Flexibilisierung der
1751 Arbeit, einer modernen Ausgestaltung des Steuerrechts - zum Beispiel die Abschaffung
1752 der Lohnsteuerklasse V - und anpassungsfähiger Lösungen in den Betreuungsmöglich-
1753 keiten, etwa die Förderung von Betriebskindergärten.

1754
1755 • Wir wollen mehr Frauen in Führungsverantwortung sowohl in der Wirtschaft als auch im
1756 Öffentlichen Dienst. Es hat sich gezeigt, dass dies nicht nur ein Gebot der Fairness zwi-
1757 schen den Geschlechtern ist, sondern Frauen Unternehmen sehr erfolgreich leiten und
1758 gemischte Teams oft überlegen sind. Wir erwarten daher von Unternehmen in Deutsch-
1759 land eine deutliche Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen und werden
1760 uns dafür auch im Öffentlichen Dienst einsetzen. Als Liberale lehnen wir eine gesetzli-
1761 che Quote jedoch ab. Wir setzen vielmehr auf Anreize für die Unternehmen, verbindliche
1762 Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen. Damit geben wir den Unter-
1763 nehmen die Möglichkeit, eine bessere Beteiligung von Frauen so auszugestalten, dass
1764 sie die besten Chancen für das Unternehmen und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
1765 schafft.

1766
1767 • Wir befürworten den Aufbau eines laufbahnbegleitenden und altersgerechten Personal-
1768 managements in Wirtschaft und Gesellschaft, um Erfahrungen zu nutzen und lebenslan-
1769 ges Lernen zu fördern („AlterNsmanagement“). Wir wollen insbesondere auch die Erfah-
1770 rungen älterer Menschen in unserer Gesellschaft nutzen. Darum unterstützen wir ent-
1771 sprechendes Engagement beispielsweise in so genannten Bildungspatenschaften oder
1772 im Bundesfreiwilligendienst. Wo erforderlich, wollen wir bestehende Altersgrenzen über-
1773 prüfen, um Menschen jeden Alters die Möglichkeit zu geben, sich in den Dienst der Ge-
1774 sellschaft zu stellen.

1775

- 1776
1777
1778
1779
1780
1781
1782
1783
1784
1785
1786
1787
1788
1789
1790
1791
1792
1793
1794
1795
1796
1797
1798
1799
1800
1801
1802
1803
1804
1805
1806
1807
1808
1809
1810
1811
1812
1813
1814
1815
1816
1817
1818
1819
1820
1821
1822
- Das bestehende Potenzial an Fachkräften in Deutschland muss besser genutzt werden, um individuelle Chancen zu sichern und Wachstum zu befördern. Unternehmen wirtschaftlich erfolgreicher und Verwaltungen bürgernäher, die aktiv auf Strategien der Vielfalt (Diversity-Management) setzen. Dies zu unterstützen ist auch Teil unserer Wachstumsstrategie für den Standort Deutschland. Vielfalt und Erfolg gehören zusammen.
 - Wir Liberalen stehen für eine eigenständige Jugendpolitik. Wir setzen auf eine starke Jugendhilfe und eine starke Jugendarbeit, insbesondere durch starke Jugendverbände, die jungen Menschen Chancen auf Teilhabe eröffnet und ihre Potentiale fördert und ausbaut.
 - Wir wollen die Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen als zentralen Bestandteil demokratischer Kultur weiterentwickeln. Dazu gehören zum Beispiel Online-Foren, Internetplattformen und Jugendparlamente.
 - Um gesellschaftliche Diskriminierung gegenüber Lesben und Schwulen abzubauen, setzen wir vorrangig auf Bildung und Aufklärung statt auf bürokratische Antidiskriminierungsgesetze. Deshalb wollen wir die gute Arbeit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld weiter stärken und das Stiftungskapital erhöhen. Homosexuelle, die in Deutschland nach § 175 des Strafgesetzbuches verurteilt und damit Opfer staatlicher Diskriminierung geworden sind, wollen wir in angemessener Weise entschädigen.
 - Wir werden uns für mehr Akzeptanz und Selbstbestimmung von Transsexuellen einsetzen – gerade auch in der Arbeitswelt. In einem neuen Transsexuellen-Gesetz wollen wir zudem die Hürden zur Personenstandsänderung verringern. Im Zuge dessen sollen die Leistungen der Krankenkassen bei Geschlechtsangleichungen gesichert und vereinheitlicht werden.
 - Wir wollen Menschen mit Behinderung eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Das beginnt bei der Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes: Menschen mit Behinderung müssen alle öffentlichen Gebäude, Verkehrsmittel und Kommunikationseinrichtungen unabhängig von fremder Hilfe nutzen können. Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen sowie Freizeit- und Bildungseinrichtungen wollen wir inklusiv gestalten. Barrierefreiheit dient allen. Wer Barrieren aus dem Weg räumt, ermöglicht, dass Gebäude, Verkehrsmittel, Produkte für alle erkennbar, erreichbar und damit für jeden nutzbar sind. Darum unterstützen wir auch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Ferner setzen wir uns für einen bundesweiten barrierefreien Notruf per SMS ein.
 - Sofern bei Menschen mit Behinderung die Fähigkeit zur Arbeitsaufnahme eingeschränkt ist, wollen wir eine bestmögliche Teilhabe am Arbeitsleben durch berufliche Fördermaßnahmen und den Ausbau inklusiver Arbeitsplätze erreichen. Bei Hilfsbedürftigkeit setzen wir auf die Einführung persönlicher Budgets, damit man eigenverantwortlich und selbstständig darüber entscheiden kann, welche Person oder Einrichtung die Hilfe erbringen soll.

1823 *4. Einwanderung und Integration in einem vielfältigen, offenen Deutschland*

1824

1825 Für ein modernes, offenes Deutschland muss gelten: Es kommt nicht darauf an, woher Du
1826 kommst. Es kommt darauf an, wohin Du willst. Egal woher ein Mensch kommt, welchen Hin-
1827 tergrund er hat: Er kann unsere Gesellschaft bereichern – in der Wirtschaft, in der Kultur, im
1828 Sport, im öffentlichen Leben. Und er hat ein Recht auf Teilhabe an dieser Gesellschaft.

1829

1830 In unserem Land leben Millionen Mitmenschen „mit Migrationshintergrund“. Viele von ihnen
1831 sind hier geboren. Die allermeisten von Ihnen sind längst in diesem Land Zuhause. Sie sind
1832 unsere Mitbürger, Freunde und Nachbarn. Für diese Menschen machen wir Politik.

1833

1834 Wir sind überzeugt: Wer an dieser Gesellschaft teilhaben möchte, wer sich einbringen will, der
1835 soll hier auch eine Heimat finden können. Dafür müssen wir in Deutschland Hindernisse ab-
1836 bauen und Türen öffnen. Gleichzeitig ist aber auch die Bereitschaft zur Teilhabe Vorausset-
1837 zung für das Miteinander in einer offenen Bürgergesellschaft. Dazu gehören insbesondere die
1838 Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen, sowie die vorbehaltlose Akzeptanz unserer
1839 freiheitlich demokratischen Grundordnung. Mit dem Nationalen Aktionsplan Integration und
1840 dem Instrument der Integrationsvereinbarung zeigen wir, wie wir diesen Weg zum Miteinander
1841 in unserer Gesellschaft weiter gehen wollen. Gleichzeitig zeigen wir aber auch – zum Beispiel
1842 mit der Schaffung eines eigenen Straftatbestandes zur Bekämpfung der Zwangsheirat – deut-
1843 lich die Grenzen der Toleranz aufgezeigt.

1844

1845 Chancen zur Teilhabe zu bieten bedeutet aber auch, alle Anstrengungen zu unternehmen,
1846 Menschen zur Integration zu befähigen. Die Fähigkeit zur Integration hängt in vielen Fällen
1847 immer noch von Faktoren ab – Familie, Bildungsweg, soziales Umfeld – die der Einzelne nur
1848 schwer beeinflussen kann und die im ungünstigen Fall den Zugang in die Gesellschaft erheb-
1849 lich erschweren. Hier wollen und müssen wir weiterhin stärker Hilfe zur Selbsthilfe geben,
1850 damit der Einzelne sich frei machen kann von äußeren Zwängen. Auch darum haben wir bei-
1851 spielsweise die Mittel für Integrationskurse erhöht, die Mittel für den Ausbau der Kinder-
1852 betreuung in den Ländern weiter erhöht und Initiativen zur sprachlichen und beruflichen Bil-
1853 dung unterstützt.

1854

1855 Wir wollen für jene, die eintreten möchten, die Türen zu unserer Gesellschaft öffnen. Das gilt
1856 für all diejenigen, die bereits in unserem Land leben. Und das gilt für diejenigen, die noch
1857 kommen wollen. Darum haben wir die Einwanderung nach Deutschland erleichtert und die
1858 Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse verbessert, damit kluge Köpfe leichter den
1859 Weg nach Deutschland finden.

1860

1861 Aber damit diese Menschen nach Deutschland kommen, müssen diese Menschen uns in
1862 Deutschland vor allem willkommen sein, hier mit ihren Familien ein Zuhause und eine Heimat
1863 finden können. Toleranz, Offenheit, eine Kultur des Miteinanders – das sind für Liberale Werte
1864 an sich. In der modernen Welt sind es aber auch unverzichtbare Standortfaktoren, wenn wir in
1865 der Wirtschaft, in der Forschung, bei kreativen Unternehmungen an der Spitze bleiben wollen.

1866

1867 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1868

1869 • Deutschland ist ein Einwanderungsland. Darüber freuen wir uns. Schon in der Vergan-
1870 genheit haben Einwanderer das Wirtschaftswunder mitgestaltet und unsere Gesell-
1871 schaft bereichert. Das Zusammenleben in der offenen Gesellschaft setzt jedoch das
1872 Bemühen um Gemeinsamkeiten, um Toleranz und Akzeptanz bei allen Beteiligten vor-

1873 aus. Integration ist unmöglich, ohne gemeinsame Sprache und die Akzeptanz der re-
1874 publikanischen Werte unserer Verfassung. Deshalb wollen wir Integrationskurse als
1875 zentrales Element weiter stärken und hier insbesondere auch die frühzeitige Integrati-
1876 on von Kindern verstärkt in den Blick nehmen. Die Integrationskurse sollen auch auf
1877 Geduldete und Asylbewerber ausgedehnt werden. Sie sind oft jahrelang in Deutsch-
1878 land, und müssen daher die Möglichkeit erhalten, deutsch zu lernen, um am Arbeits-
1879 und Sozialleben teilnehmen zu können.
1880
1881 • Integration braucht auch die Offenheit und Integrationsbereitschaft einer Gesellschaft.
1882 Als Liberale werben wir für mehr Offenheit und Toleranz. Wir wollen eine Möglichkeit
1883 zur beschleunigten Einbürgerung nach vier Jahren und die grundsätzliche Zulassung
1884 der doppelten Staatsbürgerschaft. Partizipationsmöglichkeiten erleichtern die Integra-
1885 tion: daher setzen wir uns, bei einem rechtmäßigen Mindestaufenthalt von fünf Jahren,
1886 für die Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts ein.
1887
1888 • Wir wollen gezielt fachlich geeignetes Personal mit Migrationshintergrund für den öf-
1889 fentlichen Dienst gewinnen. Denn für die Integration und unsere Gesellschaft ist es
1890 wichtig, dass im öffentlichen Dienst, in Kitas und Schulen Personen mit interkultureller
1891 Kompetenz tätig sind. Diese Vorbilder prägen gerade Kinder und Jugendliche positiv.
1892
1893 • Sprache ist der Schlüssel zur Bildung, zum Erfolg und zu gesellschaftlicher Integration.
1894 Es ist daher ein Gebot der Fürsorgepflicht des Staates, dafür zu sorgen, dass kein Kind
1895 abgehängt wird. Sprachstandtests für alle Kinder im Alter von vier Jahren sind Voraus-
1896 setzung dafür, dass alle die gleichen Chancen haben. Bei Bedarf sind eine gezielte
1897 Sprachförderung vor der Schule sowie darüber hinausgehende unterrichtsbegleitende
1898 Sprachprogramme notwendig.
1899
1900 • Wir müssen Eltern verstärkt aufklären und befähigen, ihre Kinder zu unterstützen. Pro-
1901 gramme zur kombinierten Sprachförderung von Eltern und Kindern zeigen vorbildliche
1902 Erfolge. Auch sind Angebote für Kinder oftmals der beste Anknüpfungspunkt zur nach-
1903 holenden Integrationsförderung für Eltern.
1904
1905 • Erst spät hat sich in unserer Gesellschaft die Einsicht durchgesetzt, dass Deutschland
1906 ein Einwanderungsland ist. Zu spät wurde den neuen Mitbürgern ein echtes Angebot
1907 gemacht und eine offene Integrationspolitik betrieben. Nachholende Integration ist
1908 deshalb eine ebenso wichtige wie herausfordernde Aufgabe für die Gesellschaft und
1909 die Politik. Hier sind wir besonders gefordert, jene Migranten, die teilweise bereits seit
1910 Jahrzehnten im Land sind, beim Integrationsprozess mitzunehmen und nicht verloren
1911 zu geben. Dabei setzen wir vor allem auf arbeitsmarktpolitische Instrumente.
1912
1913 • Wir suchen und fordern den offenen Dialog mit allen Bevölkerungsgruppen und Religi-
1914 onsgemeinschaften. Alle religiösen Verbände und Institute sind aufgefordert, sich
1915 grundsätzlich der gesamten deutschsprachigen Bevölkerung gegenüber zu öffnen. Wir
1916 setzen uns ein für die vermehrte Einrichtung von Lehrstühlen für islamische Theologie
1917 an deutschen Hochschulen, für die Ausbildung von deutschsprachigen Imamen und
1918 muslimischen Religionslehrern. Wir wollen eine Akademie für Islamstudien schaffen,
1919 die öffentliche Stellen in Deutschland beraten und die Ausbildung von muslimischen
1920 Geistlichen und Religionslehrern in Deutschland fördern soll.
1921

- 1922 • Muslime sind Teil der deutschen Gesellschaft. Das muss sich auch im Schulunterricht
1923 widerspiegeln. Es muss selbstverständlich werden, dass islamischer Religionsunter-
1924 richt in deutscher Sprache an den Schulen erteilt wird, sofern generell Religionsunter-
1925 richt an staatlichen Schulen stattfindet und dieser in das Wertesystem des Grundge-
1926 setzes eingebettet ist.
- 1927
- 1928 • Wir wollen ein Einwanderungsrecht, das Fachkräften eine Chance am Arbeitsmarkt
1929 gibt. Deutschland muss offen sein für Talente aus aller der Welt, eine Willkommens-
1930 kultur etablieren und um kluge Köpfe konkret und aktiv werben. Die begonnene Libe-
1931 ralisierung bei der Einwanderung von Fachkräften und den Einstieg in ein modernes
1932 Einwanderungsrecht wollen wir fortsetzen. Dazu streben wir die Weiterentwicklung
1933 des Arbeitssuchvisums zu einem klaren und vollständigem Punktesystem nach dem
1934 Vorbild von Kanada und Australien an. Auf dem Weg dorthin wollen wir auch die be-
1935 stehenden Gehaltsgrenzen für die Einwanderung weiter absenken. Die Arbeitserlaub-
1936 nispflicht soll zudem bei rechtmäßigem Aufenthalt entfallen. Analog zur Regelung für
1937 Studenten, die für ein Studium nach Deutschland kommen, sollen auch Auszubildende
1938 aus Drittstaaten, die eine Lehre in Deutschland absolvieren wollen, einen Aufenthalt-
1939 titel erhalten.
- 1940
- 1941 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Visa-Vergabe großzügiger und flexibler gehandhabt
1942 wird. Auch sollten sich dabei Ausländerbehörden und Botschaften nicht als Abwehr-
1943 behörden verstehen, sondern vielmehr als Aushängeschilder Deutschlands agieren.
1944 Deutschland ist ein weltoffenes Land. Nicht zuletzt für seine gute Wirtschaft ist der
1945 flexible Austausch von Mitarbeitern und Geschäftsreisenden unerlässlich.
- 1946
- 1947 • Asylbewerber sollen vom ersten Tag ihres rechtmäßigen Aufenthalts an arbeiten dür-
1948 fen. Es entspricht dem liberalen Selbstverständnis, dass Menschen nicht dazu ge-
1949 zwungen werden, staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, sondern sie die Mög-
1950 lichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.
- 1951
- 1952 • Wir haben ein stichtagsunabhängiges Bleiberecht für Jugendliche und Heranwachsen-
1953 de geschaffen, von dem auch deren Eltern profitieren können. Nun muss in Abstim-
1954 mung mit den Ländern eine generelle stichtagsunabhängige Lösung für die vielen Tau-
1955 send Betroffenen gefunden werden, die bereits seit Jahren in Deutschland leben, und
1956 hier auch absehbar bleiben werden, da eine Aufhebung ihrer Duldung nicht absehbar
1957 ist. Kettenduldungen wollen wir abschaffen.

1958
1959

5. *Medien und Kultur als Spiegel der Vielfalt – Kultur von allen, Kultur für alle*

1960 Damit mehr Menschen in Deutschland ihren Weg gehen und ihre Träume verfolgen können,
1961 müssen Chancen erkannt werden bevor man sie ergreifen kann. Eine Voraussetzung dafür ist
1962 ein lebendiges, freies und vielfältiges Kulturleben in Deutschland.
1963

1964 Kunst und Kultur sind die gesellschaftlichen Grundlagen für die Verständigung untereinander
1965 und eine Quelle von Identität und Kreativität. Sie spiegeln den Zustand einer Gesellschaft und
1966 treiben deren Entwicklung voran. Ohne Kunst und Kultur verliert das Leben seine Vielfalt,
1967 wäre unsere Gesellschaft nicht kreativ, unsere Bildung technokratisch und unsere Wirtschaft
1968 nicht innovativ.
1969

1970
1971

1972 Liberale Kultur- und Medienpolitik legt den Grundstein dafür, dass in Zukunft mehr Menschen
1973 mehr Chancen haben werden. Sie fördert gesellschaftliche Teilhabe, Integration, Chancenge-
1974 rechtigkeit und persönliche Entfaltung für Menschen jeden Alters und jeder Herkunft.

1975
1976 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

1977

1978 • Wir setzen konsequent auf das Prinzip „Kultur von allen, Kultur für alle“. Deshalb wollen
1979 wir Kultur als Staatsziel im Grundgesetz verankern. Liberale Kulturpolitik stellt den Bür-
1980 ger als Gestalter, Förderer und Empfänger von Kunst und Kultur in den Mittelpunkt. Kul-
1981 turelle Initiativen, Vereine, freie Zusammenschlüsse, Stiftungen und Unternehmen ha-
1982 ben deshalb unsere Unterstützung als Träger von Kultur und kultureller Bildung. Wir be-
1983 begrüßen ausdrücklich, wenn sich öffentliche, private und freie Kulturorganisationen für
1984 einander öffnen und gemeinsame Netzwerke bilden.

1985

1986 • Das öffentliche und öffentlich geförderte Kulturschaffen ist ein Spiegel der Vielfalt in
1987 unserem Land. Deutschland ist ein Land mit einem reichen und vielfältigen Kulturange-
1988 bot und Geistesleben, das einen unverzichtbaren Beitrag zur Lebendigkeit und Stärke
1989 unserer Gesellschaft leistet. Diese Kraft und Vielfalt wollen wir weiter stärken.

1990

1991 • Kulturelle Bildung definiert die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie ist Aufgabe
1992 sowohl unserer Bildungs- als auch unserer Kultureinrichtungen. Eine Kulturnation wie
1993 Deutschland muss alle Menschen gezielt mit kulturellen Angeboten vertraut machen.
1994 Hierzu zählt insbesondere auch die Vermittlung von Medienkompetenz.

1995

1996 • Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Innovationsmotor, dessen Beitrag wir
1997 stärker gewürdigt wissen wollen. Wir wollen dafür sorgen, dass Selbstständige und Unter-
1998 nehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft einen besseren Zugang zu Fremdkapital erhal-
1999 ten und werden Unternehmen bei der Erschließung ausländischer Märkte unterstützen.
2000 Die Kooperation von Wirtschaft und Politik beim Deutschen Computerspielpreis und die
2001 Filmförderung findet unsere Unterstützung.

2002

2003 • Kultur- und Kreativwirtschaft sind ohne den Schutz geistigen Eigentums nicht denkbar.
2004 Bestehende Rechtsunsicherheiten in einer digitalisierten Welt sind durch ein modernes
2005 Urheberrecht auszuräumen. Dieses muss den Interessenausgleich zwischen Urhebern
2006 und Rechteinhabern sowie Nutzern und Diensteanbietern fair gestalten. Gleichzeitig
2007 muss es die unzensurierte Kommunikation, den freien Informationsfluss und den Zugang
2008 zu Wissen und Innovationen ermöglichen.

2009

2010 • Eine Demokratie lebt von der Medien- und Meinungsvielfalt. Für ein faires Miteinander
2011 von Printmedien und Rundfunk darf es weder eine gebührensубventionierte Presse ge-
2012 ben noch die Entwicklung von vornehmlich textbasierten digitalen Angeboten der öffent-
2013 lich-rechtlichen Rundfunksender. Um Rundfunk und Presse gegenüber den Anbietern im
2014 Internet nicht zu benachteiligen, ist sowohl eine weitere Modernisierungen des Medien-
2015 konzentrationsrechts erforderlich als auch Anpassungen der wirtschaftlichen Rahmen-
2016 bedingungen für Verlage und Rundfunkveranstalter vorzunehmen.

2017

2018 • Wir fordern eine grundlegende Neuregelung der Zwangsabgabe für Medien, um eine Ent-
2019 lastung für Bürger, Unternehmen und Kommunen zu erreichen, sowie eine Konkretisie-
2020 rung des Grundversorgungsauftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zur zielge-
2021 nauen und sparsamen Verwendung der Einnahmen. Wir wollen die bestehende Aufsicht

2022 über unsere Rundfunkmedien der medienpolitischen Realität der Vernetzung von Rund-
2023 funk, Internet und Telekommunikation anpassen.

2024

- Die Künstlersozialversicherung ist eine der tragenden Säulen der sozialen Absicherung vieler Kreativer. Die Künstlersozialversicherung muss als Erfolgsmodell fortgesetzt und weiter an die Erfordernisse der Zeit angepasst werden. Darüber hinaus müssen die Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage von Künstlerinnen und Künstlern verstetigt bzw. bei Bedarf neu angepasst werden.

2029

2030

2031

2032

IV. Freiheit, damit jeder seinen Weg gehen kann

2033

2034

2035

2036

2037

2038

2039

Mehr Freiheit ermöglicht den Menschen, ihren eigenen Weg zu gehen. Das Recht hat daher die Aufgabe einen Rahmen zu schaffen, der die Freiheit des Einzelnen schützt, Eigeninitiative fördert und staatlichen Zwang nur dort anwendet, wo es unbedingt geboten ist. Diese Leitidee verwirklicht sich im Prinzip des liberalen Rechtsstaats, das unserer Innen- und Rechtspolitik zugrunde liegt.

2040

2041

2042

2043

2044

2045

Das Prinzip des liberalen Rechtsstaats verwehrt sich gegen überflüssige Eingriffe und Kontrollen, die die Bürger gängeln und bevormunden, aber weder Sicherheit noch Freiheit schaffen. Daher bilden die Grundrechte eine zentrale Säule des liberalen Rechtsstaats. Sie wirken als starker Schutzwall für die Freiheit. Diesen Wall bauen wir weiter aus und verteidigen ihn. Für uns gilt: Im Zweifel für die Freiheit.

2046

2047

2048

2049

2050

2051

2052

Der liberale Rechtsstaat bildet einen Rahmen, den die Bürger durch ihre Schaffenskraft und ihren Ideenreichtum ausfüllen. Wir wollen diese Kreativität nicht nur im privaten, sondern auch für den öffentlichen Bereich entfalten. Daher steht das Prinzip des liberalen Rechtsstaats auch für eine Fortentwicklung unserer bewährten demokratischen Institutionen. Wir wollen politische Mitbestimmung jenseits von Wahlen und Protest eröffnen.

2053

1. Grundrechte in der digitalen Welt

2054

2055

2056

2057

2058

2059

2060

2061

2062

2063

Die modernen Kommunikationstechnologien, die globale Vernetzung durch das Internet und der schnelle Austausch von Daten und Informationen eröffnen jedem Einzelnen bisher ungeahnte Möglichkeiten der Entfaltung. Die Digitalisierung schafft mehr Freiheit für mehr Menschen, nach ihren eigenen Bedürfnissen und Wünschen miteinander in Verbindung zu treten, sich zu beteiligen und kreativ zu betätigen. Sie verändert die Wirklichkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Damit stellt die Informationsgesellschaft auch das Recht vor neue Herausforderungen. Für uns Liberale gilt dabei online wie offline, dass die Grundrechte geschützt werden müssen. Denn die Freiheit verteidigt man nicht, indem man sie aufgibt.

2064

2065

2066

2067

2068

2069

2070

Auf diesem Weg haben wir bereits einiges erreicht: Wir haben „Netzsperrn“ aus dem Bundesgesetzblatt gestrichen und den Grundsatz „Löschen statt Sperren“ durchgesetzt, die Massendatensammlung beim Elektronischen Entgeltnachweis (ELENA) abgeschafft und der anlasslosen Speicherung und Analyse sämtlicher Telekommunikationsdaten aller Bürger, also der Vorratsdatenspeicherung, eine Absage erteilt. Mit der Stiftung Datenschutz sind wir einen wichtigen Schritt zu einem modernen Datenschutz gegangen.

2071 Wir setzen bei der Gestaltung der Chancen der Informationsgesellschaft auf den selbstbe-
2072 stimmten und aufgeklärten Nutzer, der seine eigenen Entscheidungen zu treffen in der Lage
2073 ist. Diese Entscheidungen darf man – egal von welcher Seite – ihm nicht abnehmen. Das ist
2074 unsere Aufgabe. Das ist unser Versprechen.

2075
2076 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.
2077

2078 • Durch die Verknüpfung und Veröffentlichung von Daten im Internet entsteht eine neue
2079 digitale Öffentlichkeit mit vielfältigen Chancen. Es drohen aber auch neue Gefahren, et-
2080 wa wenn im Internet hinterlassene Daten in sozialen Netzwerken ohne Wissen und Wil-
2081 len des Betroffenen dazu genutzt werden, Verhaltens-, Nutzungs- oder Bewegungsprofi-
2082 le zu erstellen, oder andere schwerwiegende Beeinträchtigungen des Persönlichkeits-
2083 rechts erfolgen. Wir wollen daher die Persönlichkeitsrechte stärken, insbesondere vor
2084 schweren Eingriffen besser schützen und dabei die Entwicklungsoffenheit und Technik-
2085 neutralität der Rechtsordnung wahren („rote Linie für soziale Netzwerke“).
2086

2087 • Wir wollen den Schutz privater Daten weiter verbessern und die Unabhängigkeit des Da-
2088 tenschutzbeauftragten stärken. Die Zuständigkeit für Datenschutz soll zukünftig beim
2089 Bundesministerium der Justiz liegen. Wir setzen uns für ein hohes Schutzniveau bei der
2090 künftigen EU-Datenschutzverordnung ein. Wir wollen ein modernes, technikfestes Da-
2091 tenschutzrecht schaffen, das der großen Bedeutung des Datenschutzes in der digitalen
2092 Welt gerecht wird, und den bereichsspezifischen Datenschutz erhalten. Datenschutz
2093 und Pressefreiheit sollen aber nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im gesellschaf-
2094 tlichen Bereich setzen wir auf den mündigen Bürger und wollen den Selbstdatenschutz
2095 und den Datenschutz durch Technik (sogenannten „privacy by design“) stärken. Der
2096 Einsatz von RFID-Chips etwa zur Verbesserung der Logistik darf nicht zur Datenschutz-
2097 fälle für den Verbraucher werden. RFID-Chips an Waren – etwa bei Kleidung – sind an
2098 der Kasse vollständig und dauerhaft zu deaktivieren. Wir wollen den Datenschutz am
2099 Arbeitsplatz durch ein Beschäftigtendatenschutzgesetz verbessern und Rechtssicherheit
2100 für Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen.
2101

2102 • Wir lehnen weiterhin die anlasslose Vorratsdatenspeicherung ab. Die Menschen in
2103 Deutschland dürfen nicht pauschal unter Verdacht gestellt und ohne Anlass beim mobi-
2104 len Telefonieren, Versenden von SMS-Nachrichten oder Surfen im Internet überwacht
2105 werden. Deutschland ist auch ohne Vorratsdatenspeicherung ein sicheres Land. Die Be-
2106 fugnisse der Polizei sorgen bereits heute schon für hohe Aufklärungsquoten. Wo es un-
2107 bedingt geboten erscheint, setzen wir uns für eine grundrechtsschonende Alternative
2108 zur Vorratsdatenspeicherung ein. Im Einzelfall sollen bei konkreten Verdachtsmomenten
2109 – also gerade nicht anlasslos – bereits vorhandene Daten gesichert und dann nach rich-
2110 terlicher Entscheidung für Ermittlungszwecke genutzt werden können, wenn sich der
2111 Verdacht erhärtet. Gegenüber der Europäischen Kommission werden wir darauf dringen,
2112 dass die verfehlte Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie an der Europäischen Grundrech-
2113 techarta gemessen und grundlegend überarbeitet wird.
2114

2115 • Projekte, die die vollständige und alle Lebensbereiche umfassende Überwachung unse-
2116 rer Gesellschaft zur Folge haben, lehnen wir entschieden ab. So sprechen wir uns gegen
2117 eine Fort- und Umsetzung des auf EU-Ebene vorangetriebenen Projektes INDECT aus.
2118 Für Liberale ist es ausgeschlossen, dass Algorithmen darüber bestimmen sollen, was
2119 "normales Verhalten" in einer Gesellschaft ist und was nicht und dass an dieses „statis-
2120 tische Normalitätsverständnis“ Eingriffe in die Freiheit geknüpft werden. Im Mittelpunkt

2121 unseres Denkens und Handelns steht der Mensch in seiner Individualität und seinem
2122 Recht, auch anders sein zu dürfen.

2123

2124 • Weitere Datensammlungen auf Vorrat wie etwa die anlasslose Speicherung von Flug-
2125 gastdaten oder eine umfassende Erfassung aller Grenzübertritte in Europa lehnen wir
2126 ab. Die Erfassung alltäglichen Verhaltens unbescholtener Bürger stellt jeden Menschen
2127 unter Generalverdacht und ist mit der Menschenwürde unvereinbar. Wo ständige Über-
2128 wachung stattfindet, kann es keine freie Entfaltung geben.

2129

2130 • Wir werden auch in Zukunft dafür eintreten, dass der Datenverkehr im Netz frei ist. Die
2131 Menschen in Deutschland sollen sich nicht damit abfinden müssen, dass alle ihre Daten
2132 im Internet durch die Regierung überwacht und analysiert werden. Netzneutralität ist als
2133 Grundprinzip der Telekommunikationsregulierung anzuerkennen.

2134

2135

2136 *2. Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft*

2137

2138 Recht muss gesellschaftliche Veränderungen aufnehmen und gestalten – und immer die
2139 Grundrechte achten. Das Grundgesetz ist das Wertegerüst unseres Zusammenlebens. Verän-
2140 dert sich die Welt, so muss auch das Recht Veränderungen nachvollziehen, wenn es nicht
2141 rückwärtsgewandt wirken soll. Eine moderne Gesellschaft verlangt nach modernem Recht.
2142 Globalisierung, technologische Entwicklung und Veränderungen in der gesellschaftlichen Rea-
2143 lität wie zum Beispiel offenere Familienbilder bieten viele neue Chancen, stellen uns aber
2144 auch vor neue Herausforderungen im Datenschutz, im Urheberrecht, im Familienrecht oder
2145 bei der Achtung der Bürgerrechte.

2146

2147 Daher haben wir mehr individuelle Freiheit geschaffen, indem wir die Rückkehr zu einer
2148 grundrechtsorientierten Rechtspolitik eingeleitet haben. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten gibt
2149 es keine neuen Sicherheitsgesetze und die Anti-Terror-Gesetze des 11. September 2001 wur-
2150 den entschärft und mit rechtsstaatlichen Kontrollen versehen. Die Bürgerrechte wurden in
2151 ganz unterschiedlichen Bereichen durch Gesetze gestärkt - von der Pressefreiheit angefangen
2152 bis hin zum besseren Schutz von Anwälten vor Überwachung. Die vielfältige Lebenswirklich-
2153 keit haben wir durch zahlreiche Reformen unterstützt, zum Beispiel im Familienrecht. Zum
2154 Schutz des Eigentums haben wir das Mietnomadentum bekämpft, indem wir die Rechte der
2155 Kleinvermieter auf dem Wohnungsmarkt inner- und außerhalb des gerichtlichen Verfahrens
2156 gestärkt haben.

2157

2158 Wir schützen die Freiheit der Menschen vor einem regelungswütigen Staat. Wir wollen keinen
2159 misstrauischen Staat, der alle Bürger unter Generalverdacht stellt. Wir wollen eine Republik
2160 freier Bürger und eine Politik für die Rechte und die Freiheit der Menschen in unserem Land.

2161

2162 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

2163

2164 • Die Überwachung von Telekommunikation darf in Deutschland nur in engen gesetzli-
2165 chen Grenzen erfolgen. Wir wollen, dass auch in Zukunft diese Grenze gewahrt bleibt.
2166 Die ständig steigende Zahl von Telekommunikationsüberwachungen gibt Anlass zu einer
2167 Überprüfung dahingehend, ob rechtsstaatliche Sicherungen wirkungsvoll verankert sind
2168 und sich auch im Alltag der Strafverfolgung zum Schutz der Bürgerrechte bewähren.

2169

- 2170 • Wir setzen uns dafür ein, die Praxis der sogenannten Funkzellenabfragen genau zu beo-
2171 beobachten und gegebenenfalls die gesetzlichen Anforderungen an das Verhältnismäßig-
2172 keitsprinzip gesetzlich zu konkretisieren. Keinesfalls darf es zu unkontrollierten Mas-
2173 senabfragen – etwa bei grundrechtlich geschützten Versammlungen – kommen.
2174
- 2175 • Die Rechte der Menschen bei freiwilligen DNA-Reihenuntersuchungen wollen wir stär-
2176 ken. Ansonsten droht eine Aushöhlung des Zeugnisverweigerungsrechts. Deshalb wer-
2177 den wir die Belehrungspflichten ausbauen und weitere verfahrensrechtliche Sicherun-
2178 gen zur Voraussetzung solcher Reihenuntersuchungen machen.
2179
- 2180 • Den Kernbereich privater Lebensführung wollen wir stärker schützen. Die Aufnahme ei-
2181 nes sogenannten Spähangriffs in die Strafprozessordnung lehnen wir strikt ab. Der so-
2182 genannte Große Lauschangriff ist vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des Bun-
2183 desverfassungsgerichts und im Hinblick auf den Nutzen für erfolgreiche Verbrechenbe-
2184 kämpfung auf den Prüfstand zu stellen.
2185
- 2186 • Weiterhin wollen wir den Schutz von Berufsgeheimnisträgern – zum Beispiel Ärzten,
2187 Anwälten, Geistlichen, Sozialarbeitern – weiter stärken und die Strafprozessordnung
2188 überprüfen, ob weitere Berufsgeheimnisträger absoluten Schutz genießen sollten.
2189
- 2190 • In Strafverfahren muss ein schonender Umgang mit Gewaltopfern selbstverständlich
2191 werden. Zivilcourage ist notwendige Voraussetzung der Bürgergesellschaft. Der Staat
2192 soll deshalb das Engagement und den Einsatz von Bürgern stärker honorieren, die sich
2193 den Straftätern in den Weg stellen, um den Opfern zu helfen. Auch Opfern von Justizirr-
2194 tümern wollen wir besser helfen. Wir unterstützen deshalb die Einführung einer entspre-
2195 chenden Anlaufstelle.
2196
- 2197 • Wir setzen uns für ein modernes Familien- und Erbrecht ein, das die Dispositionsmög-
2198 lichkeiten der Bürger erweitert. Dazu gehören für uns mehr Testierfreiheit des Erblas-
2199 sers sowie der zusätzliche Güterstand der sogenannten Errungenschaftsgemeinschaft
2200 für Ehegatten und eingetragene Lebenspartner. Die familien- und erbrechtliche Situation
2201 wollen wir den Gegebenheiten moderner Reproduktionsmedizin (zum Beispiel Samen-
2202 spenden) anpassen.
2203
- 2204 • Für den liberalen Rechtsstaat ist eine leistungsfähige und unabhängige Justiz unentbeh-
2205 rlich. Zur Stärkung der Selbstverwaltung der Justiz ist das externe Weisungsrecht der
2206 Landesjustizverwaltung gegenüber den Staatsanwaltschaften abzuschaffen, um jeden
2207 Anschein einer politischen Beeinflussung der Justiz vorzubeugen. Notwendig ist auch ei-
2208 ne Verkürzung der Verfahrensdauer vor den Gerichten. Die Justiz wollen wir fit machen
2209 für die moderne Informationsgesellschaft und die Globalisierung. Vor den Kammern für
2210 Handelsrecht soll künftig auch in englischer Sprache verhandelt werden können. Wir
2211 wollen die internationale rechtliche Zusammenarbeit auf dem Feld des Rechtsexports
2212 mit den Schwellen- und Übergangsländern ausbauen.
2213
- 2214 • Wir wollen das Urheberrecht modernisieren, damit es den Interessenausgleich zwischen
2215 Urhebern, Rechteinhabern sowie Nutzern fair gestaltet und den Zugang zu Wissen und
2216 Innovation ermöglicht. Nur wenn klar ist, wem welche geistige Leistung gehört, können
2217 die Menschen dieses Eigentumsverhältnis respektieren, faire Handelsbeziehungen dar-
2218 auf aufbauen und neue Geschäftsmodelle damit entwickeln. Forderungen nach Überwa-
2219 chung und Zensur des Internetverkehrs zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen

2220 lehnen wir ab. Die sogenannte „Three Strikes“-Lösung, nach der Bürgern der Zugang
2221 zum Internet dauerhaft entzogen werden soll, lehnen wir jedoch ab, weil sie unverhält-
2222 nismäßig ist. Die internationale Zusammenarbeit wollen wir stärken und transparenter
2223 gestalten, um Portalen mit eindeutig urheberrechtsverletzenden Inhalten, deren Server
2224 in Drittstaaten stehen, die Stirn bieten zu können. Illegale Angebote sollen gezielt be-
2225 kämpft werden und dürfen für die Betreiber nicht mehr lukrativ sein.
2226

2227 • Das Urheberrecht in der Informationsgesellschaft muss technikoffen sein und die unter-
2228 schiedlichen Lizenzmodelle diskriminierungsfrei nebeneinander bestehen lassen. Die
2229 Wahlfreiheit der Urheber, wie sie ihre Werke vermarkten möchten, wollen wir sichern
2230 und den Rechtsrahmen des Urheberrechts so gestalten, dass er offen bleibt für kreative
2231 Verwertungsmodelle.
2232

2233 • Forscher und Wissenschaftler sollen weiterhin selbst entscheiden können, ob ihre Wer-
2234 ke und Beiträge frei zugänglich sind, oder ob sie unter einer Lizenz stehen. Dies gilt
2235 auch für öffentlich geförderte Forschungsprojekte. Diese Freiheit der Entscheidung, wie
2236 die eigenen Werke genutzt werden, darf nicht durch gesetzliche Regelungen genommen
2237 werden. Nur mit dem Anreiz aller Möglichkeiten der Entfaltung kann Forschung auch
2238 jenseits öffentlicher Förderung weiter betrieben werden. Wir setzen uns jedoch bei öf-
2239 fentlich geförderter Forschung für Förderungsrichtlinien ein, die die Publikation der Er-
2240 gebnisse grundsätzlich zum Ziel hat, soweit keine zwingenden Belange entgegenstehen.
2241

2242 • Die Strafverfolgung der Umgehung von Kopierschutz auch bei einer reinen Privatkopie
2243 steht im Widerspruch zu der etablierten Praxis der Urheberrechtsabgabe auf Privatkopien.
2244 Dieser Widerspruch ist aufzulösen.
2245

2246 • Die Kontenabfrage in verschiedenen Rechtsbereichen gehört auf das absolut erforderli-
2247 che Maß zurückgeführt. Nur wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Steuerhinterziehung,
2248 Sozialbetrug oder erhebliche Straftaten vorliegen, sollten Kontenabfragen praktiziert
2249 werden.
2250

2251 • Die Strafbarkeitslücke im Bereich Datenhehlerei gilt es zu schließen. Nicht nur der
2252 Diebstahl und die unbefugte Verwendung von Daten sind zu bestrafen, sondern auch die
2253 Weitergabe rechtswidrig erlangter Daten. Deshalb setzen wir uns für die Aufnahme des
2254 Straftatbestandes der Datenhehlerei in das Strafgesetzbuch ein.
2255
2256

2257 *3. Mehr Freiheit – liberale Innenpolitik*

2258

2259 Die Menschen in unserem Land sollen ihren eigenen Weg gehen und sich frei entfalten kön-
2260 nen. Für die Suche nach dem persönlichen Glück müssen sie aber auch den Raum haben.
2261 Deshalb hat die Verteidigung der Freiheitsrechte des Einzelnen vor Eingriffen des Staates
2262 oder Dritter für uns oberste Priorität.
2263

2264 Wir haben Wort gehalten und das Stakkato immer neuer Sicherheitsgesetze beendet. Dafür
2265 haben wir bei der Verlängerung des Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetzes ein ausge-
2266 wogenes Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit durchgesetzt. Dabei wurden Regelun-
2267 gen, die sich als entbehrlich erwiesen haben, ersatzlos gestrichen und rechtsstaatliche Siche-
2268 rungen eingezogen. Die verbleibenden Regelungen wurden erneut auf vier Jahre befristet und

2269 mit deutlichen Verbesserungen der rechtsstaatlichen Kontrolle und des Grundrechtsschutzes
2270 versehen. Wir haben die Aufklärung der NSU-Morde entschlossen vorangetrieben.

2271
2272 Unser Ziel bleibt es, den Menschen in Deutschland mehr Freiräume zu schaffen. Mehr Frei-
2273 heit, den eigenen Weg zu gehen. Diesen Kurs halten wir.

2274
2275 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

2276
2277 • Wir wollen die Demokratie in unserem Land stärken und beleben. In einer gereiften De-
2278 mokratie sollen die Bürger auch über Wahlen hinaus einen unmittelbaren Einfluss auf
2279 die politische Willensbildung erhalten. Dazu wollen wir mit der Einführung des Bürger-
2280 plenarverfahrens, eines fakultativen Gesetzesreferendums und der verfassungsrechtli-
2281 chen Verankerung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden eine ent-
2282 sprechende Grundlage schaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Öffnung und
2283 Stärkung der repräsentativen Demokratie ein.

2284
2285 • Neue Medien eröffnen neue Chancen für die Bürgerbeteiligung und senken die Hürden
2286 zur gemeinsamen Interessenswahrnehmung in unserer Gesellschaft. Wir wollen diese
2287 Chancen als Ergänzung für unsere repräsentative Demokratie nutzen. Informationsan-
2288 gebote im Internet eröffnen den Menschen und der Politik neue Chancen der Interakti-
2289 on.

2290
2291 • Open Data ist ein Schritt zur besseren Bürgerbeteiligung in Deutschland. Um den Bürge-
2292 rinnen und Bürgern auch die Möglichkeit zu geben, besser und tagesaktuell an politi-
2293 schen Debatten teilzunehmen, setzen wir uns dafür ein, dass zukünftig mehr Informati-
2294 onen im Netz zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus wollen wir zusätzliche digita-
2295 le Kommunikationswege des Staates für die Bürger öffnen und e-Partizipation sowie e-
2296 Government in Deutschland voranbringen.

2297
2298 • Demokratie beginnt in unseren Städten und Gemeinden. Deshalb wollen wir die Selbst-
2299 bestimmung der Kommunen durch eine umfassende Gemeindefinanzreform stärken und
2300 setzen uns gleichzeitig für mehr Transparenz und Beteiligung an kommunalen Entschei-
2301 dungen ein. Wir wollen ein kommunales Ausländerwahlrecht für Drittstaatsangehörige.

2302
2303 • Ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst ist eine wichtige Säule unseres demokratischen
2304 Rechtsstaats. Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum, weil damit für die Erfüllung
2305 hoheitlicher Aufgaben Vorteile verbunden sind, dazu gehören beispielsweise besondere
2306 Loyalitätspflichten und Streikverbot von Beamten. Wir setzen uns für Verbesserungen
2307 bei der Mitnahme erworbener Versorgungsansprüche ein, für eine Flexibilisierung des
2308 Ruhestandseintritts und für eine Stärkung des Leistungsgedankens.

2309
2310 • Wir wollen eine wehrhafte Demokratie, die gegen alle extremistischen Bedrohungen ge-
2311 wappnet ist. Terrorismus und Extremismus sind weiterhin konsequent zu bekämpfen
2312 und zu verfolgen. Wo Eingriffe in Bürgerrechte notwendig sind, müssen diese stets neu
2313 begründet werden und verhältnismäßig sein. Deshalb wollen wir die geltenden Sicher-
2314 heitsgesetze fortlaufend auf ihre Angemessenheit überprüfen.

2315
2316 • Auch im Bereich der Polizei bedarf der Kernbereich privater Lebensgestaltung stärkeren
2317 Schutzes. Dazu gehört insbesondere das BKA-Gesetz auf den Prüfstand. Wir halten das
2318 Instrument der heimlichen Online-Durchsuchung weder für erforderlich noch für geeig-

- 2319 net, sondern sehen darin vielmehr einen zu weitreichenden Eingriff in die Grundrechte,
2320 der umfassenden Zugriff auf quasi jeden Lebensbereich des Betroffenen ermöglicht.
2321
- 2322 • Die Freiheit des Einzelnen zu schützen ist die Aufgabe des Staates. Die Sicherheitsbe-
2323 hörden in Deutschland leisten tagtäglich einen herausragenden Beitrag zur Sicherung
2324 der Freiheit der Menschen und des Rechtsstaates. Vor allem Polizisten stehen wie kaum
2325 eine andere Berufsgruppe für Recht und Gesetz. Damit die hervorragende Arbeit der Po-
2326 lizei auch in Zukunft weitergeführt werden kann, braucht Deutschland eine vernünftige
2327 Sicherheitsarchitektur aus Behörden mit guter Ausstattung an Personal und Sachmit-
2328 teln.
2329
 - 2330 • Polizei ist und bleibt in Deutschland zuallererst Ländersache. In einer föderalen Sicher-
2331 heitsarchitektur ist der Informationsaustausch zwischen den Behörden jedoch unerläss-
2332 lich. Um diesen Austausch weiter zu verbessern, wollen wir die gesetzlichen Grundlagen
2333 für gemeinsame Zentren der polizeilichen Zusammenarbeit schaffen und so deren recht-
2334 staatliche Funktion und Kontrolle absichern. Um eine effiziente Verfolgung verfassungs-
2335 feindlicher Organisationen und Personen zu gewährleisten, unterstützen wir die Zusam-
2336 menfassung einzelner Landesverfassungsschutzämter.
2337
 - 2338 • Auch auf Bundesebene wollen wir die Sicherheitsarchitektur an die Erfordernisse der
2339 Zeit anpassen. Eine Ausweitung polizeilicher und nachrichtendienstlicher Kompetenzen
2340 des Bundes lehnen wir jedoch ebenso grundsätzlich ab wie einen Einsatz der Bundes-
2341 wehr im Inneren. Unklare Zuständigkeiten und Doppelzuständigkeiten sind aufzulösen.
2342 Polizei und Nachrichtendienste sollen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Die zu-
2343 nehmende Vernachlässigung der Polizei lehnen wir ab, ebenso wie die Aus-
2344 weitung der Zuständigkeiten der Nachrichtendienste in den Bereich der Gefahrenab-
2345 wehr. Wir setzen uns für die föderale Ordnung im Bereich der Sicherheitsbehörden ein
2346 und wollen gleichzeitig eine Rückbesinnung auf die Kompetenzbereiche der Sicherheits-
2347 behörden, sowohl zwischen Bund und Ländern als auch zwischen Polizei und Nachrich-
2348 tendiensten. Die Aufgaben des Militärischen Abschirmdienstes sollen künftig Bundes-
2349 wehr und Verfassungsschutz wahrnehmen. Die zersplitterten Strukturen bei der Siche-
2350 rung unserer Küsten wollen wir in einer Nationalen Küstenwache zusammen binden.
2351
 - 2352 • Digitale Angriffe auf öffentliche Einrichtungen oder Unternehmen, etwa Energie- oder
2353 Wasserversorger, auf Infrastrukturen wie Verkehrsbetriebe oder auf Finanzinstitute,
2354 können die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft fundamental beeinträchtigen oder
2355 zum Erliegen bringen. Wir wollen Deutschlands Fähigkeit stärken, sich solchen Bedro-
2356 hungen effektiv zu widersetzen, und alle Bereiche des öffentlichen Lebens gegen digital
2357 geführte Angriffe wappnen. IT-Sicherheit kann aber nicht zuvörderst der Staat gewähr-
2358 leisten, sondern die Unternehmen, Nutzer und Provider. Wir sehen vor allem die Wirt-
2359 schaft in der Verantwortung, durch Investitionen in IT-Sicherheit und gemeinsam ver-
2360 einbarte Standards zu Datensicherheit und Schutzmechanismen ihrer Verantwortung für
2361 die Informationsgesellschaft gerecht zu werden.
2362
 - 2363 • Wir wollen eine umfassende parlamentarische Kontrolle über die Nachrichtendienste
2364 gewährleisten. Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums ist jederzeit und un-
2365 angekündigt Zugang zu den Diensten, Informationen und Unterlagen zu gewähren, so-
2366 fern dies zur Kontrolle erforderlich ist. Mitarbeiter der Dienste sollen durch das Gremi-
2367 um jederzeit mit qualifizierter Ein-Viertel-Minderheit vorgeladen werden können. Die Ar-
2368 beit des Gremiums soll durch die Berufung eines ständigen Sachverständigen unter-

2369 stützt werden, der unter anderem die Arbeit in Untersuchungsausschüssen als Ermitt-
2370 lungsbeauftragter unterstützt. Über den Einsatz von V-Leuten ist das Gremium alle
2371 sechs Monate durch die Bundesregierung zu informieren.
2372

2373 • Der illegale Besitz von Waffen ist eine Bedrohung für die Sicherheit der Bürger. Wir set-
2374 zen uns dafür ein, dass illegaler Waffenbesitz konsequent verfolgt und das geltende
2375 Recht gewahrt und durchgesetzt wird. Wir sehen es jedoch kritisch, wenn die Besitzer
2376 von legalen Waffen praktisch weniger Rechte haben als Besitzer illegaler Waffen. Der
2377 Einführung einer Waffensteuer erteilen wir eine deutliche Absage. Eine Verschärfung
2378 des geltenden Waffenrechts lehnen wir ab.
2379

2380 • Die Programme zur Extremismusprävention sind und bleiben ein zentraler Baustein für
2381 die wehrhafte Demokratie. Sie stärken unseren demokratischen Staat von innen und
2382 helfen, die Menschen gegen extremistisches Gedankengut und gegen mit unserer Ver-
2383 fassung unvereinbare Ideologien zu immunisieren. Diese Programme sind regelmäßig zu
2384 evaluieren.
2385

2386 • Die Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen, an ihre Opfer, ihre Täter und des
2387 Widerstandes gegen sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die junge Generation
2388 kennt Unfreiheit, staatlichen Terror und Entrechtung in Deutschland - zum Glück - nur
2389 aus Geschichtsbüchern. Es gilt, gerade junge Menschen anhand der Diktaturgeschichte
2390 Deutschlands weiter für den Wert von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit
2391 zu sensibilisieren. Wir stärken unsere demokratische politische Kultur, indem wir aufar-
2392 beiten, erinnern, aufklären und so urteilsfähig bleiben. Extremismus darf nicht toleriert
2393 oder entschuldigt werden – egal ob er links, rechts oder religiös motiviert ist.
2394
2395

2396 *4. Transparenz und Information – für mündige Verbraucher und fairen Wettbewerb*

2397

2398 Wir setzen auf eine Stärkung des Menschen am Markt und nicht auf den Schutz vor dem
2399 Markt. Unser Leitbild ist geprägt vom Gedanken des mündigen und eigenverantwortlichen
2400 Verbrauchers. Wir trauen den Verbrauchern etwas zu. Nicht der Staat, sondern allein der
2401 Verbraucher entscheidet, welche Produkte er kauft und welche nicht. In der Bürgergesell-
2402 schaft wird er dabei vielfach von Organisationen wie zum Beispiel den Verbraucherzentralen
2403 unterstützt, die ihre Stärke insbesondere aus dem Engagement von Mitbürgern ziehen.
2404

2405 Der Staat darf seine Bürger nicht bevormunden. Er hat jedoch die Aufgabe, sie einerseits vor
2406 akuten Gefahren zu schützen und andererseits fairen Wettbewerb und informierte Kaufent-
2407 scheidungen der Konsumenten zu ermöglichen, indem er mehr Transparenz, bessere Informa-
2408 tion, umfassende Verbraucherbildung und einfache Rechtsdurchsetzung gewährleistet.
2409

2410 In diesem Sinne haben wir in den vergangenen Jahren beispielsweise konsequente Verspä-
2411 tungsregelungen im Bahnverkehr durchgesetzt. Die Rechte von Flugpassagieren haben wir
2412 gestärkt und eine Schlichtungsstelle eingeführt, um Streitfälle mit Anbietern zentral und kos-
2413 tengünstig klären zu können. Und um die Abzocke von Bürgern zu verhindern, haben wir au-
2414 ßerdem die Nutzung kostenpflichtiger Telefonwarteschleifen untersagt und Internetanbieter
2415 dazu verpflichtet, dass eindeutig erkennbar sein muss, wenn ein Klick oder Knopfdruck im
2416 Netz zu einer Kaufentscheidung führt.
2417

2418 Gerade die jüngsten Lebensmittelskandale – für deren konsequente Aufklärung wir uns ein-
2419 setzen – zeigen, dass ein wirksamer Verbraucherschutz auch ein europäischer Verbraucher-
2420 schutz sein muss. Darum setzen wir Liberale uns dafür ein, dass wir in Europa keine Abstriche
2421 machen und ein hohes Verbraucherschutzniveau im europäischen Binnenmarkt gewährleistet
2422 ist.

2423

2424 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

2425

2426 • Verbraucherbildung muss frühzeitig ansetzen – im Elternhaus, im Kindergarten und in
2427 der Schule. Wir wollen, dass insbesondere wirtschaftliche Zusammenhänge in den Schu-
2428 len intensiver als bisher vermittelt werden. Eine kontinuierliche Verbraucherbildung ist
2429 von größter Bedeutung. Wir befürworten deshalb die Bereitstellung von Beratungsange-
2430 boten, Veranstaltungen und Informationsbroschüren der Verbraucherzentralen oder an-
2431 derer Verbrauchervereine, sowie Informationen und Vergleichsstudien über Produkte
2432 und Dienstleistungen durch die Medien und unabhängige Organisationen wie die Stif-
2433 tung Warentest. Die Unterstützung dieser Angebote durch Bund und Länder muss ange-
2434 sichts ihrer Wichtigkeit auch künftig gesichert und nötigenfalls ausgebaut werden.

2435

2436 • Die Verbraucherinformation über unsichere Produkte wollen wir weiter verbessern. Der-
2437 zeit hängt es weitgehend vom Zufall ab, ob und wann ein Verbraucher beispielsweise
2438 von Rückrufaktionen bestimmter Produkte erfährt. Wir wollen daher ein zentrales Rück-
2439 rufportal einrichten, in dem Produktrückrufe und andere Warnhinweise öffentlich be-
2440 kannt gemacht werden.

2441

2442 • Für telefonische Auskunftsdienste wollen wir Preistransparenz durch eine verpflichtende
2443 Preisansage vor Beginn der Entgeltspflicht einführen.

2444

2445 • Transparenz bedeutet auch, dass Behörden auch dazu verpflichtet sind, verbraucher-
2446 schützende Informationen an die Verbraucher weiterzugeben. In sicherheits- und ge-
2447 sundheitsrelevanten Fragen sind sämtliche notwendigen Informationen zur Aufklärung
2448 der Bevölkerung bekannt zu machen. Bei hinreichendem Verdacht auf Gefährdungen
2449 von Gesundheit oder Sicherheit der Verbraucher darf nicht abgewartet werden, bis
2450 Rechtskraft bei der Feststellung von Rechtsverstößen eingetreten ist. Wir wollen einen
2451 Auskunftsanspruch zu allen bei Behörden vorliegenden Informationen mit Ausnahme
2452 von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gesetzlich verankern. Die Länder sind dazu
2453 aufgefordert, allgemeine Informationsfreiheitsgesetze zu erlassen, um so Verbraucherin-
2454 formation für alle Produkte und Dienstleistungen zu gewährleisten.

2455

2456 • Die aktuellen Lebensmittelskandale zeigen mehr als deutlich, dass die Lebensmittelkon-
2457 trollen in Deutschland nicht optimal funktionieren. Eine ausreichende Personalausstat-
2458 tung in der Lebensmittelkontrolle wollen wir sicherstellen. Notwendig sind die Einfüh-
2459 rung bundesweiter Standards für die Lebensmittelkontrolle, die Einrichtung von
2460 Schwerpunktstaatsanwaltschaften und ein verbesserter Austausch zwischen den Län-
2461 dern. Bei Verstößen gegen das Lebensmittelrecht ist von den bestehenden Sanktions-
2462 möglichkeiten umfassend Gebrauch zu machen. Wir werden diese Instrumente auf ihre
2463 Wirksamkeit hin überprüfen.

2464

2465 • Die Herkunft der Lebensmittel ist für immer mehr Verbraucher wichtig für ihre Kaufent-
2466 scheidung. Bereits heute setzen viele Händler freiwillig auf eine Herkunftskennzeich-
2467 nung, selbst wenn diese nicht gesetzlich verpflichtend ist. Wir Liberale unterstützen die-

2468 ses Vorgehen ausdrücklich und appellieren an die Wirtschaft, diese Kennzeichnung wei-
2469 ter auszubauen und grundsätzlich für den Verbraucher zugänglich zu machen, sofern
2470 dies nach der Art und Zusammensetzung der Lebensmittel möglich und sinnvoll ist.

2471
2472 • Gentechnisch veränderte Organismen werden heute bereits in vielen Herstellungsprozessen zum Vorteil der Verbraucher eingesetzt, beispielsweise in der Arzneimittelproduktion. Ob er diese Produkte nutzen will, darüber soll jeder Verbraucher aber – wie
2473 sonst auch – vollständig frei entscheiden können. Wir setzen uns daher für eine Kenn-
2474 zeichnung solcher Lebensmittel ein, damit diese Entscheidung überhaupt erst möglich
2475 ist. Gleichzeitig legen wir Wert auf eine wissenschaftliche und objektive Information und
2476 Verbraucherbildung über den Nutzen und Wert moderner Herstellungsmethoden.

2477
2478
2479
2480 • Genussmittel, die frei verkäuflich und legal handelbar sind, dürfen nicht durch Werbe-
2481 verbote und Handelsbeschränkungen vom Markt gedrängt werden. Eine derartige Be-
2482 vormundung der Verbraucher ist mit dem Leitbild des mündigen Bürgers nicht in Ein-
2483 klang zu bringen. Solche Eingriffe in die Marktwirtschaft und in die Entscheidung mün-
2484 diger Verbraucher lehnen wir grundsätzlich ab. Der Jugendschutz bei Tabak und Alkohol
2485 ist jedoch strikt zu gewährleisten. Auch die Gastronomie lebt vom Vertrauen der Kun-
2486 den. Dieses Vertrauen durch hohe Qualitätsstandards zu sichern, ist im allseitigen Inte-
2487 resse. Die Sicherung und Kontrolle der Qualität durch staatliche Behörden muss jedoch
2488 verhältnismäßig bleiben.

2489
2490 • Wir wollen, dass Finanzdienstleistungen durchschaubarer und für den Kunden übersicht-
2491 licher werden und Finanzprodukte besser vergleichbar sind. Nur so ermöglichen wir den
2492 Anlegern eine eigenverantwortliche Auswahl. Hierzu wollen wir Produktinformationsblät-
2493 ter vereinheitlichen und dabei auch eine Klassifizierung von Finanzprodukten in verbind-
2494 liche Risikoklassen in den Produktinformationsblättern vorgeben.

2495
2496 • Wir werden Fahrgastrechte weiter stärken. Damit Verspätungsentschädigungen im ge-
2497 samten Personenverkehr auch wirksam sind, muss Pünktlichkeit sich für die Unterneh-
2498 men lohnen.

2499
2500 • Wir setzen uns dafür ein, dass Kinderspielzeug sicherer wird. Die in der EU-
2501 Spielzeugrichtlinie festgehaltenen Grenzwerte für PAK, Schwermetalle und allergene
2502 Duftstoffe sind nicht ausreichend, um einen effizienten Gesundheitsschutz zu gewähr-
2503 leisten. Wir drängen daher auf eine Verbesserung der Standards zum Schutz unserer
2504 Kinder.

2505
2506

2507 **V. Fortschritt, damit unser Land die Zukunft gewinnt**

2508
2509 Träume und Ideen sind der Rohstoff, aus dem wir unseren Wohlstand gewonnen haben.
2510 Querdenker, Forscher und Unternehmer, die eine Idee verfolgt, einen Traum verwirklicht und
2511 damit Innovation und Fortschritt geschaffen haben, haben die Grundlage gelegt für das
2512 Wachstum und den Aufstieg unseres Landes. Diesen Menschen weiterhin die Chancen zu
2513 geben, ihre Ideen zu verfolgen, ist ein Gebot der Vernunft. Denn nur mit dem Mut zu Neuem
2514 und mit Freude an der Veränderung werden wir die Zukunft gewinnen. Für Liberale aber ist
2515 die Freiheit des Geistes und die Freiheit der Forschung noch viel mehr: Sie ist ein Menschen-
2516 recht.

2517

2518 Deshalb setzen wir uns mit allem Nachdruck dafür ein, dass wir in Deutschland nicht aus
2519 Angst vor Neuem die Zukunft verpassen – und diejenigen verlieren oder vertreiben, von deren
2520 Träumen und Ideen unser Land lebt. Deshalb haben wir – auch in Zeiten der Haushaltskonsol-
2521 idierung – die Investitionen in Bildung und Forschung auf knapp 14 Milliarden Euro erhöht
2522 und mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz dem Fortschritt eine Bresche geschlagen.

2523
2524 Wir werden die Herausforderungen unserer Zeit nicht durch Gesetze und Verbote bewältigen,
2525 sondern nur durch Wachstum und Fortschritt. Das gilt ganz besonders für die vor uns liegen-
2526 den Aufgaben im Klima- und Umweltschutz. Als Exporteur von Ideen und Innovationen helfen
2527 wir, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und die Lebensqualität und
2528 den Wohlstand der Menschen zu mehren.

2529
2530 Wir wollen auch in Zukunft Innovationsmotor für die Entwicklung der Welt sein. Dazu brau-
2531 chen wir in Deutschland auch die notwendigen Infrastrukturen: moderne Forschungseinrich-
2532 tungen und Produktionsstätten, Stromnetze, effiziente Anlagen für regenerative und konven-
2533 tionelle Energie, einen flächendeckenden und schnellen Internetzugang. Moderne Verkehrs-
2534 wege und ein umfassendes, bezahlbares Mobilitätsangebot sind für eine fortschrittliche Re-
2535 publik freier Bürger unverzichtbar.

2536
2537 Fortschritt bedeutet Wachstum. Das bedeutet aber nicht immer mehr vom immer Gleichen.
2538 Sondern Wachstum durch Fortschritt bedeutet vor allem bessere Güter, effizientere Produkti-
2539 on und attraktivere Dienstleistungen. Es heißt, nicht nur weniger zu verbrauchen, sondern
2540 intelligenter zu gebrauchen. Wachstum durch Fortschritt bedeutet deshalb nachhaltiges
2541 Wachstum – in der Umwelt, der Wirtschaft und dem sozialen Miteinander.

2542
2543
2544 *1. Die Zukunft gewinnen – neues Wissen durch Forschung und Entwicklung*

2545
2546 Für die Erfolgsgeschichte Deutschlands in den letzten Jahren haben die Menschen in diesem
2547 Land den Grundstein gelegt. Diese Menschen haben sich angestrengt. Aus Verantwortung für
2548 sich selbst, für ihre Familien, ihre Kollegen, Mitarbeiter und Mitbürger. Sie haben Wachstum
2549 und Fortschritt geschaffen, weil sie die Freiheit dazu hatten – und sie genutzt haben.

2550
2551 Wir möchten den Menschen weiterhin die Freiheit geben, ihre Ideen zu verfolgen – und damit
2552 Wachstum, Fortschritt und Wohlstand für alle zu schaffen. Durch das Wissenschaftsfreiheits-
2553 gesetz haben wir der Wissenschaft und der Wirtschaft gleichermaßen mehr Freiraum gege-
2554 ben, Barrieren abgebaut und Forschung und Lehre wieder enger zusammen geführt.

2555
2556 Wir haben fast 14 Milliarden Euro mehr in Bildung und Forschung investiert. Denn Wissen ist
2557 der wichtigste Rohstoff unseres Landes. Wenn wir ihn entsprechend pflegen, wird er uns nie
2558 ausgehen und hochwertig bleiben. Wissen schafft Neues und Wissen macht Lust auf Neues.
2559 Wir dürfen die Zukunft nicht aus Angst vor dem Neuen verschlafen.

2560
2561 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

2562
2563 • Wir wollen die Zahl der forschenden und der innovativen Unternehmen weiter erhöhen
2564 und unsere Spitzenstellung als Weltmeister von Technologieexporten ausbauen. Wir
2565 schaffen die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen, damit die Wissen-
2566 schaft ihre eigenen Forschungsansätze verwirklichen kann und sich Kreativität, Neugier

2567 und Forschergeist breit entfalten können. Dazu wollen wir unter anderem Normen,
2568 Standards und technischen Regeln weltweit harmonisieren.

2569

2570 • Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass der Anteil der Ausgaben für Forschung
2571 und Entwicklung, der bereits heute deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, auch in den
2572 nächsten Jahren weiter steigen wird. Im Zeichen der Haushaltskonsolidierung wollen wir
2573 in strategisch notwendige Forschungs- und Wachstumsfelder investieren und eine steuerliche
2574 Forschungsförderung einführen.

2575

2576 • Wir wollen kleinen und mittelständischen Unternehmen mit eigener Spitzenforschung
2577 einen unbürokratischen und beschleunigten Einstieg in die technologiespezifische För-
2578 derung von Forschung und Entwicklung ermöglichen. Die Existenzgründungen aus For-
2579 schung und Wissenschaft heraus wollen wir stärker unterstützen. In Deutschland, dem
2580 Land der Ideen, sollen neue Produkte und Technologien nicht nur entwickelt, sondern
2581 auch produziert und angewandt werden. Folgerichtig wollen wir das Programm EXIST
2582 fortführen und weiterentwickeln. Um die Finanzierungslücken in der Frühphase von in-
2583 novativen Unternehmen zu schließen, setzen wir uns für eine Verbesserung der Rah-
2584 menbedingungen für privates Wagniskapital ein.

2585

2586 • Wir haben mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz den außeruniversitären Wissen-
2587 schaftseinrichtungen deutlich mehr Eigenständigkeit und Flexibilität in ihrer Wirtschafts-
2588 führung übertragen. Überflüssige Regularien wurden abgebaut, Leistungsanreize ver-
2589 stärkt und ein effizienterer Einsatz von Ressourcen ermöglicht. Jetzt gilt es, mit Hilfe der
2590 Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, Lösungen zu finden, die eine Umsetzung dieser
2591 Initiative auch in den einzelnen Bundesländern erlaubt.

2592

2593 • Wir geben den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Deutschen For-
2594 schungsgemeinschaft über den Pakt für Forschung und Innovation mit einem jährlichen
2595 Mittelaufwuchs von fünf Prozent bis 2015 finanzielle Planungssicherheit und Spielraum.
2596 Auch in Zukunft wollen wir eine bedarfsgerechte Finanzierung von Forschung und Ent-
2597 wicklung in Deutschland sicherstellen.

2598

2599 • Wir werden die von Bund und Ländern gemeinsam geführte Exzellenzinitiative fortfüh-
2600 ren. Durch sie wird die universitäre Spitzenforschung in Deutschland national und inter-
2601 national sichtbar, Wettbewerb geschaffen und die Förderung des wissenschaftlichen
2602 Nachwuchses gestärkt.

2603

2604

2605 *2. Für die Zukunft bauen – Moderne Infrastruktur, bezahlbare Mobilität und gutes*
2606 *Wohnen*

2607

2608 Mehr Menschen sollen in Deutschland die Möglichkeit haben, ihren eigenen Weg zu gehen.
2609 Dazu ist es im wahrsten Sinne des Wortes nötig, Wege zu ebnen, um den Anschluss an die
2610 Welt nicht zu verpassen. Dafür brauchen wir in Deutschland auch die notwendigen Infrastruk-
2611 turen: moderne Forschungseinrichtungen und Produktionsstätten, einen flächendeckenden
2612 und schnellen Internetzugang, moderne Verkehrswege, ein umfassendes, bezahlbares Mobili-
2613 tätsangebot und bezahlbaren Wohnraum.

2614

2615 Deswegen haben wir die Planung des Ausbaus unserer Energienetze erstmals deutschland-
2616 weit koordiniert, den Ausbau beschleunigt und gleichzeitig die Beteiligung der Öffentlichkeit

2617 gestärkt. Wir haben Mobilität gefördert. Die planmäßigen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen
2618 sind so hoch wie nie zuvor. Mit der Liberalisierung des Fernbusverkehrs haben wir ein ganz
2619 neues Mobilitätsangebot nach Deutschland gebracht, das vor allem Menschen mit geringen
2620 Einkommen neue Chancen bietet, um zu reisen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
2621 Und wir arbeiten weiter an flächendeckenden, schnellen Datennetzen und moderner Ver-
2622 kehrsinfrastruktur in ganz Deutschland. Den Lärmrabbat der Bahn haben wir abgeschafft.
2623 Zukünftig wird kein Unterschied mehr gemacht zwischen Straßen- und Schienenlärm.

2624
2625 Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland gut leben. Wir haben deshalb den Erwerb von
2626 Wohneigentum zum Beispiel durch die Eigenheimrente („Wohn-Riester“) unterstützt. Um die
2627 energetische Sanierung von bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen und damit auch einen
2628 Beitrag für niedrige Wohnnebenkosten zu leisten, haben wir das Gebäudesanierungspro-
2629 gramm ausgebaut und das Mietrecht reformiert. Exorbitante Mieterhöhungen haben wir eben-
2630 so unterbunden wie das so genannte Mietnomadentum. Für lebenswerte Städte und Gemein-
2631 den haben wir außerdem die Stadtumbauprogramme des Bundes weiterentwickelt und die
2632 finanziellen Spielräume erweitert.

2633
2634 Eine moderne Infrastruktur und bezahlbare Mobilität ist für eine fortschrittliche Republik frei-
2635 er Bürger unverzichtbar. Nur mit ihr können wir die Herausforderungen der Globalisierung
2636 meistern und gemeinsam die Chancen unserer Zeit nutzen. Gleichzeitig wollen wir den Zu-
2637 sammenhalt unserer Gesellschaft stärken und unseren Beitrag dazu leisten, dass unsere
2638 Städte und Gemeinden lebenswert bleiben, Wohnraum bezahlbar bleibt und möglichst viele
2639 Menschen die Chance haben, Eigentum zu erwerben.

2640
2641 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

2642
2643 • Mobilität ist ein Stück individueller Lebensqualität und persönlicher Freiheit. Eine be-
2644 darfsgerechte Verkehrsinfrastruktur ist außerdem ein entscheidender Standortfaktor
2645 unserer Volkswirtschaft. Wir bekennen uns deshalb zur Notwendigkeit, unsere Ver-
2646 kehrswege zu erhalten und weiter bedarfsgerecht auszubauen. Das bedeutet aber nicht,
2647 dass der Staat Planung, Bau und Betrieb selbst durchführen muss. In vielen Fällen kön-
2648 nen Private das besser und effizienter.

2649
2650 • Die Straße ist und bleibt Hauptverkehrsträger. Das muss sich auch bei der Verteilung
2651 von Investitionsmitteln widerspiegeln. Gleichzeitig stößt das Schienennetz in vielen Re-
2652 gionen an seine Kapazitätsgrenzen. Deshalb wollen wir auch die Investitionen in das
2653 Schienennetz erhöhen. Dazu muss unter anderem sichergestellt werden, dass im Netz
2654 erwirtschaftete Erträge im Netz verbleiben. Als Sofortmaßnahme muss die Netzgesell-
2655 schaft der Deutschen Bahn innerhalb des Konzerns unabhängiger werden. Dazu wollen
2656 wir den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Holding auflösen.

2657
2658 • Wir setzen uns für eine leistungsfähige Einbindung in die transeuropäischen Verkehrs-
2659 netze, für die grenzüberschreitende Vernetzung der Metropolregionen und eine bessere
2660 Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger ein. Hierzu wollen wir beispielsweise
2661 Flughäfen besser an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn anbinden. Die Wettbe-
2662 werbsfähigkeit der deutschen See- und Binnenhäfen wollen wir durch einen zügigen
2663 Ausbau der Hinterlandanbindungen, aber auch durch notwendige Fahrrinnenanpassun-
2664 gen etwa der Unterelbe, der Weser und der Ems sicherstellen. Kapazitätseingpässe an
2665 Bundeswasserstraßen wollen wir beseitigen und eine ausreichende Finanzierung sicher-
2666 stellen.

- 2667
- 2668 • Wir werden darauf achten, dass deutsche Verkehrsstandorte und -unternehmen im in-
- 2669 ternationalen Wettbewerb nicht benachteiligt werden. Einseitige Belastungen und Al-
- 2670 leingänge, die nur deutsche Unternehmen treffen, lehnen wir ab.
- 2671
- 2672 • Wir werden das Maritime Bündnis und die Nationalen Maritimen Konferenzen fortsetzen.
- 2673 Zudem wollen wir den eingeschlagenen Kurs der Entbürokratisierung im Bereich der
- 2674 Schifffahrt fortsetzen und eine einheitliche nationale Küstenwache und eine einheitliche
- 2675 Flaggenstaatsverwaltung schaffen.
- 2676
- 2677 • Das deutsche Transportgewerbe braucht verlässliche und faire Rahmen- und Wettbe-
- 2678 werbsbedingungen. Deshalb haben wir die LKW-Maut in der letzten Wahlperiode nicht
- 2679 erhöht und werden auch zukünftig nur einer maßvollen Anpassung auf Basis eines neu-
- 2680 en Wegekostengutachtens zustimmen. Wettbewerbsverzerrungen auf europäischer Ebe-
- 2681 ne wollen wir abbauen. Der bundesweite Feldversuch für Lang-LKW soll fortgesetzt und
- 2682 bei Bestätigung der bisherigen positiven Ergebnisse sollen Lang-LKW für Punkt-zu-
- 2683 Punkt-Verkehre auf Autobahnen zugelassen werden.
- 2684
- 2685 • Neben dem Wettbewerb zwischen Schiene und Fernbussen brauchen wir auch mehr
- 2686 Wettbewerb im Schienenfernverkehr selbst. Benachteiligungen der Wettbewerber auf
- 2687 der Schiene wollen wir beseitigen und dem Netz durch eine konsequente Trennung von
- 2688 Netz und Betrieb mehr Unabhängigkeit geben. Die Teilprivatisierung der Transport- und
- 2689 Logistiksparten bleibt ein wichtiges Ziel. Die Netz- und Infrastruktursparten werden
- 2690 nicht privatisiert.
- 2691
- 2692 • Wir Liberalen lehnen ein generelles Tempolimit auf Deutschlands Straßen ab. Ge-
- 2693 schwindigkeitsbegrenzungen sollen dem Schutz der Anwohner oder Sicherheitsaspek-
- 2694 ten dienen und deshalb immer situationsbezogen festgelegt werden.
- 2695
- 2696 • Um für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verlässliche Rahmenbedingungen
- 2697 zu schaffen, haben wir bereits das Personenbeförderungsgesetz novelliert und an den
- 2698 europäischen Rechtsrahmen anpasst. Wir bekennen uns zu einer bedarfsgerechten öf-
- 2699 fentlichen Mitfinanzierung des ÖPNV in Deutschland. Unser Leitbild ist dabei ein unter-
- 2700 nehmerischer und wettbewerblich ausgerichteter ÖPNV. Wir wollen mittelständischen
- 2701 Unternehmen die Beteiligungschancen sichern und insbesondere eine Betreibervielfalt
- 2702 im Busgewerbe gewährleisten.
- 2703
- 2704 • Flugverkehr wird von vielen Menschen wegen der Lärmbelastung als Ärgernis empfunden.
- 2705 So berechtigt das Lärmschutzbedürfnis ist, darf gleichzeitig nicht die große Bedeu-
- 2706 tung der Luftverkehrswirtschaft für den Standort Deutschland verkannt werden. Wir
- 2707 wollen hier zu einem fairen Interessensausgleich kommen. Wir stehen zur Notwendig-
- 2708 keit eines koordinierten, bedarfsgerechten Ausbaus der Flughafeninfrastruktur. Wir
- 2709 werden außerdem die Realisierung des Single European Sky auf europäischer Ebene vo-
- 2710 rantreiben. Bei der Weiterentwicklung des Emissionshandels für den Luftverkehr wollen
- 2711 wir Wettbewerbsneutralität gewährleisten und zusammen mit unseren Partnern in und
- 2712 außerhalb Europas für eine Ausweitung werben.
- 2713
- 2714 • Die stetige Erhöhung der Verkehrssicherheit ist uns ein wichtiges Anliegen. Neuen An-
- 2715 triebstechnologien, wie lautlose Elektro-PKW und schnelle Elektrofahrräder, aber auch
- 2716 der demographische Wandel stellen uns hier vor neue Herausforderungen. Wir setzen

2717 uns dabei für pragmatische Lösungen mit hoher Akzeptanz ein. Einen besonderen
2718 Schwerpunkt werden wir auf die Gruppen der jungen Fahranfänger sowie der Senioren
2719 legen.
2720

2721 • Anwohner von Militärflughäfen haben das gleiche Recht auf Lärmschutz wie Anwohner
2722 ziviler Flughäfen, denn Lärmschutz ist Gesundheitsschutz. Wir wollen den Lärmschutz
2723 weiter verbessern. An der Schiene wollen wir die Erprobung und Nutzung innovativer
2724 Lärmschutzmaßnahmen stärker unterstützen. Dabei wollen wir auch überprüfen, ob die
2725 bisherige Ausgestaltung der lärmabhängigen Trassenpreise dem Ziel gerecht wird, einen
2726 Anreiz zur Nachrüstung von lärmarmen Bremssystemen zu geben.
2727

2728 • Bezahlbare und klimaverträgliche Mobilität setzt langfristig den Abschied von fossilen
2729 Kraftstoffen voraus. Wir wollen dabei neben der Effizienzsteigerung konventioneller Mo-
2730 toren die Option für alle technologischen Wege öffnen: Unter anderem Elektroautos mit
2731 Batterietechnik, wasserstoffgetriebene Brennstoffzellen-Fahrzeuge und alternative Kraft-
2732 stoffe etwa im Luftverkehr. Sie haben ihre Stärken jeweils in unterschiedlichen Segmen-
2733 ten des Fahrzeugmarktes.
2734

2735 • Die Rahmenbedingungen für die Elektromobilität wollen wir weiter verbessern. Wir be-
2736 fürworten dabei als subventionsfreien Kaufanreiz verkehrsrechtliche Erleichterungen
2737 und die Einführung von Wechselkennzeichen für Elektroautos als Zweitwagen für den
2738 innerstädtischen Verkehr.
2739

2740 • Bei den Biokraftstoffen achten wir darauf, Konkurrenzen zwischen Tank und Teller zu
2741 vermeiden. Deshalb wollen wir durch Forschungsförderung die Entwicklung von Bio-
2742 kraftstoffen der zweiten Generation, die ausschließlich aus Reststoffen von Nahrungs-
2743 pflanzen und Holz hergestellt werden, vorantreiben, um langfristig jegliche Flächenkon-
2744 kurrenz auszuschließen. Gleichzeitig wollen wir bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zu
2745 Biokraftstoffen wieder stärker auf Anreize zur Nutzung von Reinbiokraftstoffen aus hei-
2746 mischer Produktion statt auf starre Beimischungsquoten wie bei E10 setzen.
2747

2748 • Neben flüssigen Biokraftstoffen ist der Einsatz von Biogas eine Option. Durch entspre-
2749 chende Regelungen im EEG wollen wir es ermöglichen, dass Biogas aus Reststoffen ver-
2750 stärkt in den Kraftstoffsektor statt in die Verstromung fließen kann. Dies kann auch die
2751 EEG-Umlage reduzieren.
2752

2753 • Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wollen wir Baumaßnahmen und Nachver-
2754 dichtungen im innerstädtischen Bereich erleichtern. Deshalb wollen wir zum Beispiel die
2755 Wiedernutzung von Brachflächen und die vereinfachte Ausweisung von Bebauungsplä-
2756 nen zur Innenentwicklung weiter erleichtern.
2757

2758 • Wir wollen in der Wohnungsbauförderung des Bundes haushaltsneutral umsteuern und
2759 den Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen stärker unterstützen. Die Bundeszuwei-
2760 sungen für den Sozialen Wohnungsbau an die Länder müssen zweckgebunden werden,
2761 um zu verhindern, dass einzelne Länder das Geld weiterhin für andere Zwecke verwen-
2762 den. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Mietwohnungsbau wollen wir au-
2763 ßerdem die degressive Abschreibung (AfA) wieder einführen.
2764

2765 • Für ein nachfragegerechtes Wohnraumangebot muss der Neubau von Wohnungen gera-
2766 de in wachsenden Städten attraktiv sein. Dazu muss sich die Vermietung von Wohnun-

2767 gen auch rechnen. Stärkere staatliche Eingriffe in die Preisbildung bei Neuvermietungen
2768 und Sanierungsverbote gefährden den Wohnungsbau und werden deshalb von uns ent-
2769 schieden abgelehnt.

2770

2771 • Die energetische Gebäudesanierung nimmt bei der Umsetzung der Energiewende eine
2772 Schlüsselrolle ein. Deshalb wollen wir die Sanierungsquote im Gebäudebestand deutlich
2773 anheben, um Energieeffizienz zu steigern. Dazu braucht es dauerhafte Planungs- und In-
2774 vestitionssicherheit für die Investoren. Deshalb werden wir die Finanzierung des KfW-
2775 Gebäudesanierungsprogramms mindestens auf dem bisherigen Niveau fortführen. Als
2776 zweiten Förderweg treten wir weiterhin für die steuerliche Förderung der energetischen
2777 Gebäudesanierung ein.

2778

2779 • Bei der Gebäudesanierung gilt für uns das Prinzip „Anreize statt Zwang“. Wir lehnen
2780 Zwangssanierungen im Gebäudebestand ab. Ordnungsrecht kann nur im Neubau zum
2781 Tragen kommen. Hier wollen wir allerdings die Energieeinsparverordnung immer auf ei-
2782 nem technisch ambitionierten Stand halten. Dabei soll die Grundlage stets die energeti-
2783 sche Gesamteffizienz von Gebäude und Heizungssystemen sein, nicht das willkürliche
2784 Verbot bestimmter Technologien.

2785

2786 • Wir wollen starke Städte und Gemeinden, die für Menschen jeden Alters und in jeder
2787 Lebenslage attraktiv und lebenswert sind. Deshalb werden wir die Stadtentwicklungs-
2788 programme des Bundes fortführen und entsprechende Anstrengungen der Kommunen
2789 unterstützen. Um den Anforderungen des demographischen Wandels gerade in ländli-
2790 chen Räumen zu unterstützen, befördern wir die Stärkung kommunaler Zentren, in de-
2791 nen soziale und technische Infrastruktur kostengünstig und zentral erreichbar vorgehal-
2792 ten werden kann.

2793

2794

2795 3. *Zukunft möglich machen – Umwelt-, Natur- und Klimaschutz für eine lebenswerte* 2796 *Welt*

2797

2798 Liberale Umwelt- und Klimapolitik setzt auf Innovation und neue Technologien. Sie setzt auf
2799 den verantwortungsbewussten Bürger, nicht auf Verbote. Nur so sichern wir unseren Kindern
2800 und den nachfolgenden Generationen einen intakten Lebensraum. Und mehr noch: Als Expor-
2801 teur von Ideen und Innovationen helfen wir, Energie und Ressourcen zu sparen, Emissionen zu
2802 vermeiden und die Lebensqualität der Menschen zu mehren – heute und in Zukunft, in
2803 Deutschland und weltweit.

2804

2805 Deswegen stellen wir unsere Stromversorgung schneller auf regenerative Energien um. Mit
2806 dem Energie- und Klimafonds haben wir alle Erlöse aus dem Emissionshandel in zusätzliche
2807 Umweltschutzprojekte gelenkt. Wir haben unsere Mittel für die Zusammenarbeit mit Entwick-
2808 lungsländern im Klima- und Waldschutz deutlich erhöht. Wir haben den Handel mit Emissions-
2809 rechten entbürokratisiert. Wir arbeiten daran, das von uns in der Bundesregierung beschlos-
2810 sene Ziel umzusetzen, den CO₂-Ausstoß national bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80
2811 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren.

2812

2813 Wir haben durch die Reform des Kreislaufwirtschaftsgesetzes mehr Recycling ermöglicht. Wir
2814 haben die Luftreinhaltung bei Kraftwerken und Kleinfeuerungsanlagen verbessert. Private
2815 Autofahrer und Handwerker haben wir bei der Nachrüstung ihrer Fahrzeuge mit Rußpartikelfil-

2816 tern unterstützt. Mit den Bundesprogrammen „Biologische Vielfalt“ und „Wiedervernetzung“
2817 haben wir den Naturschutz in Deutschland nachhaltig vorangebracht.

2818

2819 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

2820

2821 • Wir Liberalen setzen uns für eine weltweit durchgreifende Minderung der Emission von
2822 für das Klima nachteiligen Gasen ein, im Rahmen eines für alle Staaten verbindlichen
2823 neuen Klimaschutz-Abkommens. Aus unserer Sicht muss es zu einer langfristigen An-
2824 gleichung der CO₂-Emissionen pro Kopf kommen. Verpflichtungen sollen sich dabei an
2825 Emissionen und Wirtschaftskraft ausrichten, nicht an einem überkommenen Status als
2826 Industrie- oder Entwicklungsland. In der Zwischenzeit setzen wir uns für eine zügige Ra-
2827 tifizierung der zweiten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls ein.

2828

2829 • Wir legen beim Klimaschutz ein hohes Gewicht auf den Emissionshandel. Er gewährleis-
2830 tet eine wirksame Emissionsbegrenzung zu den geringsten wirtschaftlichen Kosten. Wir
2831 Liberalen wollen den EU-Emissionshandel auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesek-
2832 tor ausweiten. Ansatzpunkt soll dort die oberste Handelsebene von Brennstoffen sein.
2833 Steuern, die ihre ökologische Lenkungswirkung verlieren, können im Gegenzug gesenkt
2834 oder abgeschafft werden. Wir fordern intensivere Verhandlungen, um den EU-
2835 Emissionshandel mit bestehenden und geplanten Handelssystemen zum Beispiel in
2836 Nordamerika, Korea und Australien zu vernetzen.

2837

2838 • Wir Liberalen werden auch in der nächsten Wahlperiode sicherstellen, dass die Zusagen
2839 Deutschlands zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern – so-
2840 wohl zur Treibhausgas-Minderung als auch zur Anpassung an den Klimawandel – ein-
2841 gehalten werden.

2842

2843 • Noch ein knappes Jahrzehnt werden Kernkraftwerke in Deutschland betrieben werden.
2844 Die Sicherheit der verbliebenen Reaktoren muss auch weiterhin auf höchstem Niveau
2845 sichergestellt bleiben. Stillgelegte Kernkraftwerke sind möglichst zügig zurückzubauen,
2846 um die Fachkenntnisse der vorhandenen Belegschaft zu nutzen.

2847

2848 • Wir stehen für eine ergebnisoffene Suche eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle. In
2849 einem stufenweisen Verfahren sollen geeignete Standorte geprüft werden. Dabei darf
2850 kein Standort von vornherein ausgeschlossen werden. Eine intensive Bürgerbeteiligung
2851 und eine abschließende Standortentscheidung durch ein Bundesgesetz soll die gesell-
2852 schaftliche Akzeptanz für diese nationale Aufgabe sicherstellen.

2853

2854 • Um den Ressourcenschutz zu stärken, wollen wir das Recycling durch die flächende-
2855 ckende Einführung der Wertstofftonne voranbringen. Hier sollen anders als bei der gel-
2856 ben Tonne nicht nur Verpackungen, sondern alle geeigneten Wertstoffe gesammelt wer-
2857 den. Die Umstellung muss so erfolgen, dass es weder zu einer Bevorteilung der kommu-
2858 nalen noch der privaten Anbieter kommt. Wir Liberalen stehen im Interesse der Ver-
2859 braucher für eine wettbewerbliche Entsorgungswirtschaft.

2860

2861 • Wir werden die politischen Ziele zur Flächeninanspruchnahme stärker auf Naturschutz-
2862 ziele ausrichten. Wir Liberalen werden den Modellversuch zu handelbaren Flächenzerti-
2863 fikaten für die weitere Gesetzgebung auswerten.

2864

- 2865
2866
2867
2868
2869
2870
2871
- Insgesamt muss das Naturschutzrecht entrümpelt werden, ohne dass dabei der Schutz der Natur zu kurz kommt. Die Bundesländer sollen die Möglichkeit erhalten, das sogenannte Ersatzgeld anderen Instrumenten der Kompensation gleichzustellen. Dabei wird zum Ausgleich eines Eingriffes zweckgebunden Geld gezahlt, das in bedeutende Maßnahmen des Naturschutzes im gleichen Naturraum investiert wird. Dies ist oft effektiver als ein Flickenteppich von Einzelmaßnahmen.
- 2872
2873
2874
2875
- Frei fließende Flüsse und Flussabschnitte haben einen hohen ökologischen Wert. Nicht nur zum Hochwasserschutz muss den Gewässern mehr Raum gegeben werden. Einen Bau von Staustufen in Elbe und Donau lehnen wir weiter ab.
- 2876
2877
2878
2879
2880
2881
- Für uns Liberale hat der Tierschutz seit Jahren eine zentrale Bedeutung. Im Mittelpunkt unserer zukünftigen Bemühungen stehen eine artgerechte Tierhaltung und -ernährung sowie die Verringerung der Anzahl von Tierversuchen durch den verstärkten Einsatz von Alternativmethoden. Erfolgreicher Tierschutz kann nur auf europäischer Ebene und nicht durch nationale Sonderwege verwirklicht werden.
- 2882
2883
2884
2885
2886
2887
2888
2889
2890
- Der Schutz der biologischen Vielfalt ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden muss. Wir werden das Bundesprogramm Biologische Vielfalt, das in unserer Regierungszeit aufgelegt wurde, weiter ausbauen. Wir gestalten Naturschutz mit den Menschen. Daher setzen wir verstärkt auf freiwillige Maßnahmen und den Vertragsnaturschutz, erst nachrangig auf hoheitliche Schutzgebietsverordnungen und Verbote. Zerschnittene Biotopverbünde sollen wieder zusammengeführt werden, wie wir es in der Bundesregierung mit dem Bundesprogramm Wiedervernetzung begonnen haben.
- 2891
2892
2893
2894
2895
2896
2897
2898
2899
- Der Schutz der biologischen Vielfalt weltweit hat das Ziel, das genetische Reproduktionspotenzial für kommende Generationen zu erhalten. Um die tropischen Wälder zu schützen, unterstützen wir Modelle zur Honorierung vermiedener Abholzung, die gezielte Armutsbekämpfung in den betroffenen Regionen sowie die Zertifizierung von Holz. Zum Schutz der Meeresflora und -fauna muss ein globales System von Meeresschutzgebieten geschaffen werden. Insbesondere die afrikanischen Staaten sollen in die Lage versetzt werden, das illegale Fischen in ihren Wirtschaftszonen wirksamer zu unterbinden.
- 2900
2901
2902
2903
2904
2905
2906
- Wir brauchen eine nachhaltige Fischerei, die die Bestände erhält, artgerecht ist und den Tierschutz sichert. Die Grundschleppnetz-Fischerei ist zu beschränken. In jedem Fall ist die Industriefischerei durch die Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussgebieten einzudämmen. Da das Grundnahrungsmittel Fisch durch die Überfischung der Meere gefährdet ist, sollen zudem Rahmenbedingungen für die nachhaltige Aquakultur weiter verbessert werden.
- 2907
2908
2909
2910
2911
2912
- Wir wollen unsere Anstrengungen fortsetzen, auf europäischer Ebene für eine Nachhaltigkeitszertifizierung aller Agrarrohstoffe zu sorgen, wie sie für Biokraftstoffe heute schon besteht. Bei der Zertifizierung sind die Cross-Compliance-Regeln für europäische Landwirte unbürokratisch anzuerkennen.

2913 4. Verantwortung für die eigenen Entscheidungen übernehmen – nachhaltig handeln

2914

2915 Wo sich den Menschen Chancen eröffnen, wo sich Möglichkeiten auftun, dort ist nachhaltige
2916 Entwicklung möglich. Wer den Menschen Möglichkeiten für den eigenen Lebensweg nimmt,
2917 macht nachhaltige Entwicklung unmöglich. Denn Nachhaltigkeit hat nichts mit Askese oder
2918 einer Konservierung der Welt zu tun. Bei allem Handeln müssen wir aber die Folgen für Um-
2919 welt, Mitwelt und Nachwelt verantworten können.

2920

2921 Deshalb haben wir Innovation, Forschung und Entwicklung gestärkt. Wir haben mehr Bildung
2922 ermöglicht und die Neuverschuldung im Vergleich zu den Plänen der schwarz-roten Vorgän-
2923 gerregierung um über 50 Prozent verringert. Das sind 150 Milliarden Euro weniger Schulden.
2924 Nach Jahren der Mangelverwaltung haben wir unsere Sozialsysteme stabilisiert und begon-
2925 nen, sie auf eine nachhaltige Finanzierung umzustellen. In der Pflegeversicherung sind erste
2926 Elemente zur Kapitaldeckung eingeführt, bei der Krankenversicherung ein wettbewerbliches
2927 Prämienmodell eingeführt und bei der Rente die private Vorsorge weiter gestärkt worden. Die
2928 Energiewende wurde beschleunigt und aus dem ideologischen Korsett von Rot-Grün befreit,
2929 damit sie in der Realität auch gelingen kann. Und anstatt zu alimentieren, haben wir neue
2930 Möglichkeiten und Chancen geschaffen: 1,6 Millionen neue sozialversicherungspflichtige Ar-
2931beitsplätze bedeuten 1,6 Millionen neue Perspektiven für Menschen in Deutschland und ihre
2932 Familien.

2933

2934 Nachhaltige Entwicklung betrifft nicht nur Umwelt und Klimapolitik. Nachhaltige Entwicklung
2935 erfordert auch nachhaltiges Wirtschaften, generationengerechtes Haushalten und technische,
2936 soziale, wirtschaftliche und wissenschaftliche Innovation.

2937

2938 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

2939

2940 • Nachhaltige Entwicklung ist nur in und durch Freiheit möglich. Nachhaltigkeit hat für Li-
2941 liberale nichts mit Askese zu tun. Auch die Menschen von heute haben ein Recht auf ein
2942 gutes Leben. Wir können und sollen die Welt nicht konservieren. Aber wir müssen unser
2943 Handeln vor der Umwelt und der Nachwelt verantworten. Denn wir Liberale messen
2944 Freiheit auch an der Freiheit nachfolgender Generationen. Wenn wir heute auf Kosten
2945 künftiger Generationen leben, hinterlassen wir ihnen denkbar schlechte Startchancen.
2946 Künftige Generationen sollen aber mindestens gleiche Chancen auf Freiheit haben wie
2947 die Menschen heute.

2948

2949 • Im Interesse kommender Generationen braucht Politik eine Perspektive von Jahrzehnten,
2950 nicht von Wahlperioden. Wir befürworten deshalb ressortübergreifende und indika-
2951 torenbasierte Nachhaltigkeitsstrategien auf nationaler sowie europäischer Ebene. Die
2952 bewährten Gremien zur Begleitung der Nachhaltigkeitsstrategie werden wir in Regierung
2953 und Parlament fortführen.

2954

2955 • Wir wollen die Einführung einer offiziellen Generationenbilanz. Dabei werden Leistungen
2956 für nachfolgende Generationen – wie Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Si-
2957 cherheit – ihren Belastungen durch Staatsverschuldung, Pensionslasten und Verpflich-
2958 tungen aus Generationenverträgen gegenübergestellt. Die Gesetzesfolgenabschätzung
2959 ist um eine Generationenbilanzierung zentraler Vorhaben zu ergänzen.

2960

2961 • Nachhaltigkeit verlangt auch danach, die Neuverschuldung des Staates abzubauen,
2962 Steuermehreinnahmen zum Schuldenabbau zu verwenden und die Sozialsysteme unse-

2963 res Landes dauerhaft auf ein solides Fundament zu stellen, das über Generationen hin-
2964 weg trägt. Zur Nachhaltigkeit gehört auch, dass Straßen, Gebäude und andere Einrich-
2965 tungen im Bereich der staatlichen Infrastruktur erhalten und zeitgemäß modernisiert
2966 werden. Gegenwärtig reichen die Investitionen der öffentlichen Hand in Deutschland
2967 nicht einmal aus, um die altersbedingten Abnutzungen in diesem Bereich auszugleichen.
2968 Wir fordern daher kontinuierliche und zielgerichtete Investitionen der öffentlichen Hand
2969 in Straßen, Verkehrswege, Schulen und andere öffentliche Gebäude sowie die öffentli-
2970 chen Versorgungsnetze.

- 2971
- 2972 • Die Entwicklung der Sustainable Development Goals auf UN-Ebene muss im Einklang
2973 mit dem Folgeprozess zu den Millennium Development Goals erfolgen. Die Parlamente
2974 sind in die Entwicklung der Ziele einzubeziehen. Dazu wollen wir internationale Parla-
2975 mentarierdialoge seitens der Bundesregierung fördern.
 - 2976 • Auch in Zukunft soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als klare messbare Größe für
2977 Wachstum erhalten bleiben. Daneben soll aber auch anderen Indikatoren von Wohlstand
2978 und Lebensqualität Beachtung geschenkt werden. So ist zum Beispiel Kindererziehung
2979 eine gesellschaftliche Leistung, die vom BIP nicht gemessen wird. Gleiches gilt für sozia-
2980 le, kulturelle und ehrenamtliche Leistungen.
 - 2981 • Das Bildungswesen spielt eine besondere Rolle bei der Entwicklung und Förderung ei-
2982 genverantwortlichen Handelns. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss in allen Al-
2983 tersstufen zu den leitenden Grundsätzen des Lehrens, Lernens und Handelns werden
2984 wie Erziehung zu Frieden, Demokratie, Eigenverantwortung und Toleranz.
 - 2985 • Unter Absage an Verbote und Gebote empfehlen wir gleichwohl allen Betrieben und Un-
2986 ternehmen, sich im eigenen wirtschaftlichen Interesse intensiv um eine Verbesserung
2987 der eigenen Rohstoff- und Umweltbilanz zu sorgen. Publikumsgesellschaften sollten im
2988 Rahmen ihrer Berichterstattung bei Erstellung ihrer Jahresbilanz entsprechend dem
2989 Deutschen Nachhaltigkeitskodex verfahren.
- 2990
2991
2992
2993
2994

2995 **VI. Verantwortung, damit Europa eine stabile und verlässliche Gemeinschaft** 2996 **bleibt**

2997
2998 Der größte Freiheitsgewinn in der Geschichte unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg
2999 war und ist der europäische Einigungsprozess. Das Zusammenwachsen eines ganzen Konti-
3000 nents und seiner Völker hat Millionen Menschen den Frieden und die Freiheit gegeben, ihre
3001 Träume zu erfüllen und ihren eigenen Weg zu gehen. Mit dem Nobelpreis für die Europäische
3002 Union wurde diese historische Errungenschaft sowie der Mut der Völker Europas gewürdigt.

3003
3004 Wir wollen, dass dieses Europa eine starke Zukunft hat. Wir übernehmen Verantwortung für
3005 Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit in einem gemeinsamen Europa. Damit Europa ein
3006 Kontinent der Chancen und des Miteinanders bleibt. Die großen Herausforderungen unserer
3007 Zeit können wir nur bewältigen, indem wir Europa zu einer globalen Gestaltungskraft weiter
3008 entwickeln. Nur so können wir unsere Wertegemeinschaft bewahren, als Wirtschaftsmacht
3009 unsere Interessen behaupten und zur künftigen Ordnung der Welt einen europäischen Beitrag
3010 leisten.

3011

3012 Dazu wollen wir die Schuldenkrise einzelner Mitgliedstaaten überwinden und unsere gemein-
3013 same Währung und die Union auf ein festes Fundament stellen. Und gleichzeitig denken wir
3014 an die Zukunft Europas. Wir wollen die politische Union verwirklichen. Mit unserem Einsatz für
3015 den Fiskalvertrag und der Zukunftsgruppe der Außenminister zur Vertiefung der Europäischen
3016 Union haben wir große Schritte in diese Richtung getan.

3017
3018 Europa ist für uns Liberale Teil unserer kulturellen Identität, Rückversicherung unserer Frei-
3019 heit und zugleich Notwendigkeit, um auch in Zukunft im globalen Wettbewerb bestehen zu
3020 können. Diese einzigartige Zone der Freiheit, des Wohlstands und der mannigfaltigen kulturel-
3021 len Bereicherung zu bewahren und weiterzuentwickeln ist liberales Versprechen und Ver-
3022 pflichtung. Und dieses Europa bleibt ein Magnet für die Menschen und Völker.

3023

3024

3025 *1. Europa – liberales Versprechen und Verpflichtung*

3026

3027 Die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben und
3028 unsere Währung zu stabilisieren waren notwendig, um die Krise zu bewältigen und um eine
3029 Wachstumsperspektive zu eröffnen. Darüber dürfen wir jedoch nicht vergessen: Europa ist
3030 mehr als der Euro. Europa ist gegründet auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen. Und
3031 diese Gemeinsamkeit zu wahren und zu stärken ist heute ebenso unsere Aufgabe und Ver-
3032 antwortung wie die Stabilität unsere Währung.

3033

3034 Der Abschlussbericht der von Deutschland angestoßenen Zukunftsgruppe von elf Außenmi-
3035 nistern spiegelt wider, dass viele unserer Vorstellungen auf fruchtbaren Boden fallen. Wir
3036 wissen, dass Europa ein Staatenverbund mit einzigartigen gesellschaftlichen, politischen,
3037 rechtsstaatlichen und ökonomischen Gemeinsamkeiten ist. Deshalb wollen wir den Weg der
3038 Vertiefung verantwortungsvoll weitergehen – hin zu einer politischen Union mit festen födera-
3039 len Grundsätzen, demokratischen Strukturen und einer klaren subsidiären Ordnung.

3040

3041 Dafür treten wir an. Dafür treten wir ein.

3042

3043 • Wir wollen das Rad der Geschichte in Europa nach vorne drehen und nicht zurück. Auf
3044 dem Weg der Integration möchten wir alle 28 Staaten mitnehmen. Dafür ist die Kon-
3045 ventsmethode der richtige und vom EU-Vertrag vorgesehene Weg. Nur wenn die Kon-
3046 ventsmethode nicht gangbar ist, weil einige wenige nicht wollen, muss ein anderer Weg
3047 gewählt werden. Der Fiskalpakt hat gezeigt, wie dies geschehen kann. Am Ende dieser
3048 Entwicklung sollte ein durch eine europaweite Volksabstimmung legitimierter europäi-
3049 scher Bundesstaat stehen.

3050

3051 • Eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik zur Erhöhung der Wettbewerbsfä-
3052 higkeit Europas ist eine wichtige Zwischenstation auf dem Weg zur politischen Union.
3053 Wir wollen den europäischen Binnenmarkt vollenden, die gemeinsame Agrarpolitik stär-
3054 ker an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit ausrichten und
3055 Europas Führungsrolle in den Schlüsselbereichen von Forschung, Technologie und
3056 Dienstleistungen stärken.

3057

3058 • Wir wollen ein Europa der Bürger. Der Grundstein der politischen Union ist demokrati-
3059 sche Legitimation und Kontrolle. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das Europäische Par-
3060 lament zu einem Vollparlament mit gleichberechtigtem Initiativrecht in der Gesetzge-
3061 bung zu entwickeln. Das Parlament soll selbst über seinen Sitz entscheiden dürfen. Wir

- 3062 wollen das Wahlrecht zum Europäischen Parlament europäisieren und setzen uns ein
3063 dafür ein, dass künftig die europäischen Parteien mit staatenübergreifenden Listen an-
3064 treten.
3065
- 3066 • Als sichtbares Zeichen direkter Legitimation wollen wir die Direktwahl des Präsidenten
3067 der Europäischen Kommission durch die Bürger Europas. Wir wollen die Stellung der
3068 Kommission als Hüterin der Verträge stärken. Dafür muss die Kommission effizienter,
3069 nicht aber größer werden. Im Gegenteil: Wir plädieren für die Verkleinerung der Europäi-
3070 schen Kommission.
3071
 - 3072 • Neben dem Europäischen Parlament soll dem Rat der Europäischen Union als gleichbe-
3073 rechtigter Länderkammer eine essentielle Rolle zukommen, um demokratische Kontrolle
3074 und politischen Ausgleich („checks and balances“) im europäischen Mehrebenensystem
3075 zu garantieren.
3076
 - 3077 • Das Europa der Bürger zeichnet sich durch feste und klare Kompetenzen und das Prin-
3078 zip der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit aus. Übermäßige Bürokratie oder gar rigi-
3079 der Zentralismus haben darin keinen Platz. Wir wollen vielmehr starke Regionen, die na-
3080 he am Bürger sind. Wir wollen den Rechtsgrundsatz der Subsidiarität institutionell bes-
3081 ser absichern, vorhandene Instrumente stärker nutzen und ausbauen sowie ein europäi-
3082 sches Subsidiaritätsgericht einrichten.
3083
 - 3084 • Wir sehen in der Erweiterung der EU eine große Chance, sofern und soweit Kandidaten
3085 beitriffähig sind und die Europäische Union aufnahmefähig ist. Außerdem bestehen
3086 wir darauf, dass die EU institutionell vorankommt, bevor sie weiteren Aufnahmen zu-
3087 stimmt.
3088
 - 3089 • Wir werden darauf achten, dass diese Aufnahmevoraussetzungen strikt eingehalten
3090 werden. Jedes neue Mitglied muss vor einer Entscheidung über seine Aufnahme alle of-
3091 fenen Streitfragen mit seinen Nachbarn abschließend lösen. Dies gilt insbesondere auch
3092 für die Staaten des westlichen Balkans. Wir freuen uns, in diesem Jahr Kroatien als 28.
3093 Mitglied der Europäischen Union zu begrüßen.
3094
 - 3095 • Mit der Türkei verbindet uns seit Jahrzehnten eine tiefgreifende Partnerschaft und die
3096 gemeinsame Mitgliedschaft in der NATO. Seit 2005 verhandeln die EU und die Türkei
3097 ergebnisoffen über eine türkische EU-Mitgliedschaft. An der Beitrittsperspektive für die
3098 Türkei halten wir fest. Es darf jedoch – wie in allen Fällen – keine Rabatte bei der Erfül-
3099 lung der Beitrittskriterien geben. Wir ermutigen die Türkei, den notwendigen Reformpro-
3100 zess in Richtung Rechtsstaat und Menschenrechte entschlossener voranzutreiben.
3101
 - 3102 • Entschlossene rechtsstaatliche Reformen sind auch die Voraussetzung für die weitere
3103 EU-Annäherung der Staaten der Östlichen Partnerschaft. So hätte zum Beispiel die Uk-
3104 raine langfristig dann eine Chance auf eine Beitrittsperspektive, wenn sie in den kom-
3105 menden Jahren konsequent auf einen Modernisierungskurs setzt und sich kontinuierlich
3106 an EU-Standards heranarbeitet.
3107
 - 3108 • Die Charta der Grundrechte und die Menschenrechtskonvention der Europäischen Uni-
3109 on müssen in allen EU-Mitgliedstaaten ungeachtet der politischen Couleur der jeweili-
3110 gen nationalen Regierung geachtet werden. Entwicklungen wie zum Beispiel in Ungarn
3111 und Rumänien, die das Gleichgewicht der politischen Kräfte durch einen überzogenen

3112 Machtanspruch der Regierung gefährden, werden wir deshalb weiterhin entschlossen
3113 entgegen treten.
3114

3115 • Wir wollen unsere gemeinsamen Werte stärken und schützen und dazu das Verfahren
3116 der europäischen Rechtsstaatskontrolle verbessern. Bisher kann die EU nur handeln,
3117 wenn bereits schwerwiegende und dauerhafte Verletzungen der gemeinsamen europäi-
3118 schen Werte eingetreten sind. Wir wollen unterhalb dieser Schwelle des Artikels 7 des
3119 EU-Vertrags einen angemessenen Mechanismus schaffen, der es der Europäischen
3120 Kommission erlaubt, die europäischen Grundwerte in den Mitgliedstaaten zu verteidigen
3121 und nötigenfalls spürbare und angemessene Sanktionen zu verhängen.
3122

3123 • Die Reisefreiheit gehört zu den kostbarsten Errungenschaften der europäischen Integra-
3124 tion. Wir sollten sie nicht leichtfertig auf Spiel setzen. Wir Liberalen sind daher vehe-
3125 ment dagegen, nationalen Regierungen einen Blanko-Scheck zur Wiedereinführung von
3126 Grenzkontrollen zu geben.
3127

3128 • Wir wollen die Rahmenbedingungen für die konventionelle und ökologische Landwirt-
3129 schaft weiter durch marktwirtschaftliche Reformen und einen konsequenten Bürokratie-
3130 abbau verbessern. Dazu gehört Planungssicherheit für Landwirte durch marktwirtschaft-
3131 liche Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Abbau von Wett-
3132 bewerbsverzerrungen innerhalb der EU.
3133

3134 *Varianten zur Abstimmung auf dem a.o. Bundesparteitag, 4. bis 5. Mai 2013:*
3135

3136 Variante A
3137

3138 *Wir lehnen die Kappung und Degression von Direktzahlungen ab. Beides führt zu Be-
3139 triebsteilungen und ineffizienten Betriebsstrukturen.*
3140

3141 Variante B
3142

3143 *Regulierung und Bürokratie wollen wir im Interesse der unternehmerischen Freiheit von
3144 Landwirten abbauen und die Direktzahlungen schrittweise reduzieren.*
3145

3146 • Zu einem starken Europa gehört auch der Europarat mit seinen Organen. Mit seinen 47
3147 Mitgliedstaaten kommt dem Europarat gerade bei der Umsetzung von Demokratie,
3148 Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten eine elementare Rolle zu, die wir Liberalen
3149 weiter stärken wollen.
3150

3151 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Charta der Grundrechte in allen EU-Mitgliedstaaten
3152 geachtet wird und wollen eine zügige Umsetzung der Europäischen Menschenrechts-
3153 konvention in der EU. Wir bekennen uns zum Europäischen Gerichtshof für Menschen-
3154 rechte und unterstützen aktiv seine Reform.
3155

3156
3157 2. *Vom gemeinsamen Währungsraum zur Stabilitätsunion*
3158

3159 Die Stabilisierung unserer Währung und der Kampf gegen die Schuldenkrise bleibt für uns
3160 Liberale auch in den kommenden Jahren eine der wichtigsten Herausforderungen. Wir wissen:
3161 Die Stabilisierung unserer Währung ist nicht umsonst zu haben. Aber für uns hat Europa nicht

3162 nur einen Preis. Sondern Europa hat für uns Deutsche vor allem auch einen Wert. Weil wir
3163 Frieden, Freiheit und Wohlstand für Deutschland dauerhaft nur durch und mit einem starken
3164 Europa gewährleisten können. Aber wir wissen auch: Das alles gibt es nur mit einer stabilen
3165 Währung.

3166
3167 Nachdem Sozialdemokraten und Grüne 2003 den Stabilitätspakt zerrissen und damit die heu-
3168 tige Krise ausgelöst haben, haben wir nun die Kehrtwende eingeleitet und eine neue Stabili-
3169 tätskultur geschaffen. Um aus der Krise zu kommen, müssen wir Europa weiter stärken – und
3170 nicht Deutschland schwächen. Deshalb bleibt das Haftungsvolumen für den Bundeshaushalt
3171 verfassungsrechtlich streng begrenzt und das Haushaltsrecht des Deutschen Bundestages
3172 unangetastet. Das Parlament hat immer das letzte Wort. Und darum haben wir eine Verge-
3173 meinschaftung der Schulden durch Eurobonds oder einen Schuldentilgungsfonds verhindert.
3174 Wir wollen kein Schuldeneuropa, sondern eine echte Stabilitätsunion.

3175
3176 Auf dem Weg in die Stabilitätsunion haben wir bereits viel erreicht. Im Fiskalvertrag haben 25
3177 Mitgliedstaaten vereinbart, nationale Schuldenbremsen einzuführen und ihre Haushalte in
3178 Ordnung zu bringen. Und mit den europäischen Stabilitätsmechanismen EFSF und ESM haben
3179 wir nicht nur Rettungsschirme für unsere Währung aufgespannt, sondern auch die Grundlage
3180 zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenländern geschaffen. Nach dem Prinzip
3181 „keine Leistung ohne Gegenleistung“ geht mit der Hilfe für die Krisenländer auch immer die
3182 Verpflichtung zu nachhaltigen und anspruchsvollen Reformen einher.

3183
3184 Wir wollen den Weg in die Stabilitätsunion weitergehen. Weil wir überzeugt sind, dass stabile
3185 Haushalte, mehr Wettbewerbsfähigkeit und stärkeres Wachstum die Voraussetzung für eine
3186 stabile Währung sind. Weil nur so Europa auf Dauer aus seinen Schulden herauswachsen und
3187 im globalen Wettbewerb bestehen kann.

3188
3189 Dafür treten wir an. Dafür treten wir ein.

3190
3191 • Solidarität verlangt auch Solidität. Strukturreformen sind angezeigt. Länder, die ohne
3192 zeitweise Unterstützung nicht auskommen, müssen die mit den Partnern verhandelten
3193 Verpflichtungen einhalten. Der Reformdruck muss erhalten bleiben. Es darf keine fal-
3194 schen Anreize geben. Einen Rückfall in die keynesianische Schuldenpolitik der 1970er
3195 Jahre lehnen wir vehement ab. Für Liberale ist die Geldwertstabilität eine Grundvoraus-
3196 setzung für nachhaltiges Wachstum in der Sozialen Marktwirtschaft.

3197
3198 • Die Krise Europas begann mit dem Bruch des EU-Stabilitäts- und Wachstumspaktes im
3199 Jahr 2003. Aus dieser Erfahrung ziehen wir die richtigen Schlüsse und setzen den von
3200 uns eingeforderten Fiskalpakt konsequent um. Nur wenn Europa die Abkehr von der
3201 Schuldenpolitik gelingt und wir den Weg in die Stabilitätsunion fortsetzen, schaffen wir
3202 einen verlässlichen Rahmen, der langfristiges Vertrauen in die Wettbewerbsfähigkeit,
3203 Stabilität und Zuverlässigkeit der Eurozone und Europas insgesamt erzeugt.

3204
3205 • Eine unabhängige Zentralbank ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine stabile
3206 Währung. Deshalb verteidigen wir die Unabhängigkeit der EZB gegen jeden Zugriff. Die
3207 EZB bleibt der Geldwertstabilität verpflichtet, wie sie in den europäischen Verträgen ver-
3208 ankert ist. Eine Staatsfinanzierung durch die EZB und damit die Sanierung der Staats-
3209 Haushalte durch Inflation lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.

3210

- 3211 • Wir haben es geschafft, vom Krisenmodus in den Krisenlösungsmodus zu kommen. Wir
3212 bauen eine Stabilitätsunion auf. Dafür sind eine sinnvolle Regulierung des Bankensek-
3213 tors und eine Bankenkontrolle unerlässlich, damit in einem klaren Ordnungsrahmen die
3214 Realwirtschaft nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft innerhalb der Eurozone
3215 funktionieren und gedeihen kann.
3216
- 3217 • Wir stehen für eine Stabilitätsunion mit soliden Haushalten und Finanzen. Eine Haf-
3218 tungsunion wird es mit uns nicht geben. Hierdurch würde neben der unbegrenzten Haf-
3219 tung des Bundeshaushaltes auch jeder Reformdruck von wettbewerbsschwachen Staa-
3220 ten genommen werden.
3221
- 3222 • Wir wollen, dass die EU-Mitgliedstaaten die eigene Budgethoheit und die Verantwortung
3223 zu sorgfältigem Haushalten auch in Zukunft behalten. Deshalb lehnen wir europäische
3224 Steuern ab.
3225
- 3226 • Eine gesamtschuldnerische Haftung für Staatsanleihen der Mitgliedstaaten, wie über
3227 Eurobonds oder einen Altschuldentilgungsfonds, lehnen wir Liberalen aus politischen,
3228 rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen ab, heute genauso wie in der Zukunft. Europa
3229 hat nur eine Zukunft als Verantwortungsgemeinschaft, in der jeder für sein Handeln haf-
3230 tet. Darum setzen wir uns für eine europäische Insolvenzordnung für Staaten ein, um die
3231 bestehenden Stabilisierungsinstrumente zu ergänzen.
3232
3233

3234 **VII. Frieden, damit mehr Menschen mehr Chancen bekommen**

3235

3236 In Deutschland haben heute mehr Menschen die Freiheit, ihre Träume zu erfüllen und ihren
3237 eigenen Weg zu gehen. Das macht uns stark und schafft Wohlstand. Aber Deutschland darf
3238 sich selbst nicht genüge sein.
3239

3240 Verlässliche Bündnisse, die Friedensordnung der UN und ein starkes Europa haben dazu we-
3241 sentlich beigetragen, dass uns ein Leben in Frieden und Wohlstand in Deutschland beinahe
3242 selbstverständlich erscheint. Das ist ein historischer Erfolg auch deutscher Außen- und Ent-
3243 wicklungspolitik. Ein Erfolg, der uns zugleich Auftrag ist: Die Freiheit und die Chancen, die wir
3244 in Deutschland und Europa heute genießen, wollen wir möglichst vielen Menschen auf der
3245 Welt zugänglich machen. Mehr Menschen weltweit sollen in ihren Ländern in Frieden, Sicher-
3246 heit und Wohlstand leben können.
3247

3248 Dieses Ziel wollen wir erreichen durch Kooperation innerhalb bewährter Organisationen und
3249 Bündnisse. Wir wollen bewährte Partnerschaften pflegen und ausbauen, aber auch neue Part-
3250 nerschaften begründen. Wer Globalisierung gestalten will, braucht starke Partner.
3251

3252 Wir setzen dabei auf Dialog, Partnerschaft und den Vorrang politischer Lösungsansätze. Wir
3253 stehen zur Kultur der militärischen Zurückhaltung. Liberale Außen- und Entwicklungspolitik ist
3254 Friedenspolitik. Sie setzt auf geteilte und gemeinsam getragene Verantwortung. Deshalb wol-
3255 len wir, dass internationale Abrüstungsinitiativen weiterhin einen wichtigen Stellenwert in der
3256 deutschen und internationalen Politik einnehmen. Und deshalb investieren wir unsere Ent-
3257 wicklungszusammenarbeit in mehr Chancen für die Menschen in unseren Kooperationslän-
3258 dern. Wir setzen uns weltweit ein für die Einhaltung und Stärkung der Menschenrechte, für
3259 den Schutz der Freiheit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit wie auch für den Schutz

3260 von Fortschritt, den auf kultureller Selbstbestimmung basierenden Wohlstand sowie den
3261 Schutz unserer Bürger vor weltweiten Sicherheitsrisiken.

3262
3263 Globalen Problemen können wir nur in globaler Kooperation begegnen. Dadurch schaffen wir
3264 mehr Chancen für mehr Menschen auf der Welt. Mehr Möglichkeiten für den eigenen Lebens-
3265 entwurf und mehr Chancen zur Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen.

3266
3267
3268 *1. In Verantwortung und Partnerschaft für mehr Frieden in der Welt*

3269
3270 Deutsche Außenpolitik ist wertegeleitet und interessenorientiert. Sie orientiert sich an histo-
3271 risch gewachsenen und bewährten Wertegemeinschaften und sie sucht und fördert neue Part-
3272 nerschaften. Ohne die transatlantische Partnerschaft oder unsere anderen etablierten
3273 Freundschaften und Bündnisse zu vernachlässigen, hat liberale Außenpolitik den Grundstein
3274 für neue Partnerschaften gelegt. Aufstrebende Staaten in Lateinamerika, Asien und Afrika
3275 sind als neue Kraftzentren in ihren jeweiligen Regionen und darüber hinaus immer wichtiger
3276 werdende Partner für Deutschland und Europa – im Handel, aber auch bei der Bewältigung
3277 globaler Zukunftsaufgaben wie dem Klimawandel, der Abrüstung und dem Schutz der Biodi-
3278 versität. Mit unseren Partnern weltweit werden wir weiterhin Probleme wie Klimawandel, Ar-
3279 mut, Terrorismus, Krieg, Menschenrechtsverletzungen und die Verbreitung von Massenver-
3280 nichtungswaffen im Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung bewältigen.

3281
3282 Liberale Außenpolitik unterstützt die historischen politischen Umwandlungsprozesse in Nord-
3283 afrika und der arabischen Welt mit maßgeschneiderten Transformationspartnerschaften. Wir
3284 Liberale wollen diese Gesellschaften in Richtung freiheitlicher Demokratie und Marktwirt-
3285 schaft weiter unterstützen. Durch zahlreiche Projekte tragen gerade auch Nicht-Regierungs-
3286 Organisationen dazu bei, Menschenrechte durchzusetzen, ihre Durchsetzung zu überwachen
3287 sowie Menschenrechte und demokratische Teilhabe im Bewusstsein der Bevölkerung und in
3288 den staatlichen Strukturen zu verankern. Die Einhaltung der Menschenrechte und echte bür-
3289 gerschaftliche Partizipation sind das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und
3290 kulturelle Entwicklung eines Landes.

3291
3292 Wir setzen auf den Ausbau der Kooperation innerhalb bewährter Organisationen. Wir setzen
3293 auf Dialog und Partnerschaft. Auch da, wo es schwierig ist. Nur Dialog schafft Vertrauen und
3294 die Möglichkeit friedlicher Konfliktlösung. Liberale Außenpolitik ist Friedenspolitik.

3295
3296 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

3297
3298 • Wir setzen uns ein für die vertiefte Integration in der Gemeinsamen Sicherheits- und
3299 Verteidigungspolitik der Europäischen Union (GASP) und die Stärkung der traditionellen
3300 Bindungen, insbesondere der transatlantischen Beziehungen. Gemeinsame Positionen
3301 im Rahmen der GASP sind immer auch Orientierung für die im Weltsicherheitsrat vertre-
3302 teten EU-Mitglieder. Gleichzeitig wollen wir die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen im
3303 Rahmen des Weimarer Dreiecks mit Frankreich und Polen weiter verstärken. Die USA
3304 und Kanada, aber auch Wertepartner wie Japan und Australien bleiben unsere natürli-
3305 chen Verbündeten bei der Lösung globaler Fragen im internationalen Rahmen.

3306
3307 • Die transatlantischen Beziehungen sind breit und vielfältig. Als strategisches Ziel der
3308 transatlantischen Kooperation treiben wir die Verwirklichung einer transatlantischen
3309 Freihandelszone voran, um gemeinsame Wohlstandsgewinne zu erreichen, und, um

- 3310 weltweit deutlich zu machen, dass die beiden globalen Zentren demokratischer Markt-
3311 wirtschaft eng kooperieren.
3312
- 3313 • Die Beziehungen zu den neuen Gestaltungsmächten, die durch ihre Wirtschaftsdynamik,
3314 ihr Streben nach Teilhabe und Wohlstand und ihr wachsendes politisches Gewicht zu
3315 wichtigen Kraftzentren in ihren Regionen aufsteigen, werden wir ausbauen. Dies gilt ins-
3316 besondere für Länder, die unsere demokratischen Werte teilen. Wer gestalten will, muss
3317 gesprächsbereit sein. Diese neuen Kraftzentren zur Übernahme von Verantwortung zu
3318 ermutigen und sie partnerschaftlich in internationale Strukturen einzubinden ist ein
3319 Kerngedanke liberaler Außenpolitik.
3320
 - 3321 • Neben dem fortgesetzten Engagement in den Vereinten Nationen, der NATO dem Euro-
3322 parat und der EU werden wir auch die Chancen neuer Formate wie der G20 verstärkt
3323 nutzen. Diese Formate bieten die Chance, neue Lösungsansätze in die internationale
3324 Kooperation einzubringen. Ihr dauerhafter Erfolg wird von der Verbindlichkeit in der Er-
3325 gebnisumsetzung abhängen. Im Zentrum der Reform steht für uns ein Weltsicherheits-
3326 rat, der die neuen Gewichte in der Welt des 21. Jahrhunderts angemessen widerspie-
3327 gelt. Deshalb werden wir uns weiterhin für eine Stärkung und umfassende Reform der
3328 Vereinten Nationen einsetzen. Die Vereinten Nationen sind das Herzstück einer Welt-
3329 ordnung, die auf Kooperation setzt. Die Verstärkung der parlamentarischen Mitarbeit in
3330 den UN-Prozessen ist anzustreben. Auch die erfolgreiche Stärkung personeller Präsen-
3331 zen Deutschlands in diesen Institutionen wollen wir fortsetzen.
3332
 - 3333 • Wie kaum ein anderes Industrieland ist Deutschland auf Freihandel und den Zugang zu
3334 den weltweiten Rohstoffmärkten angewiesen. Die deutsche Außenpolitik wird hierfür
3335 weiterhin konsequent eintreten. Hierzu gehören auch strategische Partnerschaften mit
3336 wichtigen Rohstoffländern im Rahmen einer nationalen Rohstoffstrategie und die weite-
3337 re Verzahnung außen-, sicherheits-, entwicklungs- und wirtschaftspolitischer Interessen
3338 im Bereich der Außenwirtschaftspolitik. Auf die Einhaltung der Menschenrechte in den
3339 Rohstoffländern legen wir großen Wert.
3340
 - 3341 • Als gewähltes Mitglied im Weltsicherheitsrat hat Deutschland 2011 und 2012 wichtige
3342 Akzente unter anderem beim Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten, bei aktuel-
3343 len Krisen in Syrien und im Jemen, bei der Staatswerdung des Südsudan und bei der
3344 Bewältigung der Stabilisierung von Afghanistan gesetzt. Wir haben mit dieser sehr er-
3345 folgreichen Arbeit gezeigt, dass Deutschland bereit ist global Verantwortung zu über-
3346 nehmen. Auch auf Grundlage dieser Bilanz hat uns die Weltgemeinschaft für die Jahre
3347 2013-2014 mit einem beeindruckenden Ergebnis in den Menschenrechtsrat der Verein-
3348 ten Nationen gewählt. Diesen Vertrauensbeweis gilt es durch eine aktive, werteorien-
3349 tierte und verantwortungsvolle Menschenrechtspolitik gerecht zu werden. Deutschland
3350 wird darüber hinaus als Truppensteller und Geber von humanitärer Hilfe und Entwick-
3351 lungszusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen weiterhin seine globale Ver-
3352 antwortung wahrnehmen.
3353
 - 3354 • Wir werden auch in Zukunft die demokratischen Kräfte in den Reformstaaten des Arabi-
3355 schen Frühlings durch Angebote im Bereich Rechtsstaatsaufbau, Marktzugang, Bildung
3356 und Arbeit unterstützen. Freiheit, Menschenrechte und Demokratie sind die Vorausset-
3357 zung für politische und auch wirtschaftliche Teilhabe der Menschen und damit für den
3358 Erfolg der Reformkräfte. Wir setzen auf die Unterstützung regionaler Lösungsbemühun-
3359 gen. Regionale Kooperationen zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen – wie

3360 etwa im Kontext der ASEAN-Staaten – wollen wir stärken und partnerschaftlich an Lö-
3361 sungen mitarbeiten.
3362

- 3363 • Das deutsche Engagement im Nahostfriedensprozess werden wir unvermindert fortset-
3364 zen. Grundlage unserer Politik bleiben das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und ei-
3365 ne ausverhandelte Zweistaatenlösung.
3366
- 3367 • Wir setzen uns mit Nachdruck für eine diplomatische Lösung des Konflikts um das irani-
3368 sche Nuklearprogramm entsprechend den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats ein. Ei-
3369 ne atomare Bewaffnung des Iran wäre nicht nur für Israel und die gesamte Region eine
3370 Gefahr, sondern für die ganze Welt.
3371
- 3372 • Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Europa können wir nur mit Russland dauerhaft
3373 gewährleisten. Unsere Kooperation mit Russland ist heute breit und vielfältig. Niemals
3374 zuvor waren unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften so eng miteinander verflocht-
3375 ten. Gerade deshalb beobachten wir die Einschränkungen von Bürgerrechten durch Re-
3376 gierung oder Justiz in Russland mit Sorge. Unser Blick für die strategischen Chancen der
3377 Zusammenarbeit mit Russland steht nicht im Widerspruch zu einem offenen und mitun-
3378 ter auch kritischen Dialog.
3379
- 3380 • Deutschland und China wollen die Chancen der Globalisierung gemeinsam nutzen. Die
3381 Frage, wie sich China langfristig in den globalen Ordnungsrahmen einbringt, wird immer
3382 wichtiger. Wir wollen ein China, das seine Rolle als verantwortungsvolle Gestaltungs-
3383 macht annimmt. Unser offener Dialog mit China hält auch Meinungsunterschiede aus.
3384 Menschenrechte sind ein wichtiges Thema unseres regelmäßigen Austauschs.
3385
- 3386 • Deutschland lebt von seiner Offenheit und Vernetzung. Das soll sich auch in einer
3387 modernen liberalen Visapolitik ausdrücken. Wir setzen uns für die Visafreiheit mit Russ-
3388 land, der Türkei und den östlichen sowie südlichen Nachbarn der EU ein, sobald sie die
3389 dafür erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Liberale Visapolitik in einer zusammen-
3390 rückenden Welt muss Nähe gestalten und nicht Trennung verwalten.
3391
- 3392 • Gegenüber Weißrussland setzen wir uns für eine europäisch abgestimmte Sanktionspo-
3393 litik gegenüber dem Lukaschenko-Regime und verstärkte Zusammenarbeit mit der Zivil-
3394 gesellschaft ein. Auch in der letzten Diktatur Europas sollen die Menschen die Chance
3395 haben, ihr Land zu einer freien und toleranten Bürgergesellschaft umzugestalten.
3396
- 3397 • Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik leistet als integraler Bestandteil unserer Au-
3398 ßenpolitik einen unersetzlichen Beitrag für die globale Völkerverständigung. Wir setzen
3399 dabei auf die Zusammenarbeit mit den bewährten Mittlern wie dem Goethe Institut, den
3400 politischen Stiftungen, Bildungsträgern und Kommunikationsforen, auf Rechtsstaatsdia-
3401 loge, Wissenschaftskooperationen im Rahmen eines vernetzten Ansatzes sowie den
3402 Ausbau der positiven Eigendarstellung Deutschlands im Ausland. Der Netzwerkgedanke
3403 muss dabei noch stärker in die Arbeit der Mittler einfließen. Gleichzeitig wollen wir den
3404 Austausch von Wissenschaftlern und hochqualifizierten Experten noch weiter verstärken
3405 und uns weltweit als die offene und tolerante Bürgergesellschaft präsentieren, die wir
3406 sind.
3407
3408

3409 *2. Menschenrechte sind das Fundament einer freien Gesellschaft*

3410

3411 Menschenrechte sind das Fundament für die demokratische, wirtschaftliche und kulturelle
3412 Entwicklung eines Landes. Nur wo Menschen in Freiheit leben können, kann es auf Dauer
3413 Hoffnung, Fortschritt und Wohlstand geben. Wir betrachten Menschenrechtspolitik als Quer-
3414 schnittsaufgabe, die alle Politikbereiche berührt und Kern liberaler Außen- und Entwicklungs-
3415 politik ist.

3416

3417 Die Einhaltung und Stärkung der Menschenrechte in Deutschland, Europa und weltweit ist
3418 Kernanliegen unserer Politik. Wir richten unsere Entwicklungszusammenarbeit an diesem Ziel
3419 aus. Finanzielle Zuwendungen für bestimmte Länder werden seither konsequent an die Ein-
3420 haltung menschenrechtspolitischer Bedingungen geknüpft. Wir haben durchgesetzt, dass der
3421 Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen von den Vereinten Nationen als Men-
3422 schenrecht anerkannt wird. Wir haben Strafbarkeitslücken im internationalen Recht geschlos-
3423 sen und den Internationalen Strafgerichtshof gestärkt. Wir sind engagiert für die Menschen-
3424 rechte sexueller Minderheiten eingetreten. Erstmals haben das Auswärtige Amt und das Ent-
3425 wicklungsministerium Menschenrechtsprojekte für Homosexuelle im Ausland finanziert. Die
3426 Budgethilfe wurde für Staaten gestrichen, die Strafgesetze gegen Homosexualität verschär-
3427 fen. Asylbewerber, die in ihren Heimatländern mit entsprechenden Strafen rechnen müssen,
3428 werden nicht mehr abgeschoben. Und wir treten ein für die freie Ausübung der Religion und
3429 setzen uns ein gegen die Verfolgung von Christen auf der Welt.

3430

3431 Die Universalität der Menschenrechte bleibt Garant für gesellschaftlichen Frieden, persönli-
3432 che Freiheit, Sicherheit und wirtschaftlichen Erfolg. Sie zu stärken – in Deutschland, Europa
3433 und weltweit – ist unser Ziel.

3434

3435 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

3436

3437 • Wir treten gegen eine kulturelle Relativierung des Menschenrechtsbegriffs und für die
3438 effektive Durchsetzung von rechtsstaatlichem Handeln in den internationalen Bezie-
3439 hungen ein.

3440

3441 • Wir wenden uns gegen jegliche Diskriminierung aufgrund von Religion, ethnischer
3442 Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung. Die Unterdrü-
3443 ckung oder der Angriff auf andere Menschen und einzelne Bevölkerungsgruppen sind
3444 stets Angriffe auf die Freiheit der ganzen Gesellschaft.

3445

3446 • Wir werden weiterhin entschlossen der Diskriminierung von Homosexuellen, Trans-
3447 identen und Intersexuellen in der Außen- und Entwicklungspolitik entgegenzutreten und
3448 die begonnene Politik in diesem Bereich fortsetzen.

3449

3450 • Freie Meinungsbildung ist die Grundlage von selbstbestimmtem Handeln und bürger-
3451 schaftlicher Partizipation, sie ist ein grundlegendes Menschenrecht. Wir treten ein für
3452 Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und die Freiheit der Presse.

3453

3454 • Wir setzen uns für die uneingeschränkte körperliche und geistige Unversehrtheit der
3455 Menschen ein. Deshalb engagieren wir uns mit allem Nachdruck für die weltweite Ab-
3456 schaffung der Todesstrafe und Folter. Bei der Bekämpfung des internationalen Terroris-
3457 mus heiligt der Zweck nicht die Mittel; sie darf nicht mit einer Einschränkung men-
3458 schenrechtlicher Standards einhergehen. Wir wenden uns daher gegen jegliche Ver-

- 3459 suche, im Namen von Terrorismusbekämpfung fundamentale Menschenrechte einzu-
3460 schränken.
3461
- 3462 • Wir treten für die weltweite Ächtung von Menschenhandel, Kinderarbeit, Zwangsar-
3463 beit, Zwangsprostitution und den Einsatz von Kindersoldaten ein. Denn körperliche
3464 Unversehrtheit ist ein fundamentales Menschenrecht. Durch weibliche Genitalver-
3465 stümmelung wird in dieses Menschenrecht von Frauen und Mädchen auf grausamste
3466 Weise eingegriffen. Wir treten für eine explizite Strafbarkeit dieses Verbrechens ein,
3467 damit ein deutliches Signal ausgeht, wie verabscheuungswürdig dieses Verbrechen
3468 ist.
3469
 - 3470 • Wir streben eine Ratifizierung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung
3471 und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt an, um betroffenen
3472 Frauen einen verbesserten Opferschutz zu bieten. Mit Ratifizierung des zweiten Zu-
3473 satzprotokolls zum Pakt der Vereinten Nationen über wirtschaftliche, soziale und kul-
3474 turelle Rechte wollen wir Einzelpersonen nach Ausschöpfung des nationalen Rechts-
3475 wegweges die Möglichkeit geben, auf diesem Weg ihre persönlichen Rechte vor einem in-
3476 ternationalen Gremium einzuklagen.
3477
 - 3478 • Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und zu sanitären Einrichtungen ist eine wesent-
3479 liche Voraussetzung für die Gesundheit der Menschen und für deren Ernährungssi-
3480 cherheit. Deshalb setzen wir uns für eine bessere Geltung des Menschenrechts auf
3481 Trinkwasser und sanitäre Grundversorgung ein und unterstützen entsprechende Initia-
3482 tiven auf Ebene der Vereinten Nationen.
3483
 - 3484 • Wir wollen eine weitere Stärkung der internationalen Strafgerichtsbarkeit – wie zum
3485 Beispiel des Internationalen Strafgerichtshofs. Unter dem Dach der Vereinten Natio-
3486 nen wollen wir den völkerrechtlichen Begriff der Schutzverantwortung ausdifferenzie-
3487 ren und weiter entwickeln. Dabei soll unter den Säulen „to prevent, to react und to re-
3488 build“ der Stärkung der Prävention besondere Bedeutung zukommen.
3489
 - 3490 • Mit dem Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention schließen wir ei-
3491 ne Lücke beim Schutz der Menschenrechte in Europa. Wir werden für eine zügige Um-
3492 setzung des Beitrittsabkommens eintreten. Die Charta der Grundrechte und die Men-
3493 schenrechtskonvention der Europäischen Union müssen in allen EU-Mitgliedstaaten
3494 ungeachtet der politischen Couleur der jeweiligen nationalen Regierung geachtet wer-
3495 den.
3496
 - 3497 • Wir bekennen uns zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und unterstüt-
3498 zen aktiv seine Reform. Dabei möchten wir an unsere Erfolge der Reformkonferenz
3499 von Brighton anknüpfen und werden uns für eine schnelle Umsetzung der Reformvor-
3500 schläge einsetzen.
3501
 - 3502 • Wir wollen einen solidarischen Beitrag dafür leisten, dass Europa in der Welt ein siche-
3503 rer Zufluchtsort für politisch Verfolgte ist. Deswegen setzen wir uns für eine europa-
3504 weite menschenwürdige Regelung des Grundrechts auf Asyl ein. Ziel darf dabei nicht
3505 der kleinste gemeinsame Nenner sein. Wir wollen in Deutschland voran gehen und die
3506 Arbeiterlaubnispflicht von Asylbewerbern ebenso abschaffen wie die Residenzpflicht
3507 für Flüchtlinge. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen erst ab 18 Jahren als
3508 verfahrensmündig angesehen werden. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen sind deren

3509 Notlage und Bedürftigkeit entscheidend und nicht die Religionszugehörigkeit. Wir
3510 dringen darauf, dass es bei der Rückführung von abgelehnten Bewerbern in andere
3511 EU-Länder eindeutige und gemeinsame Bestimmungen über sichere Drittstaaten gibt.
3512

3513 • Nach langen 18 Jahren hat Deutschland seine Vorbehalte gegen die Kinderrechtskon-
3514 vention der Vereinten Nationen endlich zurückgenommen. Damit steht die Rechtsan-
3515 wendung unter neuen Vorzeichen. Wir wollen für unbegleitete minderjährige Flüchtlin-
3516 ge das Kindeswohl stärker berücksichtigen und dazu gesetzliche Regelungen überar-
3517 beiten, beispielsweise die Bestimmungen zur Einreise beziehungsweise Familienzusam-
3518 menführung.
3519

3520 • In Deutschland wollen wir die Verbesserung der Rechte für die Opfer von Frauen- und
3521 Menschenhandel, die Situation von Menschen ohne Aufenthaltsstatus im Bereich Ge-
3522 sundheit und faire Entlohnung schnell und eingehend überprüfen.
3523
3524

3525 *3. Freiheit schützen, Chancen schaffen – liberale Sicherheitspolitik*

3526

3527 Bedrohungen für Frieden, Freiheit und Sicherheit lassen sich in einer zunehmend globalisier-
3528 ten Welt immer weniger regional eingrenzen und in Kategorien von Staatlichkeit fassen. Glo-
3529 bale Terrornetzwerke, organisierte Kriminalität, lokale und regionale Konflikte mit globalen
3530 Auswirkungen, Ausbreitung von Wüsten, Mangel an sauberem Trinkwasser, Hungersnöte und
3531 extreme Klimaveränderungen – all diesen globalen Herausforderungen können wir nur global
3532 und vernetzt begegnen.
3533

3534 Wir haben alle relevanten Ressorts der deutschen Außenpolitik im Rahmen eines vernetzten
3535 Ansatzes stärker koordiniert als es jemals der Fall war. Wir halten an der deutschen Sicher-
3536 heitspolitik und an der Kultur der militärischen Zurückhaltung fest. Und wir haben den Fokus
3537 einerseits auf die Abrüstung sowie andererseits auf eine vorrangig zivil ausgerichtete Präven-
3538 tionspolitik gelegt. Wo es dennoch nötig ist, machen sich unsere Soldaten um den Frieden
3539 weltweit verdient. Unseren Soldaten in Afghanistan konnten wir durch einen erfolgreichen
3540 Strategiewechsel, hin zu stärkerer Vernetzung von politischen, entwicklungspolitischen und
3541 militärischen Ansätzen, eine realistische Abzugsperspektive für 2014 eröffnen. Die Übergabe
3542 der Verantwortung in Afghanistan läuft. Der Abzug deutscher Kampftruppen hat begonnen.
3543 Auch nach dem vollständigen Abzug deutscher Kampftruppen aus Afghanistan werden wir das
3544 Land nicht im Stich lassen.
3545

3546 Unfreiheit, Armut und Chancenlosigkeit kann Nährboden für politischen und religiösen Extre-
3547 mismus sein und zur Ursache für Konflikte werden. Indem wir weltweit mehr Menschen mehr
3548 Chancen für das eigene Leben eröffnen, tragen wir dazu bei, Konflikte an der Wurzel zu be-
3549 kämpfen, und nicht deren Symptome. Indem mehr Menschen weltweit mehr Chancen ergrei-
3550 fen, leisten wir gemeinsam einen Beitrag zu mehr Stabilität und zu dauerhaftem Frieden.
3551

3552 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.
3553

3554 • Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee. Vor Beginn von Einsätzen in Kri-
3555 sengebieten müssen die politischen Ziele und Zeitlinien sowie eine Exit-Strategie klar
3556 formuliert sein. Diese sind für die Dauer des Einsatzes fortzuschreiben.
3557

- 3558
3559
3560
3561
3562
3563
3564
3565
3566
- Mit der Aussetzung der Wehrpflicht und dem damit verbundenen Umbau der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee haben wir echte Meilensteine bezüglich des Aufbaus und der inneren Verfasstheit der Bundeswehr gesetzt. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die bedeutende Arbeit der Bundeswehr Anerkennung in der Öffentlichkeit erfährt. Die Wertschätzung des anspruchsvollen und gefährlichen Dienstes unserer Soldaten ist gerade für eine Armee im Einsatz von überragender Bedeutung. Die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung wollen wir unter anderem durch eine entsprechende Repräsentanz in der Fläche erreichen.
- 3567
3568
3569
3570
3571
- Wir wollen die Attraktivität des Dienstes weiter steigern. Die Gehaltshöhe, die Qualität der Infrastruktur, Weiterbildungsmöglichkeiten, Versetzungshäufigkeit, die Versorgung im Falle der Verwundung sowie die Vereinbarkeit von Dienst und Familie sind dabei wesentliche Faktoren.
- 3572
3573
3574
3575
- Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr muss durch eine entsprechende Finanzierung sicher gestellt sein. Auslandseinsätze dürfen dabei nicht zu Lasten des laufenden Etats des Verteidigungsministeriums gehen.
- 3576
3577
3578
3579
3580
3581
3582
3583
3584
3585
3586
- Die NATO bleibt auch in Zukunft stärkster Anker unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Sie selbst, aber auch die anderen bedeutenden internationalen Friedens- und Sicherheitsorganisationen (UNO, OSZE, Europarat, EU) müssen in ihrer Handlungsfähigkeit fortlaufend gestärkt werden. Gleichzeitig werden wir uns für die Etablierung allgemein anerkannter Normen und Regeln im internationalen System und für eine noch intensivere Kooperation im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzen. Durch Schaffung gemeinsamer Strukturen sollen langfristig die Voraussetzungen für europäische Streitkräfte unter parlamentarischer Kontrolle geschaffen werden. Dazu muss ein gemeinsames sicherheitspolitisches Verständnis geschaffen und ein Ausgleich rüstungspolitischer Interessen herbeigeführt werden.
- 3587
3588
3589
3590
3591
3592
3593
3594
3595
3596
3597
3598
3599
- Wir wollen eine nationale Sicherheitsstrategie als Beitrag zu einer EU-Sicherheitsstrategie entwickeln und diese regelmäßig fortschreiben. Denn nur durch die Formulierung und regelmäßige öffentliche Diskussion einer solchen Strategie kann es gelingen, in einer breiten Öffentlichkeit Bewusstsein und Verständnis für sicherheitspolitische Themen zu schaffen. In einer offenen und toleranten Bürgergesellschaft muss Sicherheitspolitik mehr sein als ein Thema für wenige Spezialisten. Dabei gilt es, den politischen Auftrag der Bundeswehr stets klar zu formulieren und eine entsprechende Struktur und Rechtssicherheit für die Streitkräfte abzuleiten. Dabei muss der Schutz der territorialen Integrität Deutschlands als Auftrag und die Trennung der Zuständigkeiten von Bundeswehr und Polizei erhalten bleiben. Wir setzen uns für eine zeitnahe und vertrauliche Information des Bundestages über Rüstungsexporte ein – vergleichbar dem Verfahren zur Kontrolle der Geheimdienste.
- 3600
3601
3602
3603
3604
3605
3606
3607
- Im Rahmen der zivilen Krisenprävention und beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen nach einer Krise legen wir einen Schwerpunkt auf die Stärkung des Aufbaus von zivilen Fähigkeiten (Verwaltung, Justiz, Polizei). Darüber hinaus sollten die Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, der Aufbau wirtschaftlicher Partnerschaften, die polizeiliche und rechtsstaatliche Zusammenarbeit sowie die Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit zur Konflikt- und Krisenprävention im Sinne eines kohärenten Politikansatzes gestärkt werden.

- 3608 • Unser Ziel ist die Stärkung der nuklearen, radiologischen, chemischen und biologischen
3609 sowie konventionellen Kontroll- und Nichtverbreitungsregime. Die universelle Anwen-
3610 dung der internationalen Vertragsregime und Verhaltenskodizes ist unser erklärtes Ziel.
3611 Speziell im Rahmen der nuklearen Rüstungskontrolle setzen wir uns konsequent für eine
3612 umfassende Stärkung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages und für ein Inkrafttre-
3613 ten des Teststoppvertrages ein. Darüber hinaus wollen wir aber auch neue Wege gehen,
3614 um über die bisherigen Konventionen hinaus die weltweite Abrüstung voranzutreiben
3615 und zum Beispiel aktiv für den Beitritt von Nichtvertragsstaaten zum Biowaffen- sowie
3616 dem Chemiewaffenverbotsübereinkommen werben. An dem Ziel eines Abzugs takti-
3617 scher Nuklearwaffen aus Europa halten wir fest.
3618
- 3619 • Die von uns eingeleitete Übergabe in Verantwortung an die Regierung Afghanistans und
3620 den Abzug der Kampftruppen für 2014 werden wir fortsetzen. Auch über dieses Datum
3621 hinaus werden wir die Menschen in Afghanistan beim Aufbau des Landes im Rahmen
3622 der Entwicklungszusammenarbeit wirksam unterstützen.
3623
3624

3625 *4. Partnerschaftlich Verantwortung übernehmen – weltweite Entwicklungszusam-* 3626 *menarbeit*

3627
3628 Wir arbeiten dafür, dass mehr Menschen auf der Welt in Freiheit leben können und mehr
3629 Chancen bekommen, sich zu entfalten. Wir wissen: Wer heute nicht weiß, wovon er morgen
3630 leben soll, der ist nicht frei. Weil wir auf die Stärke dieser Menschen vertrauen, unterstützen
3631 wir sie dabei, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern. Denn die Freiheit des Einzelnen
3632 und die Verantwortung für andere gehören für uns untrennbar zusammen. Entwicklungspolitik
3633 ist auch Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie arbeitet auf die Stabilisierung fragiler Länder
3634 und Regionen hin, wirkt präventiv gegen Konflikte und hilft damit auch, dass Menschen nicht
3635 aus ihrer Heimat vertrieben werden.
3636

3637 Um unsere Entwicklungszusammenarbeit nach diesem Grundsatz auszurichten, haben wir die
3638 größte Reform in der Geschichte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ins Werk ge-
3639 setzt. Durch die Zusammenfassung der „Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammen-
3640 arbeit“, des „Deutschen Entwicklungsdienstes“ und der „Internationale Weiterbildung und
3641 Entwicklung“ zur „Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit“ haben wir die
3642 Entwicklungszusammenarbeit schlagkräftiger gemacht.
3643

3644 Darauf wollen wir uns aber nicht ausruhen. Wir arbeiten weiter für effizientere Strukturen in
3645 der Entwicklungszusammenarbeit, damit jeder Euro maximale Wirkung erzielt. Mit dem unab-
3646 hängigen Evaluierungsinstitut der deutschen Entwicklungszusammenarbeit haben wir im No-
3647 vember 2012 den Schlussstein zu dieser Reform gesetzt. Von nun an stellt sich die deutsche
3648 Entwicklungspolitik erstmals einer wissenschaftlich fundierten, unabhängigen Begutachtung
3649 ihrer Aktivitäten, um aus den Erfahrungen ihrer Arbeit nachhaltig zu lernen. Dadurch haben
3650 wir die Schlagkraft der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erheblich gestärkt und den
3651 zielgenauen Einsatz finanzieller Mittel ermöglicht. Wirksamkeit und Effizienz in der Entwick-
3652 lungszusammenarbeit sind im Sinne der deutschen Steuerzahler wie auch unserer internatio-
3653 nalen Partner.
3654

3655 Wir haben die staatliche Entwicklungszusammenarbeit für China und die Türkei eingestellt
3656 und legen Schwerpunkte in der Entwicklungszusammenarbeit auf 50 Länder, statt auf über
3657 120. Wir haben unsere Kooperation stärker an der Einhaltung von Menschenrechten und gu-

3658 ter Regierungsführung ausgerichtet und wir haben die Zusammenarbeit mit fragilen Staaten
3659 als Friedensinvestition gestärkt. Trotz Eurokrise und erfolgreicher Haushaltskonsolidierung
3660 konnten wir die Entwicklungsleistungen seit 2009 um fast zwei Milliarden Euro auf rund zehn
3661 Milliarden Euro steigern – Deutschland ist nun nach den USA der weltweit größte Geber.

3662
3663 Liberale Entwicklungspolitik stellt den einzelnen Menschen mit seinen Fähigkeiten und Be-
3664 dürfnissen in den Mittelpunkt. Für uns ist Entwicklungszusammenarbeit keine mildtätige Hilfe,
3665 sondern eine Investition in eine bessere Zukunft für die Menschen in unseren Kooperations-
3666 ländern und in Deutschland. Liberale Entwicklungspolitik ist zugleich werte- und interessen-
3667 orientiert und möchte das klassische Geber-Nehmer-Verhältnis durch eine Partnerschaft auf
3668 Augenhöhe ersetzen. Wir wollen die Entwicklungsländer nicht versorgen, sondern wir wollen
3669 sie ertüchtigen, eigenverantwortlich für sich selbst zu sorgen und vorzusorgen. Dadurch
3670 schaffen wir Lebenschancen für mehr Menschen – für eine bessere, freiere und friedlichere
3671 Zukunft.

3672
3673 Dafür treten wir ein. Dafür treten wir an.

- 3674
- 3675 • Liberale Entwicklungspolitik dient dem Ziel, weltweit Freiheit zu stärken und allen Men-
3676 schen ein Leben in Würde, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung zu ermöglichen.
3677 Armut ist Unfreiheit. Die Beseitigung der Ursachen von Armut steht deshalb im Mittel-
3678 punkt unserer Entwicklungszusammenarbeit.
3679
 - 3680 • Die Wahrung der Menschenrechte ist und bleibt für Liberale vorrangig. Das haben wir
3681 mit der Einführung einer verbindlichen Menschenrechts-Kontrolle für Entwicklungspro-
3682 jekte unter Beweis gestellt. Dieses Instrument wollen wir in Zukunft konsequent weiter
3683 anwenden: Deutschland fördert, aber wir fordern auch – mehr Rechtsstaat, mehr De-
3684 mokratie, mehr Marktwirtschaft und mehr Eigenverantwortung.
3685
 - 3686 • Liberale Entwicklungspolitik setzt auf einen Dreiklang aus Staat, Wirtschaft und Zivilge-
3687 sellschaft. Der Staat allein wird die Entwicklungsherausforderungen der Zukunft nicht
3688 bewältigen können. Das gilt auch für die Entwicklungsfinanzierung. Die deutsche Ent-
3689 wicklungspolitik muss deshalb die Rahmenbedingungen so setzen, dass mehr private
3690 Investitionen und mehr zivilgesellschaftliches Engagement ermöglicht werden. Gemein-
3691 sam mit dem Privatsektor wollen wir weiter innovative Finanzierungsinstrumente entwi-
3692 ckeln und umsetzen.
3693
 - 3694 • Das Engagement der deutschen Wirtschaft ist eine Chance für unsere Kooperationslän-
3695 der. Diese Zusammenarbeit wollen wir deshalb weiter ausbauen und insbesondere den
3696 deutschen Mittelstand weiter als Partner der Entwicklungszusammenarbeit gewinnen.
3697
 - 3698 • Für uns steht die Wirksamkeit der Entwicklungspolitik an erster Stelle. Wir bekennen
3699 uns zu den eingegangenen internationalen Vereinbarungen. Gleichzeitig muss die Be-
3700 wertung der öffentlichen Ausgaben zur Entwicklungszusammenarbeit (ODA-Quote) nicht
3701 nur nach Quantitätsgesichtspunkten bewertet werden, sondern auch nach qualitativen
3702 Kriterien. Trotz unserer Erfolge bei der Steigerung des Entwicklungsetats ist nicht ent-
3703 scheidend wie viel Geld ausgegeben wird – sondern wie wirksam die Maßnahmen sind.
3704
 - 3705 • Wir setzen in der Entwicklungszusammenarbeit bewusst auf das breite zivilgesellschaft-
3706 liche Engagement aus der Mitte der Gesellschaft. Deshalb haben wir die Mittel für
3707 Nichtregierungsorganisationen, für die Kirchen und Stiftungen erhöht. Wir haben den

- 3708 Dschungel der Förderprogramme gelichtet und eine einzige Anlaufstelle für alle Men-
3709 schen geschaffen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren möchten.
3710 Mit diesen Reformen möchten wir in den nächsten Jahren die Zahl der Engagierten in
3711 Deutschland verdoppeln.
3712
- 3713 • Liberale Entwicklungspolitik reagiert konsequent auf die globalen Machtverschiebun-
3714 gen. Das heißt: Mit aufstrebenden Schwellenländern muss die klassische armutsorien-
3715 tierte Entwicklungszusammenarbeit beendet und in eine neue Form der Kooperation
3716 überführt werden. Mit China sind wir diesen Schritt bereits 2010 gegangen und führen
3717 den Dialog auf Augenhöhe vor allem im Bereich Rechtsstaatlichkeit fort.
3718
 - 3719 • Mit den Millennium-Entwicklungszielen ist es der Welt gelungen, sich erstmals auf ein
3720 gemeinsames Zielsystem festzulegen. Allerdings weist dieses Zielsystem Defizite auf.
3721 Die Weltagenda nach 2015 muss das Nebeneinander verschiedener Ziele überwinden
3722 und der engen Verschränkung der Herausforderungen gerecht werden. Es sollen ge-
3723 meinsame aber differenzierte Verpflichtungen für Entwicklungs-, Schwellen- und Indust-
3724 rieländer vereinbart werden.
3725
 - 3726 • Innerhalb der europäischen Entwicklungspolitik setzen wir uns weiter für eine Reform
3727 der allgemeinen Budgethilfe ein. Wir wollen in Zukunft die Kriterien für Budgethilfe wei-
3728 ter verschärfen, um eine blinde Subventionierung von korrupten Regierungen zu verhin-
3729 dern. Die EU soll darüber hinaus in ihrer Rolle der Geberkoordinierung gestärkt werden.
3730 Eine Vergemeinschaftung der Entwicklungspolitik lehnen wir jedoch ab. Der Europäi-
3731 sche Entwicklungsfonds muss zusätzlich in den EU-Haushalt integriert werden, um die
3732 fehlende parlamentarische Kontrolle herzustellen.
3733
 - 3734 • Zu oft wird Afrika ausschließlich auf Katastrophen, Hunger und Armut reduziert. Wir se-
3735 hen in Afrika zuallererst einen Chancenkontinent mit jungen, leistungsstarken Gesell-
3736 schaften. Schon heute entstehen in Afrika wichtige Innovationen, das Wirtschaftswachs-
3737 tum übertrifft in vielen Staaten das europäische Niveau bei weitem. Liberale Entwick-
3738 lungspolitik setzt auf dieses Potential und möchte die Innovationskraft Afrikas beför-
3739 dern. Wir wollen gleichzeitig das viel zu negative Afrika-Bild in Deutschland korrigieren
3740 und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit entsprechend neu ausrichten.
3741
 - 3742 • Unsere Politik der Freiheitsförderung setzt darauf, den gleichberechtigten Zugang aller
3743 Menschen zu wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Teilhabe zu unterstüt-
3744 zen. Wir werden uns auch in Zukunft besonders für die Menschen in unseren Kooperati-
3745 onsländern einsetzen, die von Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt betroffen sind.
3746 Ethnische und gesellschaftliche Minderheiten wie Menschen mit Behinderungen sowie
3747 Schwule und Lesben bedürfen unserer besonderen Unterstützung.